H 8040 F
Nummer 64
Mai/Juni 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Rechts, wo die Mitte ist ?!

In diesem Heft: Rechte Sammlung - Bundesregierung und rechte Morde - Neofaschismus in Tschechien - USA: Interview zu „White Noise“ - Jüdische Stimmen zur FPÖ u.v.m.

Inhalt

Editorial

Erst vor wenigen Tagen wandte sich der CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, mit den rassistischen Parolen „Ausbildung statt Einwanderung" und „Kinder statt Inder" an die Öffentlichkeit. Ziel seines Angriffs: die Verhinderung der von der rot-grünen Bundesregierung erwogenen Einwanderung von bis zu 20.000 Computerspezialisten aus dem Ausland. Tatsächlich soll mit Rassismus der Wahlsieg bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai diesen Jahres organisiert werden. Glaubt man den LeserInnenbriefseiten der Tagespresse, könnte dieser Versuch durchaus Punktgewinne für die Christdemokraten bringen - wie zuletzt die rassistische Kampagne der CDU in Hessen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Ob Rassismus als Programm für die von Bestechungsskandalen gebeutelte Union jedoch für einen Wahlsieg reichen wird, ist noch nicht auszumachen.

Während die Unionsparteien gegen Einwanderung und „Durchrassung" (Edmund Stoiber) hetzen, beklagt Bundesinnenminister Otto Schily bei der Präsentation des jüngsten Verfassungsschutzberichtes den Anstieg rechtsradikaler Organisierung. Sicher: Diese Erkenntnis, die von der antifaschistischen Fachpresse seit Jahren nachgezeichnet und auf deren Potential und Gefahren regelmäßig hingewiesen wird, auf eine breite Basis zu stellen, ist nötig und mehr als überfällig. Aber es war Schily selbst, der vor nicht allzu langer Zeit mit seinen Positionen zur Frage der Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik als Stichwortgeber für rechtsradikale und rassistische Politik angesehen werden konnte.

Und gegenwärtig hetzt die CDU gegen nichtdeutsche Menschen - wie etwa der neue Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU), der sich laut Gerhard Schröder mit seinen Äußerungen dem Verdacht aussetze, „Haider inhaltlich nahe zu stehen" -; die rot-grüne Bundesregierung beschönigt die Statistiken rassistischer und rechtsradikaler Morde, während antifaschistische Initiativen und Verbände der Verfolgten des Naziregimes im Verfassungsschutzbericht geführt werden - und das obwohl Schily mehr demokratisches und antifaschistisches Engagement gefordert hat. Da wundert es auch nicht, wenn in der Öffentlichkeit die Forschungsergebnisse der „Shell-Jugendstudie" so interpretiert werden, dass der Rassismus der Jugendlichen als nichtrassistische „Normalität" erscheint.

Von Entwarnung im Bereich des Rechtsradikalismus kann hingegen keinesfalls gesprochen werden. Werden zwar rechte Entwicklungen im Musikbereich („Dark Wave") inzwischen vom Verfassungsschutz - nach einschlägiger antifaschistischer Berichterstattung - in einer eigenen Rubrik im Verfassungsschutzbericht genannt, fehlt dieser Eintrag für die so genannten Vertriebenenverbänden bis heute. Soweit auch konsequent, will doch Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in diesem Jahr beim „Tag der Heimat" des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) die Festansprache halten. Und wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler beim BdV spricht, dann fallen neofaschistische Tendenzen und rechtsradikale Äußerungen der „Vertriebenen" leicht unter den Tisch.

Diese Entwicklungen bestätigen aufs neue die Notwendigkeit antifaschistischen Engagements und antifaschistischer Berichterstattung, um rechtsradikalen und rassistischen Tendenzen am rechten Rand und in der Mitte der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift **Der Rechte Rand** erscheint Anfang Juli. **Redaktionsschluss ist der 13. Juni 2000.**

Termine

2.-12.Mai 00: „Der Feind im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg"- Ausstellung in der Volkshochschule Hannover, Theodor-Lessing-Platz 1, täglich 8-20 Uhr; außerdem Tage der Begegnung 8.-12.5. mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Info: 0511-3481116

20. Mai 00: Rostock: PDS-Tagung „Rechtsextremismus - reiner Männerwahn?", Stadthalle Rostock, Info: 030-22755351

17. Juni 00: Leipzig-Grünau: Antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein! Die Zeit ist reif!" Beginn ist ab 14.00 Uhr in der Schönauer-/Breisgaustraße (Höhe Allee-Center). Infos per E-Mail unter bgr@mail.nadir.org

28. Juli -18. August 00: Dachau: 18. Internationale Jugendbegegnung im ehem. Konzentrationslager, Infos: 08131-81845

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16
30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
redaktion@der-rechte-rand.de

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

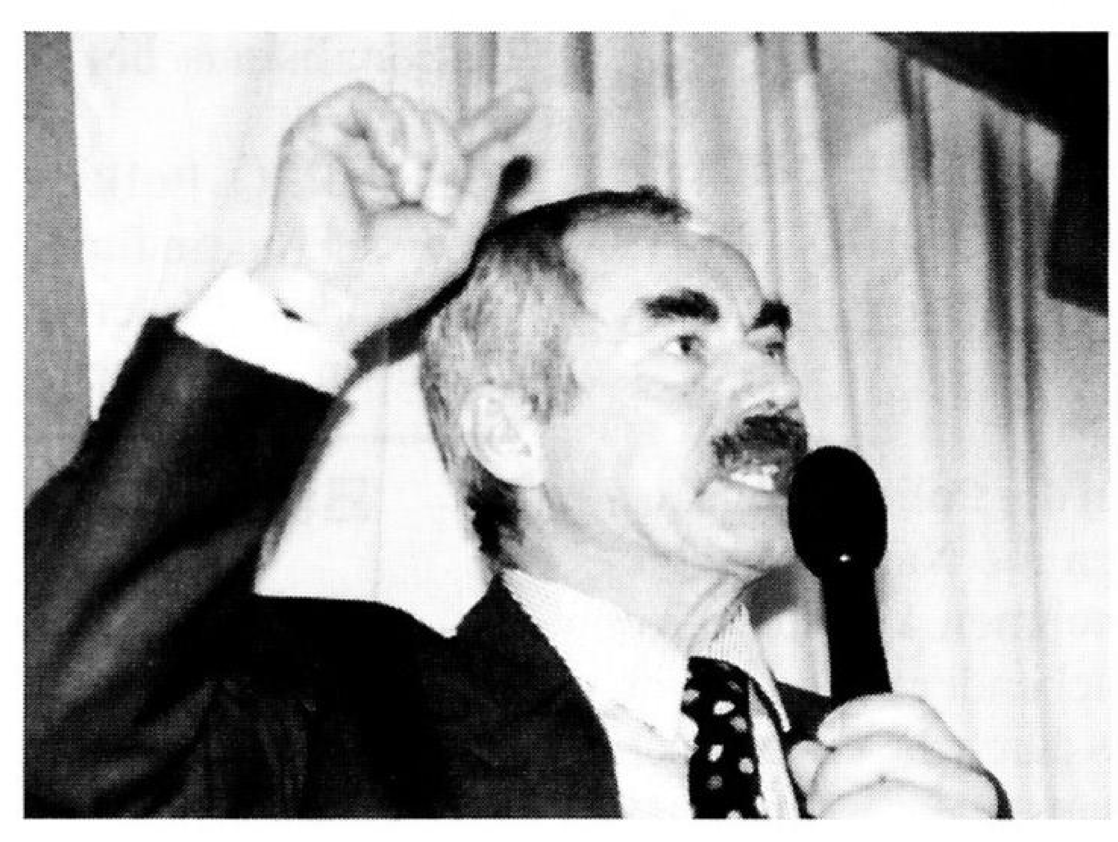
Frank Kretschmar

Kleinvieh macht auch Mist

BFB, DSU und DP fusionieren

Der „Bund Freier Bürger", die „Deutsche Soziale Union" (DSU) und die „Deutsche Partei" (DP) wollen fusionieren. Die drei rechtsradikalen Kleinstparteien sollen laut Beschluss einer gemeinsamen Sitzung der Vorsitzenden der drei Parteien sowie weiteren Vorstandsmitgliedern, die Ende Februar in Fulda stattgefunden hatte, in nur eine rechtsradikale Kleinstpartei umgewandelt werden. Firmieren soll diese dann unter dem Namen „Deutsche Partei".

Die Fusion der drei Parteien soll, so hieß es nach dem Treffen, zum „schnellstmöglichen Termin" verwirklicht werden. Gegenüber dem völkischen „Ostpreußenblatt" erklärte BFB-Chef Heiner Kappel, dass bis zum Jahresende bezüglich des Zusammenschlusses „alles stehen" solle. Einig sind sich die derzeitigen Vorsitzenden der drei Parteien – Kappel (BFB), Johannes von Campenhausen (DP) und Roberto Rink (DSU) – darin, dass es innerhalb der drei Organisationen keinen Widerstand gegen die Zusammenführung geben wird. Allerdings muss zunächst noch die formale Hürde genommen werden, die Zustimmung der Vorstände sowie anschließend der Parteitage einzuholen, da diese noch für die letztliche Beschlussfassung ihr Einverständnis geben müssen.

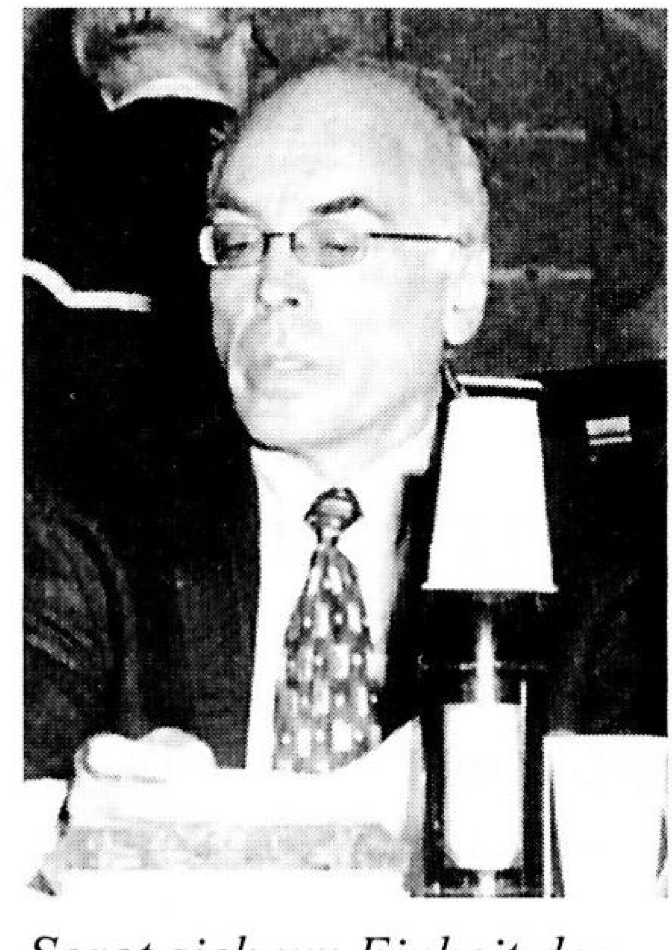

Würde gern Einpeitscher aller Rechten sein: Heiner Kappel


Roberto Rink

Der Tatsache, dass die Mitgliederstärke der dann entstehenden „Deutschen Partei" auch „in der Summe nicht umwerfend" sein wird, wie sich Kappel ausdrückt, soll durch weitere Fusionen begegnet werden – ein alter Hut in rechtsradikalen Kreisen. Die politische Macht der DP soll durch die Integration der „Freien Bürger Union" oder der „Mittelstandspartei" gestärkt werden, wobei deren Mitgliederzahlen so klein sein dürften, dass sogar die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit" spottete, die Anhängerschaft dieser Parteien fände „zumeist in einem Hinterzimmer Platz".

Gar so groß muss das Hinterzimmer vermutlich wirklich nicht werden, sollen doch beispielsweise die „Republikaner" (REP) darin keinen Platz finden. Die Parteispitze der REP verlautete zwar zunächst Zustimmung zu der Fusion und begrüßte sie als „Schritt in die richtige Richtung". Zu Gesprächen, so hieß es, würden die REP bereit sein. Allerdings sei eine Fusion mit den „Republikanern" laut Kappel ein „entscheidendes Problem", weil man „mit Sicherheit nicht unter der Fahne ‚Republikaner' antreten und von der Partei geschluckt" werden wolle. Die Aussage des REP-Abgeordneten Alfred Dagenbach, der von einem „baldigen Zusammenschluss" gesprochen hatte, wertete Kappel als „ein bisschen voreilig". Kappels Parole: „Es macht keinen Sinn mehr, sich krampfhaft voneinander abzugrenzen", endet damit offenbar an der Stelle, an der er einen Teil seiner selbstherrlichen Macht abgeben müsste an andere selbstgefällige Platzhirsche.

Begrüßt wurde die rechte Fusionsoffensive auch von dem Vorsitzenden der „Deutschland-Bewegung", Alfred Mechtersheimer. Dieser bastelt selbst gerade gemeinsam mit Baldur Springmann an einer neuen Sammelbewegung, der „Deutschen Aufbau-Organisation". Weil jene aber nicht auf parteipolitischer Ebene in Erscheinung treten will, wünscht Mechtersheimer der kommenden DP den „größtmöglichen Erfolg" – was auch immer das heißen mag. Allerdings unterstrich Mechtersheimer, dass es seiner Meinung nach noch zu früh sei für eine „parteipolitische Offensive", was die Wahlniederlagen verschiedener rechtsradikaler und neofaschistischer Kräfte gezeigt hätten. Er wolle sich deshalb gemeinsam mit dem Öko-Bauern Springmann lieber an „Menschen statt an Parteien" orientieren.


Sorgt sich um Einheit der Rechten: Mechtersheimer

Eine Anekdote aus dem Frühjahr diesen Jahres macht indes deutlich, welch große Aufgaben sich Kappel und Co. für die Zukunft vorgenommen zu haben scheinen: Dass eine Wildsau sich ein Grundstück in Neuenhain zum Ferkeln ausgesucht hat, brachte den dortigen BFB auf die Palme. Die Hausbesitzerin war zwar über den ungewünschten Besuch nicht begeistert, weil einige der Wildsäue ihr den Garten umgegraben hatten, aber trotzdem wollte sie die hochträchtige Sau in Ruhe lassen, bis alle Frischlinge geboren worden sind. Für den BFB bestand darin aber ein großes Politikum, so dass dieser eine Kampagne gegen das Tier unter dem Motto „Wildschweine demnächst im Wohnzimmer?" anzettelte. Der Fraktionschef des BFB in Neuenhain ist kein geringerer als Heiner Kappel persönlich.

Unterschriftenfälschung der REP

Im Vorfeld der NRW-Landtagswahl haben die „Republikaner" (REP) nach Angaben der Behörden im Kreis Recklinghausen Unterstützungsunterschriften für die Kreiswahlvorschläge gefälscht oder durch arglistige Täuschung erschlichen. Wie ein Sprecher der Kreisverwaltung mitteilte, ergab eine Überprüfung der 683 Unterstützungsunterschriften, dass die Republikaner in allen sechs Landtagswahlkreisen zu „unlauteren Mitteln gegriffen haben". Dem Sprecher zufolge schaltete der Kreis die Staatsanwaltschaft Essen ein. Unterschriftenfälschungen durch die Republikaner hat es auch schon bei den Kommunalwahlen im Jahr 1989 und bei den Landtagswahlen 1980 gegeben.

„Republikaner" bleiben Soldaten

Der Versuch des Verteidigungsministerium, zwei Funktionäre der „Republikaner" (REP) aus dem Dienst bei der Bundeswehr zu entfernen, ist vorerst gescheitert. Die 9. Kammer des Münchner Truppendienstgerichts entschied zu Gunsten der Soldaten. Falls die Hardthöhe in Berufung geht, würde vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt. Angeklagt waren Hauptmann Herbert Bastl, der 1999 zum Landesvize der REP in Baden-Württemberg gewählt wurde, sowie der Stabsfeldwebel Bernd Mayer, ein Kreistagsabgeordneter der Partei. Beide waren nach Angaben Bastls Ende 1998 von der Bundeswehr aufgefordert worden, ihre Ämter und Mandate niederzulegen und die REP zu verlassen. Da sie sich weigerten, wurden Disziplinarverfahren eingeleitet.



REP zur SPD

Der bisherige REP-Kreisrat in Bindlach (Kreis Bayreuth), Hermann Troidl, hat sich der SPD-Kreistagsfraktion angeschlossen. Der 57-jährige Troidl war 1989 den „Republikanern" (REP) beigetreten und hatte 1994 und 1998 für die REP zur Bundestagswahl kandidiert. Im vergangenen Jahr hatte Troidl die „Republikaner" verlassen. Nach Angabe der Lokalzeitung „Nürnberger Nachrichten" erinnerte sich Troidl seines politischen Vorbildes Kurt Schumacher.

Raimund Hethey & Andreas Heckert

NPD-Aufmarsch zum ersten, zum zweiten und ...

Am 13. März 1938 kam es zur Besetzung und zum Anschluss Österreichs. Zwei Tage später, nachdem deutsche Ordnung und Sicherheit garantiert waren, ließ sich Hitler auf dem Heldenplatz in Wien als erster großdeutscher Führer feiern. Dass Neo-Nazi-Funktionäre und ihre Presse, aber auch die bürgerlichen Medien im Jahre 2000 den Tag der Besetzung auf den 12. März vorverlegen, zeigt einmal mehr wie beliebig mit der Geschichte umgegangen wird. Am Montag, den 13. März wären vermutlich noch weniger Neo-Nazis nach Berlin gekommen. Sowohl die Angaben über die Nazi-TeilnehmerInnen, als auch die Zahl der GegendemonstrantInnen wurden in den Medien hochgespielt. Aus 300 Nazis wurden 650 und aus ein paar tausend Gegnern gleich Zehntausend.

Das Oberverwaltungsgericht hatte der NPD unter zahlreichen Auflagen den Marsch zum Brandenburger Tor und zum Bauplatz des Holocaust-Mahnmals genehmigt: Keine Trommeln, keine Fahnen, keine Uniformen wollten die Richter sehen, keine Kundgebung in „Marschformation" und auch keine Sprüche über die „Ostmark" (Nazi-Bezeichnung für Österreich).

Versammlungsleiter Holger Apfel war's genehm. Unter dem Motto „Wir sind ein Volk - Solidarität mit Österreich", der Neu-Anschluss Österreichs ist damit geistig schon vollzogen, marschierten die Neo-Nazis los. Auf dem Kopftransparent forderte die NPD allerdings: "Nationale Souveränität statt EU-Diktatur". Und mitten im Demo-Zug verlangte eine Truppe junger Neo-Nazis sogar "preußisches Recht und Ordnung". Armes Österreich!

Die ursprüngliche Demo-Route wurde von der Polizei kurzfristig geändert, nachdem aktive AntifaschistInnen in Kreuzberg Barrikaden errichteten, um einen Durchmarsch durch ihr Viertel zu verhindern. Vorneweg liefen der NPD Vorsitzende Udo Voigt, Holger Apfel, in der Mitte marschierte der Berliner Vorsitzende Andreas Storr, Klaus Beier; der Hamburger Nazi-Kader Christian Worch kam zu spät und lief am Ende der Demo, immer ängstlich nach AntifaschistInnen Ausschau haltend. Ebenfalls anwesend waren der Berliner Oliver Schweigert und der Nazi-Barde Jörg Hähnel sowie weitere bekannte Neo-Nazis aus dem NPD-Umfeld. Das Stocktransparent der „Kameradschaft Gera", das schon beim Marsch zum Asylbewerberheim in Gera der Öffentlichkeit gezeigt wurde, wies eine alte Losung der radikalen Linken auf: „Das System ist der Fehler" und zeigte ein Logo, das der Fahne der „Antifaschistischen Aktion" abgeguckt war. Der „Hamburger Sturm" bildete den Schluss der Demo und wirkte vom äußeren Erscheinungsbild am heruntergekommensten.

Die ganze Zeit wurde der Nazi-Haufen von ca. 60 Mannschaftswagen der Polizei eingekesselt, so dass PassantInnen die Nazi-Marschierer optisch kaum wahrnehmen konnten. Wer sich dem Zug als Außenstehender näherte, musste mit einem Platzverweis durch die Polizei rechnen. Auf ihren Weg zur Baustelle des Denkmals für die Opfer des Holocaust und zum Brandenburger Tor wurde der Nazi-Aufmarsch ständig von AntifaschistInnen, darunter auch BürgerInnen, attackiert, so dass er sich nur sehr langsam fortbewegen konnte. Am symbolträchtigen Bauplatz des Holocaust-Mahnmals angelangt, riefen die Neo-Nazis „Asylbewerber raus", „Antifa – ha, ha". Ihr Geschrei wurde ab und an von Durchsagen der Polizei und von „Nazis-raus-Rufen" übertönt. Sobald Gegenstände auf die Neo-Nazis geworfen wurden, setzte die Polizei Wasserwerfer ein.



Die NPD-Parteiführung bei dem Aufmarsch in Berlin. Udo Voigt (li.) und sein neuer Vize Holger Apfel (2. v. li.)

Recht bald wurde klar, dass die NPD diesen Aufmarsch nicht nur als Akt der Solidarität mit Österreich organisiert hatte, auch wenn Plakate die Aufschrift „Mein Freund ist Österreicher" trugen. So wurden neben „Asylbewerbern" die PDS und SPD als „Arbeiterverräter" beschimpft und das übliche „Hier marschiert der nationale Widerstand" gegrölt. Die Zwischenkundgebung am Bauplatz des Holocaust-Mahnmals war eine staatlich genehmigte antisemitische Frechheit.

In der faschistoiden „Jungen Freiheit" forderte der Chefredakteur Dieter Stein ein uneingeschränktes Recht auf Demonstration für die NPD und wertete den Nazi-Aufmarsch als „großen Erfolg ihrer Strategie (...), eine nervöse Öffentlichkeit vorzuführen." Allerdings übte Stein formale Kritik. Er hatte sich wohl eine größere Aktion versprochen und stellt sich unter einem "großdeutschen Reich" mehr als die historische „kleindeutsche Lösung" vor: „Sicher ist: Am Tag des Anschlusses von Österreich an das Deutsche Reich 1938 für „Solidarität mit Österreich" zu demonstrieren, ist geschmacklos, das dann auch noch mit der spießigen preußisch-kleindeutschen schwarz-weiß-roten Fahne zu tun, statt mit der 1848er Fahne Schwarz-Rot-Gold, ist vollkommen widersinnig und zeigt, wie traditionslos der Lonsdale-Nationalismus der NPD und ihres Umfeldes ist."

Die FPÖ-Politikerin Mares Rossmann, Staatssekretärin für Tourismus, distanzierte sich am Rande der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin von diesem Aufmarsch.

Bündnis „Europa ohne Rassismus"

Der NPD-Aufmarsch durchs Brandenburger Tor hatte zu einem außergewöhnlichen, parteiübergreifenden Bündnis gegen Rechtsextremismus geführt. In einer „Berliner Initiative" schlossen sich Mitglieder von PDS, CDU, Grünen, FDP, SPD, Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen dem Aufruf zur Kundgebung für ein „Europa ohne Rassismus" an. Mit einer von allen Parteien verabschiedeten Resolution rief auch das Abgeordnetenhaus zur Teilnahme auf.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) trat als Hauptredner auf. Von der CDU sicherten Parlamentspräsident Reinhard Führer, die frühere Präsidentin des Abgeordnetenhauses Hanna-Renate Laurien und die Ausländerbeauftragte Barbara John ihre Unterstützung zu. Gregor Gysi (PDS), Christa Wolf, Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (B'90/Die Grünen) unterzeichneten den Aufruf ebenso wie DGB-Chef Dieter Scholz, der evangelische Bischof Wolfgang Huber und der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Andreas Nachama. Soviel Bündnis hatte es seit 1993 nicht mehr gegen Nazi-Aufmärsche in Berlin gegeben.

Nach Polizeiangaben hatten sich auf dem Pariser Platz 3000 Menschen versammelt. Die Veranstalter sprachen von 10000 Teilnehmern. Thierse sagte, das Engagement aller Bevölkerungskreise sei notwendig, damit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit keine Chance hätten. Eine Forderung, die mensch inzwischen auch auf der Home-Page des Bundesamtes für Verfassungsschutz jederzeit abrufen kann.

Polizeischau-Spiele als Staatsakt

Die Polizei war laut eigenen Angaben mit bis zu 1500 BeamtInnen vor Ort. Vom Wasserwerfer, Panzerspähwagen, Reiter- und Hundestaffel, speziellen Greiftrupps war alles im Einsatz, was sonst so geballt nur auf der Polizeischau zu besichtigen ist.

Nach dem Nazi-Aufmarsch hat die Berliner Polizei 92 Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Verstoßes gegen das Versammlungsge-

setz, Landfriedensbruch und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole eingeleitet. Die Behörden gaben die Zahl der Festgenommenen mit 202 Personen an, wovon die meisten bis Montag wieder auf freien Fuß gesetzt worden seien. Weiter behauptete die Innenbehörde, dass der Einsatz von 1500 Polizisten größere Konfrontationen verhindert habe und dass während des Polizeieinsatzes 14 Beamte verletzt wurden. Polizeipräsident Saberschinsky und der Innensenator Werthebach (CDU), der sein Fehlen bei der Kundgebung des antifaschistischen Bündnisses mit dem Hinweis auf die Anwesenheit zahlreicher Chaoten mit Irokesenschnitt entschuldigte, nutzten den NPD-Aufmarsch, um eine Verschärfung der Gesetze und eine Bannmeile für Berlin zu fordern.

Nazi-Provokationen stoppen!

Natürlich wollte die NPD am 12. März nicht nur den österreichischen Kameraden von der Haider-FPÖ zur Seite springen. Die Partei arbeitet fieberhaft an ihrer Ausdehnung nach Österreich. Es ging und wird ihr in naher Zukunft immer darum gehen die Linke und auch den Staat zu provozieren und sooft wie irgend möglich mit geringstem Aufwand ein Medienereignis zu werden. Das ist die NPD ihrer Nazi-Skin Basis schuldig, ohne die sie in der Öffentlichkeit nicht so stark wahrgenommen würde.

Die Antifa verliert an Glaubwürdigkeit und aktiver Anhängerschaft, wenn ihr Anspruch nach Verhinderung solcher Nazi-Provokationen nicht erfüllt werden kann. Das gilt auch für die neuerlichen Aktivitäten des Sozialdemokraten Thierse. Sein Ruf nach stärkerem Engagement bleibt ein Verbalakt, wenn nicht endlich die Mordanschläge der Neo-Faschisten gestoppt werden.



„Kameradschaft Gera" mit geklauter Symbolik

B. Kant

Antisemitismus im Internet-Buchhandel

Die Welt der „neuen Medien" und des Electronic-Commerce beschert antisemitischen und rassistischen Ideologen immer neue Möglichkeiten, ihr Schrifttum unter die Leute zu bringen. Es bedarf nur weniger Mouse-Clicks, um Hitlers „Mein Kampf" in deutscher, englischer oder tschechischer Sprache auszudrucken, oder sich mit geschichtsrevisionistischen und faschistischen Pamphleten einzudecken.

Doch nicht allein auf den faschistischen Web-Sites findet man solche Angebote, auch die großen Internet-Buchhandlungen möchten gerne an diesem faschistischen Lesehunger verdienen. Kürzlich fand man bei „buch.de" Jan van Helsings „Geheimgesellschaften", eine antisemitische „Weltverschwörungsthese", für die der Stuttgarter Fußballprofi Berthold warb.

Nun haben die beiden größten amerikanischen Buchanbieter „amazon.com" und „barnesandnobel.com" das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion", das Anfang des Jahrhunderts von Agenten des zaristischen Geheimdienst verfasst zur „Bibel" der Antisemiten wurde, als Nachdruck ins Sortiment genommen. Wer möchte, kann auch eine Variante des „Protokolls" bekommen. Zwei amerikanische „Verschwörungstheoretiker" haben diesen Text unter dem Titel „Illuminati's Protocols of the Learned Elders of Zion" aufgelegt. Laut Eigenwerbung auf der Web-Site von „amazon.com" wollen sie darin beweisen, dass der Text eine „Gebrauchsanweisung zur Welteroberung durch freimaurerische Geheimgesellschaften" darstelle.

Erst als die „Anti-Defamation League" und andere Organisationen protestierten, reagierte „amazon.com". Sie stellten kritische Stellungnahmen der ADL und anderer zu dem Titel ins Netz, sahen jedoch keine Veranlassung, den Band selber aus dem Angebot zu nehmen.

Begründung: „Wir erfüllen eine Mission unseren verschiedenen Kunden die Möglichkeit zu geben jeden Titel zu finden, zu entdecken und zu kaufen."

So wird unter dem Schlagwort der „freien Meinungsäußerung" Umsatz und Profit mit Rassismus und Antisemitismus gemacht.

„Amazon.de" ist in dieser Frage noch zurückhaltender, immerhin stehen die „Protokolle" in der BRD auf dem Index. Auch „buch.de" zog die Werbung für van Helsings Band zurück. Massenhafte Proteste per e-mail und negative Schlagzeilen in der Presse führten dazu, dass sich der Vertrieb sogar zu einer öffentlichen Distanzierung gezwungen sah. Noch wirkt sich Antisemitismus im sich entwickelnden elektronischen Handel schlecht fürs Geschäft aus - sorgen wir dafür, dass es so bleibt.

Offener Brief

Die in Berlin ansässige rotor° Mediengruppe hat mittlerweile auf die Verbreitung antisemitischer Machwerke durch amazon.com reagiert und die geschäftlichen Beziehungen zu diesem Internetanbieter eingestellt. In dem Brief heißt es:

„Solange amazon.com die "Protokolle der Weisen von Zion" in unkommentierter Fassung anbietet, werde ich bei Ihnen nichts kaufen. Auch die Mitarbeiter meines Unternehmens können amazon bis dahin nicht mehr besuchen. Ich habe den Zugang zu den Domains sperren lassen.

Sämtliche Sites, die wir betreuen, haben ebenfalls alle Links zu amazon entfernt.

Meinen Kunden und Kollegen aus der Online-Branche rate ich, wo ich nur kann, es mir nach zu tun.

Es ist dabei völlig unerheblich, ob der Verkauf in den USA legal ist oder nicht. Erheblich ist einzig, dass amazon dieses Buch verkaufen WILL. Wer Geschäfte mit Nazis und Antisemiten machen WILL, der muss auf mich als Kunden verzichten.

Ich fordere Sie daher auf, es in Zukunft zu unterlassen, mir Werbung gleich welcher Art zuzusenden."

Verfahren gegen REP

Gegen den REP-Landtagsabgeordneten und Heilbronner Gemeinderat Alexander Schonath (48) wurde vom Heilbronner Amtsgericht ein Insolvenzverfahren eröffnet. Grund für das Insolvenzverfahren sind private Schulden des „Republikaner"-MdL in Höhe von insgesamt rund einer Million Mark.

Die Landesbank Baden-Württemberg nahm Schonath für eine von ihm geleistete Bürgschaft in Höhe von 200.000 Mark in Anspruch. Eine Regionalbank nahm eine weitere Bürgschaft über 500.000 Mark in Anspruch. Dazu kommen noch Darlehen von rund 300.000 Mark. Seit 1994 gehört Schonath ununterbrochen dem Heilbronner Stadtrat an. Nach der Wahl in den Landtag im April 1996 ließ Schonath die Geschäfte seiner Marketing-"Gesellschaft für Verkaufsförderung und Direktwerbung mbH" (GVD) ruhen.

Schonath lebt und arbeitet seit Ende 1996 als Profi-Politiker. Er kündigte an, im März 2001 erneut für den Landtag kandidieren zu wollen, da er „gegen keine Gesetze verstoßen und nichts verbrochen" habe.

Helmut Schröder

Bereinigung der Bilanzen

Der Umgang der neuen Bundesregierung mit den Morden von rechts

„Die neue Bundesregierung wird die politische Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt machen." (Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung vom 20. Oktober 1998)

Von der alten Kohl-Regierung war man es gewohnt, dass eines ihrer zentralen Mittel beim Umgang mit dem Rechtsextremismus die Leugnung dessen Gefährlichkeit war. Dieses Abstreiten einer realen Bedrohung durch neofaschistische Gruppierungen ermöglichte es der Kohl-Regierung eine Linie zu verfolgen, die sich darin erschöpfte, dem Ausland gegenüber zu beteuern, dass die Bundesrepublik Deutschland ein „ausländerfreundliches Land" sei. Und es ermöglichte der damaligen Bundesregierung auch eine Politik zu betreiben, die die neonazistischen Gruppierungen und deren Strukturen weitgehend unbehelligt ließ und gleichzeitig auf eine Auseinandersetzung mit deren rassistischen, antisemitischen und undemokratischen Politik verzichtete.

Selbst nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag in Solingen 1993, bei dem fünf Menschen von Neofaschisten ermordet wurden, unternahm die damalige Bundesregierung den kurzzeitigen Versuch, das Verbrechen als Tat „sozial deklassierter Jugendlicher" auszugeben. Die Marschrichtung des Kanzleramtes war damals: „Wir werden jetzt wochenlang Aufklärungsarbeit leisten müssen, um den Anschein neonazistischer Gefahr in Deutschland entgegenzutreten."

Wer nun erwartet hatte, die rot-grüne Bundesregierung würde eine andere Politik verfolgen, sah sich getäuscht. Das Bundesministerium des Innern (BMI) unter Minister Otto Schily (SPD) setzte diese Politik der Verharmlosung des Neofaschismus im Stile seiner Vorgänger Kanther und Seiters in bedrückender Art und Weise vor.

Will verstärkt gegen rechts vorgehen, setzt aber die Politiklinie der CDU-Regierung fort - Otto Schily.

Im März 1999 stellte die PDS-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu den politischen Morden von rechts in der BRD seit 1990, also seit der Wiedervereinigung. In der Antwort der Bundesregierung heißt es in bemerkenswerter Offenheit: „Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden - mit Stand 1. April 1999 - seit 1990 insgesamt 16 vollendete Tötungsdelikte aus rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Motivation begangen. Auf Grund datenschutzrechtlicher Löschungsfristen für polizeiliche Datensysteme sind ehemals gespeicherte Tötungsdelikte nicht mehr nachvollziehbar. Diese Löschungen liegen in den Zuständigkeit der Bundesländer; dem BKA liegen über die Größenordnungen eventueller Löschungen keine Erkenntnisse vor. Insofern kann nicht von einer Vollständigkeit der Statistik im vorliegenden Fall ausgegangen werden." Mit dieser Antwort hat die Bundesregierung ihre Unlust demonstriert, Morde von rechts zu dokumentieren. Allein der Verweis darauf, dass polizeiliche Daten nach acht Jahren gelöscht würden, zeigt das Desinteresse an einer gewissenhaften Aufklärung. Denn mit einem äußerst geringen Aufwand von wenigen Minuten hätte man allein die Antworten der alten Bundesregierung aus den zurückliegenden Jahren durchsehen können.

Schließlich musste die Kohl-Regierung sich mit mehreren Kleinen Anfragen der PDS über die Morde von rechts beschäftigen. In ihrer Antwort vom 16. September 1993 musste die damalige Bundesregierung feststellen, dass ihr seit Oktober 1990 bis Ende 1992 immerhin 23 Tötungsdelikte bekannt seien (Antwort der Bundesregierung vom 16. September 1993; Drs. 12/5679); im Jahre 1993 starben nach Auskunft der damaligen Bundesregierung sieben Menschen (Antwort der Bundesregierung vom 13. Oktober 1994; Drs. 12/8572). Das heißt allein diesen Angaben zufolge waren der alten Bundesregierung bis Ende 1993 30 Tötungsdelikte von rechts bekannt. Antifaschistische Recherchen und Recherchen der PDS-Bundestagsgruppe kamen für diesen Zeitraum auf 68 Tötungsdelikte. Die rot-grüne Bundesregierung kommt in diesem Zeitraum auf 15 Tötungsdelikte mit 21 Opfern. Bis zum 20. April 1999 hat die rot-grüne Bundesregierung seit der Wiedervereinigung 16 Tötungsdelikte mit 22 Toten festgestellt.

Hinzu kommen für das Jahr 1999 laut Angaben der Bundesregierung zwei weitere Tötungsdelikte. Nach Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion wurden von der Bundesregierung allein für dieses Jahr neun weitere Opfer rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierter Tötungsdelikte nicht erwähnt. Fasst man die Gesamtzahlen der Bundesregierung seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 bis Ende 1999 zusammen, dann kommt die Bundesregierung auf 24 Opfer rechtsextremer Gewalt. Nach Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion sind in diesem Zeitraum aber über 110 Tote zu beklagen.

Diese große Differenz in den Zahlenangaben zwischen Bundesregierung und PDS entsteht nicht nur allein aus der Ignoranz und dem offenen Desinteresse des BMI, sondern auch durch die unterschiedliche Bewertung einzelner Fälle.

Wo die Öffentlichkeit rechtsextreme Gewalt- und Tötungsdelikte beklagt, da kann und will die Bundesregierung hartnäckig und mit Bedacht kein rechtsextremes Tötungsdelikt feststellen. Einige Beispiele: Am 13. Februar 1999 jagt eine Gruppe von elf neofaschistischen Jugendlichen in Guben den algerischen Asylsuchenden Omar Ben Noui in den Tod. In öffentlichen Trauerfeier mahnten der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe und andere Personen des öffentlichen Lebens vor Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Die Bundesregierung indes will diese Straftat mit Todesfolge nicht als rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierte Tat anerkennen. In ihrer Aufstellung über rechtsextreme und fremdenfeindlich motivierte Tötungsdelikte für das Jahr 1999 wird der Tod von Noui nicht erwähnt. Die Bundesregierung wertet die tödliche Hetzjagd der Neofaschisten auf Omar Ben Noui lediglich als „Landfriedensbruch".

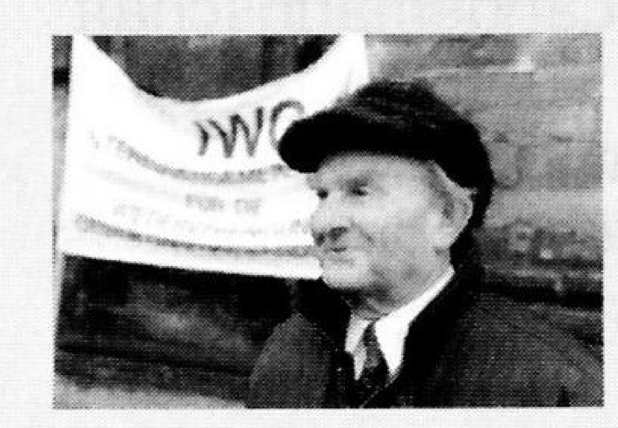
Am 23. Februar 1997 erschießt der Neofaschist Kay Diesner, Mitglied in verschiedenen militanten rechtsextremen Organisationen, einen Polizeibeamten bei einer Verkehrskontrolle in Schleswig-Holstein. Wenige Tage zuvor hatte Diesner einen Buchladen in einem Haus in Berlin-Marzahn, in dem sich eine Geschäftsstelle der PDS und das Wahlkreisbüro von Gregor Gysi befindet, überfallen und den Buchhändler Klaus Baltruschat mit einem halbautomatischen Gewehr schwer verletzt. Der von Diesner getötete Polizeibeamte wird von der Bundesregierung nicht als Opfer eines rechtsextrem motivierten Tötungsdelikts anerkannt; die Bundesregierung sieht hier „eine Tat zur Verdeckung einer anderen Straftat".

Am 31. Januar 1997 tötete in Fredersdorf ein 30-jähriger Täter Olaf S. den Vietnamesen Phan Van Toau. Vor dem Bahnhof kam es zwischen dem Vietnamesen und dem Täter zu einem Streit. Frank Jansen schreibt dazu im „Tagesspiegel": „Ohne Zögern packt der stämmige Gelegenheitsarbeiter den kleinen, 42 Jahre alten Asylbewerber, dreht ihn mit den Kopf nach unten. Dann wirft Olaf S. sein Opfer mit voller Wucht auf den Asphalt. Der Vietnamese bricht sich den Halswirbel und ist querschnittsgelähmt. Drei Monate später stirbt er an einem Herz-Kreislauf-Stillstand". Der Täter äußerte gegenüber der Polizei, „im Suff hab' ick Ausländerhass". Vor der Tat hatte er geäußert, „den Fidschi mach' ich platt". Die Polizei ging deswegen von einer

Paletta und seine Nazi-Skins: IWG-Aufmarsch in Dresden

Die „Interessengemeinschaft Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V" (IWG) führte am 25. März 2000 einen kleineren Aufmarsch in Dresden durch. Unter dem selben Motto wie einen Monat zuvor in Erfurt, „Recht auf Heimat" und „Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete", marschierte ein ziemlich desorganisierter marodierender Haufen von zumeist militanten Nazi-Skins durch die sächsische Landeshauptstadt. Aus der Schar der kahlgeschorenen und aggressiv pöbelnden Naziskins ragte der amtierende Vorsitzende der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen", Alexander Kleber aus Freiberg, hervor. Kleber wird in Zukunft noch mehr auf die johlende Meute Naziskins zurückgreifen müssen. Seine Mutterorganisation, die „Landsmannschaft Ostpreußen" hat sich von ihrer Jugendorganisation getrennt. Gründe für diese Trennung lieferte auch Kleber mit seiner Bündnispolitik weit in das Lager der militanten Neo-Faschisten. Das brachte ihm zwar Lob in der NPD-Postille „Deutsche Stimme" (Märzausgabe), aber nun die Kündigung von der großen revanchistischen Landsmannschaft.

Kamen in Erfurt noch 500 TeilnehmerInnen zusammen, so waren es in Dresden knapp 150. Der vom Vorsitzenden der IWG, Georg Paletta, einberufene Marsch ist Teil einer bundesweiten Demonstrationstournee, bei der monatlich eine Stadt auf dem Programm steht. Für den 29. April kündigte Paletta das nächste Spektakel an. Aufmarschort kann Jena oder wieder Dresden sein.



Georg Paletta

Hinter der relativ unbedeutenden IWG verbirgt sich ein diffuses Bündnis revanchistischer, faschistoider Gruppen. Der Demonstrationsaufruf von Erfurt wurde von etlichen im rechten Spektrum einschlägig bekannten Personen unterzeichnet. Beziehungen der IWG bestehen u.a. zu: „Deutsche Liga für Volk und Heimat", „Sudetendeutsche Landsmannschaft", „Deutsche Gildenschaft", „Witiko-Bund", „Bund für Gesamtdeutschland", „Bündnis für Deutschland", „Bund der Vertriebenen", „Gesellschaft für freie Publizistik".

Vorsitzender der IWG ist der Pleinfelder Georg Paletta, 1993 noch im Landesvorstand des revanchistischen „Bund für Gesamtdeutschland" aktiv; zweiter Vorsitzender ist Klaus Peter Seifert, ein ehemaliges Mitglied der „Republikaner". Paletta machte in Dresden einen ziemlich verwirrten Eindruck. Durch störende Zwischenrufe weniger aktiver AntifaschistInnen sichtlich aus dem Konzept gebracht, schrie er sich in Ekstase und rief seinen Nazi-Glatzen, die bei jedem Antifa-Zwischenruf während der Abschlußkundgebung an der Kreuzkirche regelrecht ausflippten, immer wieder zu: „Jungs, ihr seid Spitze!" Nicht nur sein Auftritt, auch die großmäulige Ankündigung von Mega-Aktionen, haben die Öffentlichkeit an dem Verstand von Paletta zweifeln lassen. Am 3. Oktober 1997 wollte er mit 100.000 Gleichgesinnten durch das Brandenburger Tor ziehen. Veranschlagte Kosten: 3 Millionen DM. Aus dem Größenwahn wurde bekannterweise nichts. Die regelmäßig zu jedem Aufmarsch-Versuch neu aufgelegten DINA-5 Handzettel, auf denen "Deutsche Patrioten" und "Vertriebene" angesprochen werden, geben inhaltlich nicht viel her. Eine willkürlich zusammengestellte Liste von Völkerrechtsartikeln soll den großdeutschen Anspruch legitimieren. Eine Argumentationsweise, die Paletta vom revanchistischen Würzburger Professor Dieter Blumenwitz abgeschrieben haben dürfte.



Nazi-Skins dominierten das Bild des IWG-Aufmarsches

ausländerfeindlichen Motivation der Tat aus. Und selbst im Prozess äußerte Olaf S. „Fidschis müssten raus aus Deutschland", versah dies allerdings mit dem Zusatz „allerdings ohne Gewalt". Als hätte die Tat nicht gezeigt, was von dieser letzten Aussage zu halten zu sei, nahm die Richterin diese „Einschränkung" als Hinweis, dass die Tat nicht „ausländerfeindlich" motiviert sei. Auch die Bundesregierung akzeptierte diese Lüge des Täters. Für sie ist diese Tat deswegen „nicht mehr fremdenfeindlich motiviert". Es sei darauf hingewiesen, dass die Leugnung des rassistischen Motivs für den Angeklagten wichtig war, da dadurch für den Tatvorwurf Mord die unabdingbaren „niedrigen Beweggründe" entfallen waren. Dies wirkt sich für den Täter günstig auf das Strafmaß aus.

Am 6. bis 7. Februar 1997 tötete ein 17-jähriger Neofaschist in Magdeburg den Punker Frank Böttcher mit sieben Messerstichen und mehreren Fußtritten gegen den Kopf. Der Täter bekannte selbst im Gerichtsverfahren, dass er Mitglied der rechten Szene sei. Die Bundesregierung stuft die Tat als nicht rechtsextrem motiviert ein.

Dies ist eine Art, wie die Bundesregierung die Bilanz der Tötungsdelikte von rechts bereinigt und beschönigt: Bei ganz eindeutigen Fällen wird die neofaschistische, rassistische Motivation einfach bestritten. Die rot-grüne Bundesregierung bedient sich aber auch noch einer anderen Variante. Die Kohl-Regierung hatte immerhin mit der Formulierung der zu „vermutenden oder tatsächlichen rechtsextremen, fremdenfeindlichen Motivation" gearbeitet. Auch wenn die Kohl-Regierung sehr rigide bei der Einstufung rechtsextremer Tötungsdelikte war, bot sie doch mit dieser Formulierung die Möglichkeit an, Tötungsdelikte schnell einstufen und daraus notfalls sofortige Konsequenzen ziehen zu können. Von diesem Verfahren ist die neue Bundesregierung de facto abgerückt. Mit einer Klassifizierung der Taten wartet die Bundesregierung offenbar so lange, bis die Klärung der Fälle abgeschlossen ist.

Am 6. Oktober 1999 schlagen Hooligans in Oberlungwitz einen 17-jährigen Punker mit Billardstöcken, Hammer- und Axtstielen tot. Obwohl dic sächsische „Soko REX" in diesem Fall ermittelt, verweist die Bundesregierung darauf, dass das Tatmotiv „noch nicht geklärt" sei. Der Fall taucht damit nicht in der Statistik auf.

Am 7. Oktober 1999 töten mehrere einschlägig bekannte Neofaschisten in Berlin-Lichtenberg eine männliche Person. Obwohl über die mutmaßlichen Täter verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse vorliegen, wird die Tat nicht als rechtsextrem eingestuft. Die Bundesregierung zieht sich hier darauf zurück, dass die Landesbehörden für die Einstufung der Tat zuständig seien.

Allerdings - und das muss der Genauigkeit wegen auch gesagt werden - hält die Bundesregierung diese Linie nicht immer durch. Die Ermordung beispielsweise eines 35-jährigen Mosambikaners im bayerischen Kolbermoor im Sommer 1999 wird von der Bundesregierung durchaus als rechtsextreme/fremdenfeindliche Straftat eingestuft, obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Das heißt, wenn die Bundesregierung *wollte*, dann könnte sie durchaus auch anders handeln.

Zieht man eine Bilanz des Umgangs der Bundesregierung mit den Morden von rechts, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass sie so wenig wie möglich rechtsextrem motivierte Morde als solche anerkennt, denn dies befreit sie davor, Schritte zur Bekämpfung des neofaschistischen Organisationsgeflecht einzuleiten und eine präventive Aufklärungsarbeit zu betreiben. Die Taten des Neofaschismus und die real von ihm ausgehende Bedrohung zu leugnen, heißt, auch die eigene Tatenlosigkeit zu verteidigen. Die neue Bundesregierung ist in dieser Hinsicht genau so ignorant wie die alte.

Und wir wollen auch nicht vergessen, dass der Umgang mit diesen Morden noch eine andere Seite hat. Während in Guben AntifaschistInnen und DemokratInnen versuchen, mit einem schlichten Gedenkstein das Andenken an Omar Ben Noui zu wahren, ist die Bundesregierung von einem derartigen Gedenken der Opfer neofaschistischer Gewalt meilenweit entfernt: Sie sind ihr keiner Beachtung wert.

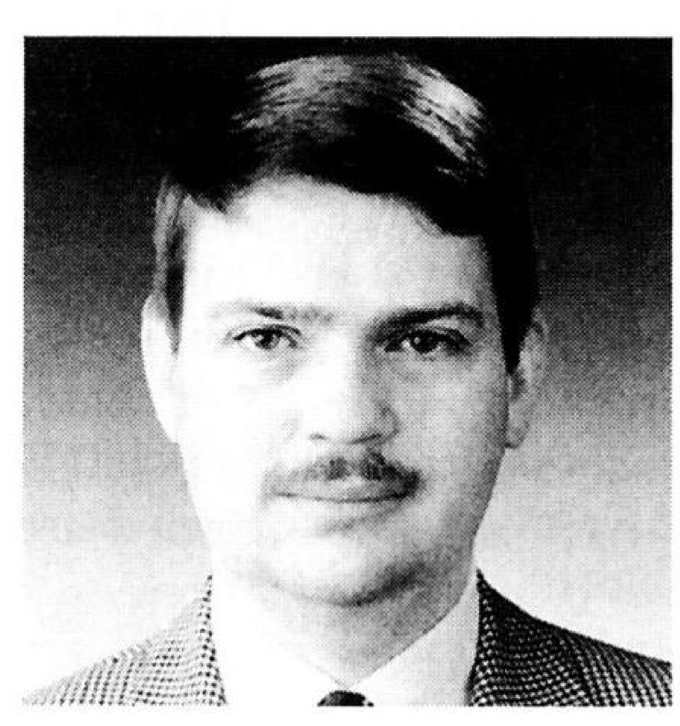
Samuel Salzborn

Wachablösung

Führungswechsel bei der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Bei der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) wurde Anfang Februar diesen Jahres ein neuer Vorstand gewählt. Anlässlich des alljährlichen „Sudetendeutschen Tages“ der SL an Pfingsten in Nürnberg wird der Führungswechsel nun amtlich. Jedoch bereits weit vor dieser Großveranstaltung war Protest ob der Neuwahl aus der Tschechischen Republik zu vernehmen.

Nach 18 Amtsjahren stand der Vorsitzende und Sprecher der SL, Franz Neubauer, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung. Der Staatsminister a. D. und ehemalige Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank war 1982 als Nachfolger von Walter Becher in das Amt des Sprechers gewählt worden. Becher, ehemaliger Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit“, hatte den Posten von 1968 bis 1982 inne.



Neuer Bundesvorsitzender der SL: Bernd Posselt

Zum neuen Sprecher wählte die XII. Bundesversammlung der SL den Präsidenten des Bayerischen Landtages, Johann Böhm (CSU), der das Amt an Pfingsten von Neubauer übernimmt. Böhm gehört seit Januar 1998 dem Verwaltungsrat des „Deutsch-tschechischen Zukunftsfonds“ an. Bundesvorsitzender der SL wurde der Chef der „Paneuropa-Union“ (PEU) Deutschland, Bernd Posselt (CSU-MdEP), bisher einer der stellvertretenden Vorsitzenden der „Sudetendeutschen“. Gegenkandidaturen gab es weder für den Posten des Sprechers, noch für den des Vorsitzenden. Die Ämter der stellvertretenden Vorsitzenden der SL bekleiden fortan Reinfried Vogler, Matthias Sehling und Herbert Fleissner.

Der scheidende Sprecher und Vorsitzende, der einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der SL gewählt wurde, fasste die Arbeit der SL in den vergangenen Jahren dahingehend zusammen, dass es dem Verband gelungen sei, die „sudetendeutsche Frage ständig in der politischen Diskussion zu halten“. Er zog ein positives Resümee der Arbeit seiner Organisation und betonte, dies sei eine „bemerkenswerte gemeinsame Leistung“ gewesen. Neubauer wies auf die „international gewachsene Sensibilität für das Thema Vertreibung“ hin und betonte die für die SL positive Rolle der Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene, etwa die Arbeit der UNO, des Europäischen Parlaments und des US-Repräsentantenhauses.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte Neubauer der neuen österreichischen Regierungskoalition, bestehend aus „Österreichischer Volkspartei“ (ÖVP) und den „Freiheitlichen“ (FPÖ): Unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) werde sich die Politik zu Gunsten der „Sudetendeutschen“ entwickeln. Diese Einschätzung wundert kaum, hat sich doch Jörg Haider (FPÖ) bereits mehrfach für „Mindeststandards für alle Volksgruppen in Europa“ eingesetzt. Beim „Europäischen Volksgruppenkongress“ im November letzten Jahres erklärte Haider, dass es europaweit an „einheitlichen Standards“ fehle, wie mit „ethnischen Minderheiten“ umzugehen sei. Europa, so der Kärntner Landeshauptmann, sei „politisch noch nicht sehr viel weiter gekommen“. Es gebe politischen Handlungsbedarf, da wegen der „großen Konfliktpotentiale“ eine „Balkanisierung Europas“ drohe. Berichten des „Standard“ zufolge plädiert Haider auch dafür, „einheitliche Mindeststandards für alle Volksgruppen in Europa zu schaffen“.

Konsequenterweise stieß der SL-Führungswechsel auf tschechischer Seite auf Ablehnung, ist doch vor allem Bernd Posselt als konservativer Hardliner bekannt (Vgl. DER RECHTE RAND Nr. 62). Der außenpolitische Sprecher der „Demokratischen Bürgerpartei“ (ODS), Jan Zahradil, sagte, er sei „beunruhigt“ über die Wahl des 43-jährigen Posselt zum neuen SL-Vorsitzenden. Sein Vorgänger „Franz Neubauer war hart, aber Posselt ist aus Stein“, zitierte die liberale Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ einen tschechischen Diplomaten. Nach Zahradils Auffassung kann Posselt den geplanten EU-Beitritt der Tschechischen Republik „weitaus effektiver komplizieren als der (damalige; Anm. d. Verf.) FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider“: „Was Haider mit dem Hammer tut, machen andere Menschen mit der Uhrmacher-Pinzette.“ Posselts „negative Einstellung“ zu den Dekreten des ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš sei bekannt, sagte Zahradil.

Die vom Präsidenten der Tschechoslowakei erlassenen Dekrete, bekannt geworden als Beneš-Dekrete, werden von den „Sudetendeutschen“ verantwortlich gemacht für angeblich systematische Verbrechen während der Umsiedlung und den Verlust ihres Eigentums. Im Zuge des Wiederaufbaus der Tschechoslowakei nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte der Erlass verschiedener Dekrete, die unter anderem die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der NS-Zeit, die Bestrafung der nazistischen Verbrecher und die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft zum Inhalt hatten. Letztgenanntes Verfassungsdekret erkannte den Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ab, wobei Personen, die für die Befreiung der Tschechoslowakei gekämpft oder anderweitig antifaschistische Arbeit geleistet hatten, hiervon explizit ausgenommen waren. Es steht dabei zwar außer Zweifel, dass auch im Zusammenhang mit der Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nicht in jedem Fall individuell richtig verfahren wurde. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Zahl der „deutschen Vertreibungsopfer“ aus der Tschechoslowakei bis heute nicht annähernd genau festzustellen ist, wie aus wissenschaftlichen Arbeiten der „Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission“ hervorgeht. Denn der Großteil dieser „Vertreibungsopfer“ besteht aus ungeklärten Fällen und nicht aus bekannt gewordenen Toten. Auf den Dekreten des Staatspräsidenten Edvard Beneš basierte allerdings die Nachkriegs-Tschechoslowakei und somit infolgedessen auch die heutige Tschechische Republik, was bedeutet, dass die Forderung nach Aufhebung der Dekrete einer Forderung nach Eliminierung dieser Grundlage gleichkommt.

Weitaus weniger deutlich als Zahradil kommentierte die konservative tschechische Tageszeitung „Lidove noviny“ den Führungswechsel bei der SL: „Die Deutschböhmen vollzogen [...] eine Wachablösung. [...] So endet mit dem Abgang des alten ‚Franz' die vielleicht dynamischste Zeit der tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen nach der Vertreibung. Nach dem Umsturz in der Tschechoslowakei (im Jahr 1989), als sich die tschechische Gesellschaft selbst nicht über die eigene Geschichte klar war, weckte Neubauer Emotionen. Von solchen Privilegien können seine Nachfolger nur träumen. Gut möglich, dass Neubauers Ära einmal als Goldenes Zeitalter der Landsmannschaft gelten wird.“

In dieser Metapher bleibend, stellt sich allerdings die Frage, ob auf das „Goldene“ noch das „Platine Zeitalter“ der SL folgen oder ob der Einfluss der „Sudetendeutschen“ in der Tschechischen Republik wieder zurückgehen wird. Letzteres scheint zumindest nicht sehr wahrscheinlich: „Die sudetendeutschen Dinge sind [..] nach wie vor in Bewegung, sie sind nach wie vor im Fluss. Schlussstriche gibt es nicht. Die Geschichte kennt keinen Schlussstrich. Solange die Volksgruppe unbeirrbar am Recht auf ihre Heimat festhält, ist nichts verloren“, so Neubauer bei der SL-Bundesversammlung. Und weiter: „Wir haben Grund zur Zuversicht am Beginn des neuen Jahrhunderts, wenn wir trotz manchmal unterschiedlicher Meinungen in Einzelfragen weiterhin zusammenstehen und gemeinsam für unsere Heimat eintreten.“

Münch muss sich nicht verantworten

Der letzte noch lebende SS-Arzt, der sich an Menschenversuchen in dem Vernichtungslager Auschwitz beteiligt hatte, muss sich nicht mehr vor Gericht verantworten. Die Ermittlungen wegen Mordverdachts gegen Hans Münch seien eingestellt worden, bestätigten die Staatsanwaltschaft Frankfurt und das hessische Justizministerium Mitte März. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft kamen zwei Gutachter zu dem Ergebnis, der 88-Jährige sei auf Dauer nicht mehr verhandlungsfähig. Der im Allgäu lebende Münch leidet an Alzheimer. Münch hatte nach eigenen Angaben dem KZ-Arzt Josef Mengele bei dessen Menschenversuchen geholfen und eingeräumt: „Ich konnte an Menschen Versuche machen, die sonst nur an Kaninchen möglich sind. Das war wichtige Arbeit für die Wissenschaft.“

Samuel Salzborn

Verlust der Elchschaufel

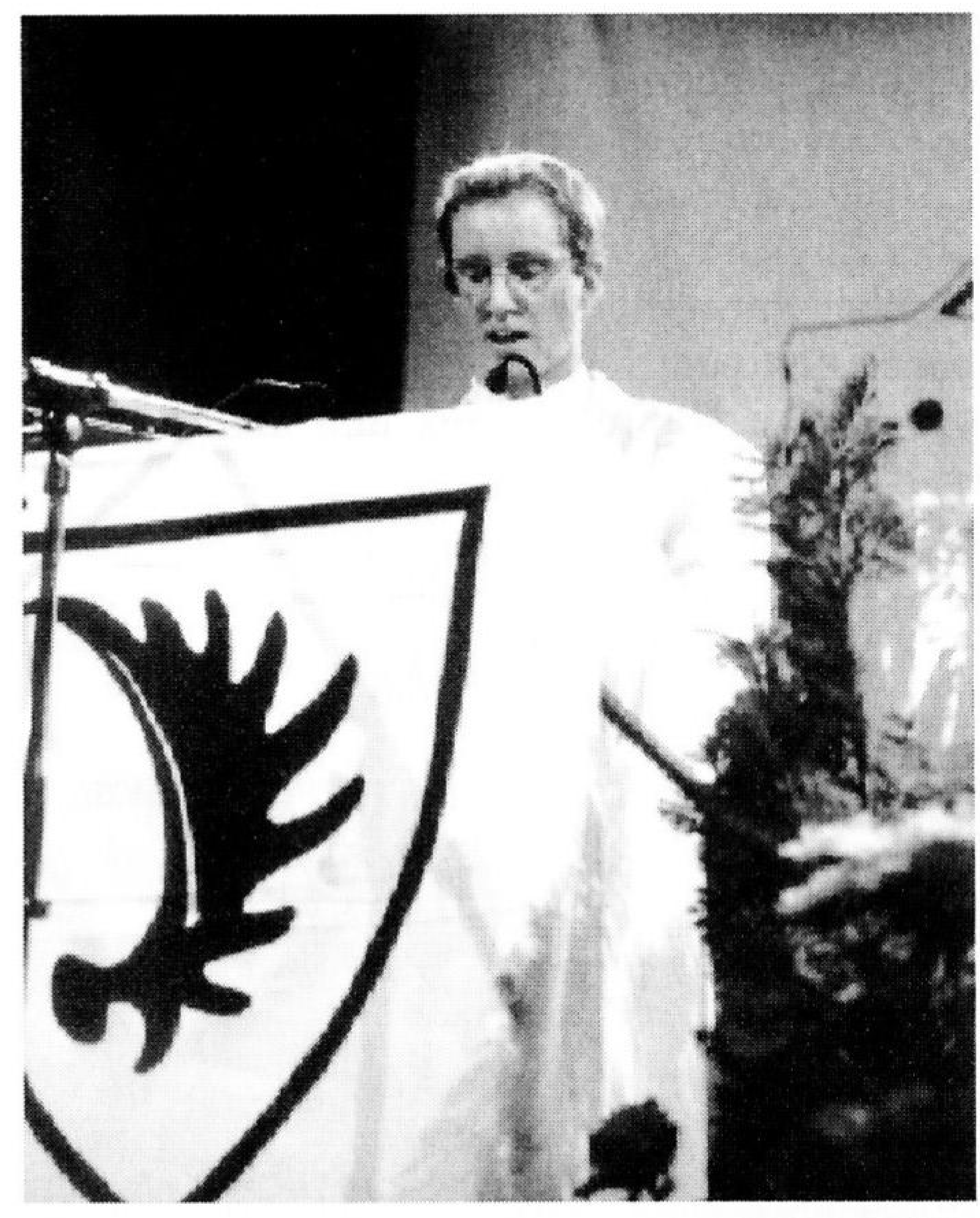
„Landsmannschaft Ostpreußen“ trennt sich von Jugendverband

Seit Ende Januar diesen Jahres ist die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) nicht mehr der Jugendverband der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO). Inzwischen liegen auch offizielle Stellungnahmen zur Trennung der Mutterorganisation von der JLO vor. Grund für den Rauswurf des Jugendverbandes waren zahlreiche neofaschistische Vorfälle und Verlautbarungen seitens verschiedener JLO-Landesverbände in den letzten Monaten.

Im März des vergangenen Jahres wandte sich der seinerzeitige JLO-Bundesvorsitzende und Burschenschafter René Nehring („Burschenschaft Gothia Berlin“) in einem internen Schreiben an die Mitglieder der JLO. Darin wies er darauf hin, dass im Landesverband Hessen und im Landesverband Sachsen extrem rechte Tendenzen zu beobachten seien, die ein „negatives Außenbild“ produziert und den Anschein erweckt hätten, dass „es sich bei unserem Verein um eine extremistische Gruppierung handelt“.

In Hessen war im Mitteilungsblatt „Hessenrundbrief“ von der „großartigen Idee“ geschwärmt worden, ein „neues, vereintes, nationales, soziales Deutschland zu schaffen“. Man wolle gegen „Scheindemokraten, EU-Bürokraten und Großkapitalisten“ kämpfen, „solange noch das Blut für die Interessen des deutschen Volkes in unsern Adern fließt“. In Sachsen war die JLO zusammen mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) bei einer Demonstration in Dresden marschiert und hatte mit einer antisemitischen Darstellung für eine Veranstaltung über das „Schwarzbuch des Kommunismus“ geworben. Letzteres rief die Staatsanwaltschaft auf den Plan, die gegen die JLO ermittelte. Und diese beiden Vorfälle waren nur die Spitze des Eisberges: Nicht erwähnt hatte Nehring in seinem Schreiben, dass ein hoher Funktionär der JLO in Ostwestfalen in Nordrhein-Westfalen vormals Aktivist der inzwischen verbotenen neofaschistischen Organisation „Nationalistische Front“ (NF) gewesen war.

Fortgesetzt wurde Nehrings interner Versuch zur politischen Selbstreinigung des Verbandes



Will mit dem „Bund Junges Ostpreußen“ die JLO beerben: Bernhard Knapstein

durch die Bemühungen eines Teiles der Führungsriege der JLO, auf formalem, vereinsrechtlichem Weg die neofaschistischen Kräfte aus dem Verband zu drängen. Dies scheiterte jedoch gründlich: Eine Gruppe um Christian Schaar, einem der Beisitzer im JLO-Bundesvorstand, setzte sich bei den letzten Bundesvorstandswahlen durch und übernahm das Kommando in der JLO. Schaar war vorher bereits Landesvorsitzender der JLO in Baden-Württemberg und Regionalbeauftragter der „Deutschland-Bewegung“ um Alfred Mechtersheimer gewesen. Durch diesen verbandsinternen Machtwechsel wurde deutlich, dass die neofaschistischen Kräfte sich gegenüber den rechtskonservativen mehrheitlich und auf längere Frist durchgesetzt hatten. Es habe sich bei den vorangegangenen Vorgängen, so ein Mitglied des LO-Bundesvorstandes, um eine „gezielte Unterwanderung der JLO durch Mitglieder radikaler, zum Teil verbotener Organisationen“ gehandelt.

Ende Januar hat nun der Bundesvorstand der LO beschlossen, dass die JLO nicht mehr ihre Jugendorganisation sei und dass die finanzielle und organisatorische Unterstützung der JLO mit sofortiger Wirkung eingestellt werde. Ferner wurde es der JLO verboten, fortan die Elchschaufel als Symbol zu verwenden, die Bezeichnung „Landsmannschaft Ostpreußen“ im Namen zu führen sowie die Postanschrift der LO zu verwenden. Endgültig beschlossen werden muss der Rauswurf jedoch noch durch das oberste Gremium der „Landsmannschaft Ostpreußen“, die „Ostpreußische Landesvertretung“ (OLV), die traditionsgemäß erst gegen Jahresende tagt. Die Bestätigung dürfte aller Voraussicht nach nur eine Formsache sein.

Obgleich die Rechtsverbindlichkeit bis zur Entscheidung der OLV aussteht, ist bereits eine Nachfolge für die JLO gefunden: der „Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen“ (BJO), der sich Mitte Februar gründete. Mit von der Partie ist als Vorsitzender wieder René Nehring, der bei der letzten Bundestagswahl für den „Bund Freier Bürger“ kandidiert hatte. Zu seinen Stellvertretern wurden bei der BJO-Gründungssitzung im Februar in Berlin der Gildenschafter Rüdiger Stolle („Deutsche Hochschulgilde Hermann Löns Hannover“) und der Burschenschafter Bernhard Knapstein („Burschenschaft Germania Köln“) gewählt, beide ehemalige JLO-Vorsitzende. Die „Zukunft der ostpreußischen Jugend“, so Bernhard Knapstein, liege in der „engen Anbindung an die Landsmannschaft“. Man wolle den „Nachwuchs und damit den Fortbestand der Landsmannschaft und ihrer Untergliederungen“ sichern. Insofern kann der BJO als Fortsetzung der ursprünglichen Konzepte der JLO unter anderem Namen verstanden werden. Denn die JLO hatte erst 1991 die damalige Nachwuchsorganisation der LO, die „Gemeinschaft Junges Ostpreußen“ (GJO) beerbt. Der Grund für den Jugendverbandswechsel war seinerzeit jedoch nicht die Durchdringung von neofaschistischen Kräften, sondern die zu sehr auf primär apolitische Brauchtumspflege ausgerichtete Arbeit der GJO.

Im „Ostpreußenblatt“ (OB), dem Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“, hieß es bereits 1985, dass der Generationswechsel die Landsmannschaften vor die „größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte“ stelle: „Nur wenn es gelingt, einer geschichts- und heimatbewussten, sachkundigen und tatkräftigen Bekenntnisgeneration die Verantwortung zu übertragen, ist eine reibungslose Kontinuität in der Arbeit der Landsmannschaften gewährleistet.“ Und wenn es nicht gelingen würde, so die damalige Prophezeiung, dann „wäre auch die deutsche Frage in der Tat nicht mehr offen“, sondern „von uns selbst abgeschlossen und zu den Akten“ gelegt worden. Der Wahrung dieser Tradition ist nun nicht mehr die JLO, sondern der BJO verpflichtet.

Flog aus der „Landsmannschaft Ostpreußen“: Alexander Kleber, ex-Vorsitzender der JLO Sachsen (Bildmitte mit Anzug und Fliege).

Ulrich Schneider

Tschechien von rechts

Geschichtsrevisionismus und Neofaschismus in der Tschechischen Republik

Als vor wenigen Wochen der 28jährige Prager Verleger Michal Zitko, Inhaber des Verlages „Otokar II", Adolf Hitlers „Mein Kampf" ungekürzt und unkommentiert auf den tschechischen Buchmarkt brachte, gab es eine öffentliche Reaktion, die bis in die Bundesrepublik zu vernehmen war.

Nachdem tschechische Medien Mitte März auf diesen Skandal aufmerksam gemacht hatten, begann in der Tschechischen Republik (CR) eine vehemente öffentliche Debatte. Laut dpa kritisierte der sozialdemokratische Kultusminister Pavel Dostal: „Wer dieses Buch kommentarlos herausgibt, verbreitet Faschismus" und rief nach dem Staatsanwalt. Auch der Vorsitzende des NS-Opferverband ("Verband der ehemaligen Freiheitskämpfer") Jacub Cermin rief, wie die jüdische Gemeinde zum Protest auf.

Der Verleger glaubte sich unterdessen vollkommen missverstanden. In einem offenen Brief an Dostal sagte Zitko, er habe das Buch absichtlich unkommentiert herausgegeben, um dem Leser die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Meinung zu bilden. Angeblich wolle er nur „mit den Geheimnissen und Mythen rund um das Hitler-Buch" aufräumen. Damit sich die 10.000 Exemplare der Erstauflage jedoch gut verkaufen, ziert der Umschlag alle Elemente der faschistischen Insignien: Hakenkreuz, Reichsadler, schwarzer Titel in Fraktur-Schrift. Zitko behauptete dabei, er verlege das Buch, „damit Tschechen die NS-Philosophie kennen lernen" - offensichtlich jedoch als faschistischen O-Ton. Auch sei es doch nur „ein historisches Dokument über einen toten Menschen und über ein Regime, das so geendet hat, wie es geendet hat, und das schreckliches Unheil verursacht hat".

Als das Land Bayern - immerhin Rechtsinhaber des Copyrights - den Verleger schriftlich aufforderte, die weitere nicht lizenzsierte Verbreitung zu unterlassen, fühlte dieser sich in seiner Freiheit, faschistische Propaganda verbreiten zu können, doch arg eingeschränkt. Diese Aufforderung sei ein Eingriff in die Souveränität des tschechischen Staates, konterte Zitko.

Trotz zahlreicher Forderungen, den Vertrieb des Buches gesetzlich zu stoppen, geschah zunächst nichts. Die Kritiker der Veröffentlichung mussten nämlich feststellen, dass es im tschechischen Strafrecht noch keine hinreichenden Regelungen gibt, die faschistische Propaganda, Antisemitismus und Volksverhetzung einschränken können. Man müsste sich auf das Gesetz gegen die Propagierung von Kommunismus und Nationalsozialismus beziehen, ein Gesetz, das - nicht zuletzt auf Grund des totalitarismustheoretischen Ansatzes - seine Wirksamkeit gegen faschistische Propaganda bislang noch nicht unter Beweis gestellt hat.

Und so kann man nicht nur wegen der Herausgabe dieser Nazi-Kampfschrift den Eindruck gewinnen, dass der Freiraum für Geschichtsrevisionismus und Neofaschismus in der CR gegenwärtig relativ groß ist. Wer sich allein die Angebote der Verkaufsstände auf den Metrostationen und in den Buchhandlungen Prags betrachtet, findet zahllose Titel zum Zweiten Weltkrieg - jedoch nicht in historisch-kritischer Distanz, sondern eher auf dem Niveau von Militaria-Freunden des „Motorbuchverlages" („Deutsche Panzer in Afrika" oder „Luftschlacht über England"), womit in geschichtsrevisionistischer Form die Verbrechen der Wehrmacht banalisiert oder sogar geleugnet werden. Auch die Werke David Irvings und anderer Geschichtsrevisionisten sind in tschechischen Verlagen lieferbar.



Nazi-Aufmarsch zum 1. Mai 1999 in Prag mit deutscher Beteiligung

Die Sorge, dass ein solcher Freiraum für faschistische Propaganda Neofaschisten in der CR Auftrieb geben könnte, glaubt die TAZ mit Hinweis auf tschechische Kommentatoren Beiseite schieben zu können. „Es sei fraglich, ob die durchschnittliche tschechische Glatze des Lesens kundig genug sei, um sich durch 250 Seiten zu kämpfen". Das mag zwar lustig klingen, geht aber an der Realität weit vorbei. Immerhin findet der interessierte tschechische Faschist den kompletten Text von „Mein Kampf" - natürlich unkommentiert - auch im Internet. Der Provider „mageo.cz" hostet in seinem Bereich der privaten Homepages ein Angebot, in dem der gesamte Text in tschechischer Sprache als Download abgerufen werden kann. Dieses Internet-Angebot beginnt mit einer „Ehrung der 16 Helden" des Marsches auf die Feldherrnhalle in München vom 9. November 1923. Deutlicher kann die ideologische Tendenz dieser Internet-Seiten nicht beschrieben werden.

Der Provider hat aber nicht nur Angebote für das tschechische faschistische Klientel. Auch deutsche Neonazis können hier Inhalte hinterlegen, deren Verbreitung in der Bundesrepublik sicherlich strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würden. Der Name der Homepage „Landser" spricht bereits Bände. Auch andere tschechische Provider bieten ihre Speicherkapazitäten bundesdeutschen Neonazis und „Hardcore-Geschichtsrevisionisten" an. Bei „ipex.cz" kann man beispielsweise Bilder der faschistischen Luftwaffe im Einsatz, „unsere heldenhafte Wehrmacht" und „Blut- und Boden"-Schinken betrachten. Doch nicht nur virtuell, sondern auch ganz real funktioniert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen tschechischen und deutschen Neofaschisten.

Gemeinsame Aktivitäten

Offensichtlich weiß die deutsche Nazi-Szene zu schätzen, wie lax lange Zeit in der CR Gesetze gegen rassistische und neofaschistische Propaganda - wenn sie überhaupt existierten - gehandhabt wurden. Schon länger ist daher eine „grenzüberschreitende" Kooperation zu beobachten. Verbunden mit dem „Knödeltourismus" schätzen bundesdeutsche Neonazis vor allem die Möglichkeiten, die die CR für ihre Aktivitäten und logistische Absicherung von Strukturen bietet. So sollen dem Vernehmen nach besonders sächsische Nazigruppen Materialien in der CR produziert haben.

Dabei konnten sie sich in der CR selbst auf eine sich entwickelnde eigene faschistische Szene, die immer aggressiver an die Öffentlichkeit tritt, stützen. Schon im Frühjahr 1995 sah sich die tschechische Regierung genötigt, über eine Bekämpfung der Skinhead-Szene zu debattieren - bislang jedoch folgenlos. Dabei hat sich die gewalttätige Szene deutlich verbreitert. Die wichtigsten Gruppen sind dabei die „Bohemia Hammer Skins". Ihr Zentrum findet sich in der Region Plzen, wo sie seit 1995 schon mehrfach Treffen mit internationaler Beteiligung aus Deutschland, Ungarn und Polen durchführen konnten. 1996 trafen sich hier bis zu 800 Neo-

nazis in „privaten geschlossenen Veranstaltungen". 1997 kam es bei einem ähnlichen Treffen von 400 Skins in Stahlavy zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das Treffen 1998 „spielte sich unter Polizeiaufsicht ab", wie die Presse berichtet. Das Umfeld der Kulturhalle und der angrenzende Marktplatz wurden gesperrt, jedoch nicht um die Skinhead-Veranstaltung zu verhindern, sondern „um das Geschehen unter Kontrolle zu halten", so die offizielle Begründung. Zum ersten Mal griffen die Sicherheitskräfte im Februar 1999 vor einem geplanten Konzert der Gruppe „Skrewdriver" ein. Zwölf Verantwortliche wurden festgenommen, Drucksachen, CDs und T-Shirts mit neonazistischem und rassistischem Inhalt - alles produziert in der CR - beschlagnahmt. Auch diesmal erwartete man Skinheads aus Deutschland und anderen Ländern. Erkennbar wurde bei dieser Aktion für die Sicherheitskräfte, dass die tschechische Neonazi-Szene zum Teil bereits konspirative Strukturen aufgebaut hatte und verhaftete Funktionäre innerhalb kurzer Frist ersetzen konnte.

Zur Infrastruktur der tschechischen Skinhead-Bewegung gehört auch die Sektion „Blood & Honour Bohemia". Sie ist Teil der international vernetzten „Blood & Honour"-Strukturen und verfügt über einen eigenen Web-Auftritt. Nicht vergessen sollte man auch die Musikgruppe „Excalibur" sowie den tschechischen CD- und Devotionalien-Vertrieb „Music of the true alternative".

Aber man beschränkt sich schon lange nicht mehr auf die Durchführung von Skinhead-Konzerten. Am 1. Mai des vergangenen Jahres konnte man auch im bundesdeutschen Fernsehen die Bilder der neofaschistischen Maidemonstration in Prag sehen, zu der sich rund 400 Skinheads und „Nationalisten", auch aus der BRD, im Stadtzentrum versammelten. Der Aufmarsch wurde - trotz fehlender Anmeldung - von der Polizei geschützt und Proteste verhindert.

Im August 1999 machten im Zusammenhang mit dem insgesamt kläglich gescheiterten Hess-Gedenktag Angehörige der „freien Kameradschaften" einen Ausflug nach Prag, um dort mit Gesinnungsfreunden der faschistischen Skinhead-Bewegung unter dem Transparent „Národni odpor praha" („Nationaler Widerstand Prag") zu demonstrieren. Diesmal untersagte die Polizei jedoch den geplanten Marsch durch die Stadt. Man begnügte sich deshalb mit einer Kundgebung und kurzen Ansprachen, besonders an die Vertreter der Presse.

Nach der Regierungsübernahme der FPÖ/ÖVP-Regierung sah man die Skinhead-Szene erneut in der Öffentlichkeit - mit Kundgebungen für Haider auf dem Prager Wenzelsplatz. Auch tschechische Neonazis sehen in ihm einen neuen rechten Führer am politischen Horizont, egal, was dieser über das österreichisch-tschechische Verhältnis auch immer sagt.

Wurzeln für Rassismus und Neofaschismus in der CR

Gesellschaftlich gestützt wird diese neofaschistische Szene durch eine weit verbreitete rassistische Grundströmung, die sich einerseits gegen im Lande lebende Sinti und Roma richtet, andererseits gegen Fremde, die aus anderen ehemaligen sozialistischen Nachbarstaaten in der CR anzutreffen sind.

Die populistischen Argumentationsmuster sind einfach: Kriminalität in jeglicher Form wird ganz selbstverständlich polnischen, ukrainischen, russischen oder rumänischen Tätern zugeschrieben. Als im Skoda-Werk in Vrchlabi drei Nobelkarrossen direkt vom Fließband verschwanden, wurden die Untersuchungen schon bald mit dem Hinweis auf die „russische Mafia" eingestellt. Selbst als im Oktober letzten Jahres im Grenzgebiet Verkaufsstände vietnamesischer Händler durch Brandstiftung zerstört wurden, war die Polizei schnell mit der Erklärung „Mafia" zur Hand - ein Grund nicht weiter zu ermitteln. In anderen Regionen bieten Roma die Feindbilder. Bekannt ist noch der Vorfall mit der Mauer von Usti nad labem, die ein Wohngebiet der Roma von der übrigen „ordentlichen" Bevölkerung trennen sollte. Erst nach internationalen Protesten verschwand dieses von der Stadtverwaltung selbst errichtete Bauwerk. Die Mauer in den Köpfen blieb jedoch. Kürzlich drohten Hausbesitzer mit dem Verkauf ihrer Immobilien, wenn man eine 20köpfige Roma-Sippe in Predlice, einem Stadtteil von Usti, ansiedeln würde.

Aber diese rassistischen Ausgrenzungen haben noch gewalttätigere Dimensionen. Schon 1995 ermordeten Skinheads in Südböhmen den zweiundvierzigjährigen Tibor Berki, den sie als Angehörigen einer Roma-Familie identifiziert hatten. Es folgten weiter brutale Übergriffe. Das letzte Beispiel ereignete sich 1999 in Vrchlabi. Dort wurde eine Roma-Frau, Mutter von sechs Kindern, von drei Skinheads brutal zusammengeschlagen und in die hochwasserführende Elbe geworfen. Eine zufällig anwesende Journalistin, die die Frau - leider vergeblich - aus den Fluten zu retten versuchte, erlebte eigenartige Reaktionen. Sie wurde nicht wegen ihre Hilfsbereitschaft gelobt, sondern - nicht nur anonym - für ihr mutiges Eintreten beschimpft.

Die rassistischen Übergriffe haben eine solche Dimension erreicht, dass selbst die „Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz" diese Ausschreitungen rügte und darauf verwies, dass hier nicht mehr von Einzelfällen gesprochen werden könne und solche Gewalttaten bis heute anhielten.

Die öffentliche Reaktion

Im Sommer 1999 beschloss daraufhin auf Druck des Regierungsbevollmächtigten für Menschenrechte, Petr Uhl, die tschechische Regierung endlich, „Unterlagen für ein Verbot von Skinhead-Bewegungen möglichst schnell zu erarbeiten", wie „Radio Prag" berichtet. Das Innenministerium torpedierte diesen Beschluss jedoch mit dem Hinweis, „es sei nicht möglich, so schnell Belege dafür zu gewinnen, dass eine bestimmte Bewegung gegen das Gesetz verstößt".

Man gewinnt durchaus den Eindruck, dass sich innerhalb von Ministerien und Sicherheitskräften selbst Sympathisanten dieser Rechtskräfte befinden. Als am 1. Mai 1999 in Prag die Neonazis ihre nicht angemeldete und nicht genehmigte Demonstration durchführten, gingen die Sicherheitskräfte zur Freude der Neonazis mit aller Brutalität gegen antifaschistische Proteste vor. Linke Demonstranten wurden verprügelten und verhaftet, die Nazis ließ man jedoch gewähren.

Der Menschenrechtsbeauftragte der tschechischen Regierung, Uhl, kritisierte die Stadtbehörden. Diese hätten erkennen müssen, dass die Aktion der Skinheads eine Provokation und ein Missbrauch des Versammlungsrechts sei. Auch wunderte er sich über das Verhalten der Polizei, die die Skinheads faktisch beschützt habe. Anders dagegen Prags Bürgermeister Kasl. Er bezeichnete den Polizeieinsatz als adäquat. Er war nicht einmal bereit, darüber nachzudenken, warum die Demonstration überhaupt habe stattfinden können.

Doch auch in der CR entwickelt sich antifaschistische Gegenwehr. Der Regierungsbeauftragte für Menschenrechte, ehemalige Widerstandskämpfer, wie der „Verband der ehemaligen Freiheitskämpfer" und andere gesellschaftliche Gruppen wehren sich zunehmend öffentlicher gegen Neofaschismus und Rassismus, wie die Auseinandersetzungen um den Aufmarsch am 1. Mai dies anschaulich gezeigt haben. Darunter befinden sich Gruppen der Jugend-Antifa und autonome Kräfte, aber auch Geschichtsinteressierte, wie die Gruppe „Dritter Widerstand", die dagegen protestiert, dass Adolf Hitler in der Mährischen Stadt Znojmo noch Ehrenbürger sei. Es bewegt sich einiges, nicht nur in Prag, sondern auch in anderen Teilen der Tschechischen Republik.

Rechtsradikale Vereinigung verboten

Der tschechische Innenminister Vaclav Grulich hat die rechtsradikale Organisation „Narodni aliance" („Nationale Allianz") verboten. Der Sozialdemokrat begründete Anfang April seinen Schritt mit wiederholten Gesetzesverstößen durch die Skinhead-Organisation.

Die Vereinigung hatte in den vergangenen Monaten mehrfach auf öffentlichen Veranstaltungen den Holocaust geleugnet und nationalsozialistische Symbole wie Hakenkreuze und den Hitler-Gruß gezeigt.

Der Führer der Organisation, Vladimir Skoupy (22), sitzt derzeit wegen Verdachts auf faschistische Propaganda in Untersuchungshaft.

Werbung gegen Rassismus

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes „Opinion Windows" haben vier von zehn tschechischen BürgerInnen Neigungen zu „wirklichem oder sozialem Rassismus". Ihre „Antipathien sind eindeutig gegen Roma gerichtet", so der Leiter des Institutes. Im Selbsturteil bezeichnen sich allerdings die meisten Tschechen als tolerant. Zugleich fühlen sich viele der Befragten selbst als die Diskriminierten. Die Roma würden „am Sozialsystem schmarotzen" und von staatlichen Institutionen begünstigt, waren viele der Befragten überzeugt. Eine mit 10 Millionen Kronen vom tschechischen Staat finanzierte Werbekampagne soll nun das angeschlagene Image der Tschechischen Republik wieder verbessern.

„White Power“ und „Christian Identity“ – militante Neonazis in den USA

Die „Building Democracy Initiative“ in Chicago, Illinois, ist eine antirassistische und antifaschistische Einrichtung, die über rassistische und faschistische Gruppen im ganzen Mittleren Westen der USA recherchiert und Gemeinden hilft, gegen vorhandene Gruppierungen vorzugehen. Das Institut arbeitet unabhängig von staatlichen Geldern und beschäftigt fünf hauptamtliche MitarbeiterInnen. Der Direktor Devin J. Burghart über militante Neonazis in den USA.

DRR: Kannst Du zuerst einen generellen Überblick über die militante Naziszene in Amerika geben?

D.B: Die aktive militante Naziszene in Amerika ist sehr klein. Es sind ungefähr 5-7000 Aktivisten im ganzen Land, aber sie waren trotzdem in der Lage, eine ganze Anzahl von Anschlägen zu verüben. Das ging vom bewaffneten Raubüberfall über das Sprengen von Gebäuden bis zu politischen Mordversuchen. Die wichtigste Organisation der militanten Nazis ist die „National Alliance“. Sie haben ihr Hauptquartier in West Virginia, es wird von einem früheren Physikprofessor namens William Pierce betrieben. Die „National Alliance“ war am erfolgreichsten darin, kleinere Nazigruppen unter ihre Kontrolle zu bekommen und eine neue Generation von amerikanischen Faschisten heranzuziehen. Wiliam Pierce kontrolliert seit letzten Sommer „Resistance Records“, das ist das wichtigste Label zur Verbreitung von „White Power“-Musik in den USA und eins der wichtigsten weltweit. Die Frage ist, was ein bigotter Sechzigjähriger wie William Pierce mit einem Plattenlabel will. Er hat verstanden, daß die „White Power“-Musik ein wichtiges Instrument zur Rekrutierung ist und daß sie mit dem Verkauf davon auch eine Menge Geld verdienen können. Diese Musik und dazugehörige Devotionalien u.ä. sind sehr wichtig, sie bilden den subkulturellen Hintergrund, in dem die Szene verwurzelt ist.

DRR: Gibt es auch eine Art intellektuellen Hintergrund für diese Szene, Theoretiker oder Ideologien, auf die sie sich beziehen?

D.B.: Das ist ein weites Spektrum von unterschiedlichen Personen. Natürlich sieht der größte Teil der militanten Nazis Hitler als ihr führendes Idol. Sie rezipieren und bewundern den deutschen Nationalsozialismus sehr. Sie vertrauen auf das System, die Symbole und die Botschaft, und sie glauben auch, zur arischen Rasse zu gehören.

Ansonsten ist es ein weites Feld von Quellen aus Europa und Amerika, aus dem sie eine Art Mix-Ideologie basteln. Im Vordergrund stehen für sie weniger Theorien, sondern der Wunsch, Juden und Schwarze vom Planeten zu vertreiben, eine Art Rassenkrieg. Alle ihre Aktivitäten sind um diese Idee zentriert, wie ihr dieser zu führen ist. Sie diskutieren noch, ob die Ausbildung kleiner führerloser Gruppen oder eher eine Massenorganisation in der Lage wäre, um dieses „Ereignis“ herbei- und durchzuführen.

Weltweit eines der wichtigsten „White-Power“-Labels: „Resistance Records“

DRR: Gibt es auch personelle Verbindungen zu Nazis in Deutschland oder Skandinavien?

D.B: Ja, unglaublich viele sogar. In der Tat sehen viele der militanten Nazis Europa als ein Beispiel und haben wichtige Verbindungen hierher. Letzten Sommer reisten William Pierce und seine Freunde nach Deutschland, um an einer Konferenz der NPD teilzunehmen. Hier in Deutschland war es ihm auch möglich, den ganzen Nordland-Vertrieb zu kaufen; das ist der führende „White Power“-Vertrieb in Skandinavien. Und so hat er auch Kontakte mit Gruppen in Skandinavien geknüpft.

DRR: Haben die militanten Gruppen in den USA auch Kontakte zu konservativen Parteien und Gruppen?

D.B: Das haben einige in der Tat. William Pierce und seine Gruppe haben zum Beispiel Mitglieder in einer Gruppe namens „Council of Conservative Citizens“. Das ist eine Reinkarnation der alten „White Citizens Councils“ der Südstaaten. Die versuchten in den 50er und 60er Jahren, die Rassentrennung im Süden wieder einzuführen. Diese Gruppe hat in ihrer Führungsriege zwei der einflußreichsten Senatoren im Kongreß der Vereinigten Staaten.

DRR: Wie ist die Bedeutung der militanten Nazis innerhalb der rechten Szene insgesamt einzuschätzen?

D.B.: Die militanten Nazis sind nicht isoliert. Die Neonazis und der „Ku-Klux-Klan“, der etwa 7000 Mitglieder hat, sind nur zwei von vier Teilen der sehr viel größeren „White Supremacists“-Bewegung, die an die Überlegenheit der weißen Rasse glaubt. Die anderen sind sogenannte „Christian Patriots“, die sich auf die amerikanische Verfassung beziehen, um ihren Rassismus zu rechtfertigen und die auch paramilitärische Vereinigungen haben; und schließlich, da Amerika ein sehr religiöses Land ist, der religiöse Flügel dieser Bewegung, der sich „Christian Identity Movement“ nennt. Es ist in der Tat hauptsächlich eine Art theologisches Band, das die ganze Bewegung in den Vereinigten Staaten umschließt. Es gibt etwa 20-25000 Anhänger der „Christian Identity“, die die Bibel benutzt, um zu beweisen, daß die Juden die direkten Abkömmlinge des Satans und Schwarze Untermenschen sind, und daß rassistische und antisemitische Gewalt und sogar Genozid von Gott gewollt sind, da die Weißen das auserwählte Volk seien. Es gibt auch Gruppen wie die „Aryan Nations“, eine Neonaziorganisation, die von dem „Pastor“ Richard Butler geleitet wird und die eine ideologische Verbindung zwischen Neonazis und der „Christian Identity“ darstellt.

DRR: Welche Rolle spielen Frauen in dieser Bewegung?

D.B.: Es gibt ein paar wenige Frauen in der militanten Naziszene, sie haben auch eigene Organisationen, wie die „Sisterhood of the World Church of the Creator“ und ein paar andere. Aber auch die Gruppen, in denen Frauen ihre eigenen Organisationen geschaffen haben, vertreten eine Ideologie, in der Frauen die Hüterinnen und Gebärerinnen der weißen Saat sind. Es ist also ihre Aufgabe, sich um ihre weißen Männer zu kümmern und gesunde weiße Babys zu kriegen.

DRR: Gibt es staatliche Repression auf die militanten Nazis?

D.B.: Sehr wenig. Wenn sie nichts Gewalttätiges tun, hat die Regierung wenig Interesse daran, die Organisationen anzugreifen oder einzelne Mitglieder wegen ihrer Äußerungen zu verurteilen. Die meisten Gruppen werden sozusagen nicht beachtet vom Staat. Deswegen finden wir es so wichtig, dass Leute aus den Gemeinden daran arbeiten, die Nazis zu stoppen. Wir versuchen, mit unserer Recherche dazu beizutragen, die Gruppen bekannt zu machen und die Notwendigkeit aufzuzeigen, vor Ort gegen ihre Aktivitäten vorzugehen.



Kampagne gegen „White-Power“-Musik

DRR: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Cordelia Heß.

Peter Bern

Deutliche Worte

Eine Auswertung jüdischer Stimmen zur Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich

Von allen Gruppen, die ihren Willen bekunden, auf Konfrontationskurs mit der neuen Regierung zu gehen, finden sich die österreichischen JüdInnen unfreiwillig in vorderster Reihe. Wird in der Regel zur Kritik der FPÖ deren Rassismus und Nationalismus herangezogen, so ist man sich in den Reihen der „Israelitischen Kultusgemeinde" (IKG) auch eines weiteren Moments „freiheitlicher" Ideologie bewusst: des Antisemitismus.

Seitens der gerade 7000 Mitglieder zählenden IKG wurde die Verknüpfung tradierter Ressentiments mit dem FPÖ-spezifischen Gestus der Modernisierer besorgt wahrgenommen. Gerade der von der Partei selbst ständig hervorgehobene Bewegungscharakter und ihre junge Personalstruktur weckten unangenehme Erinnerungen an faschistische Organisationen. Verständlich angesichts der Geschichte des politischen Antisemitismus in Österreich, der den Vergleich mit dem deutschen nie scheuen musste. Zumal er noch in anderer Form ergänzt wird: durch den religiösen Judenhass, gewachsenes Strukturelement vieler katholisch geprägter Gesellschaften.

Spätestens seit der „Waldheim-Affäre" traten antisemitische Ressentiments wieder verstärkt an die Oberfläche. Die damals national eingeübte und mit der Formulierung von der „Amerikanischen Ostküste" nur notdürftig kaschierte antisemitische Projektion vom Wirken fremder Mächte, findet auch in der jetzigen Situation ausreichend Fläche. Organisationen der Gemeinde verzeichneten seit den Nationalratswahlen im Oktober 1999 vermehrt antisemitische Anrufe.

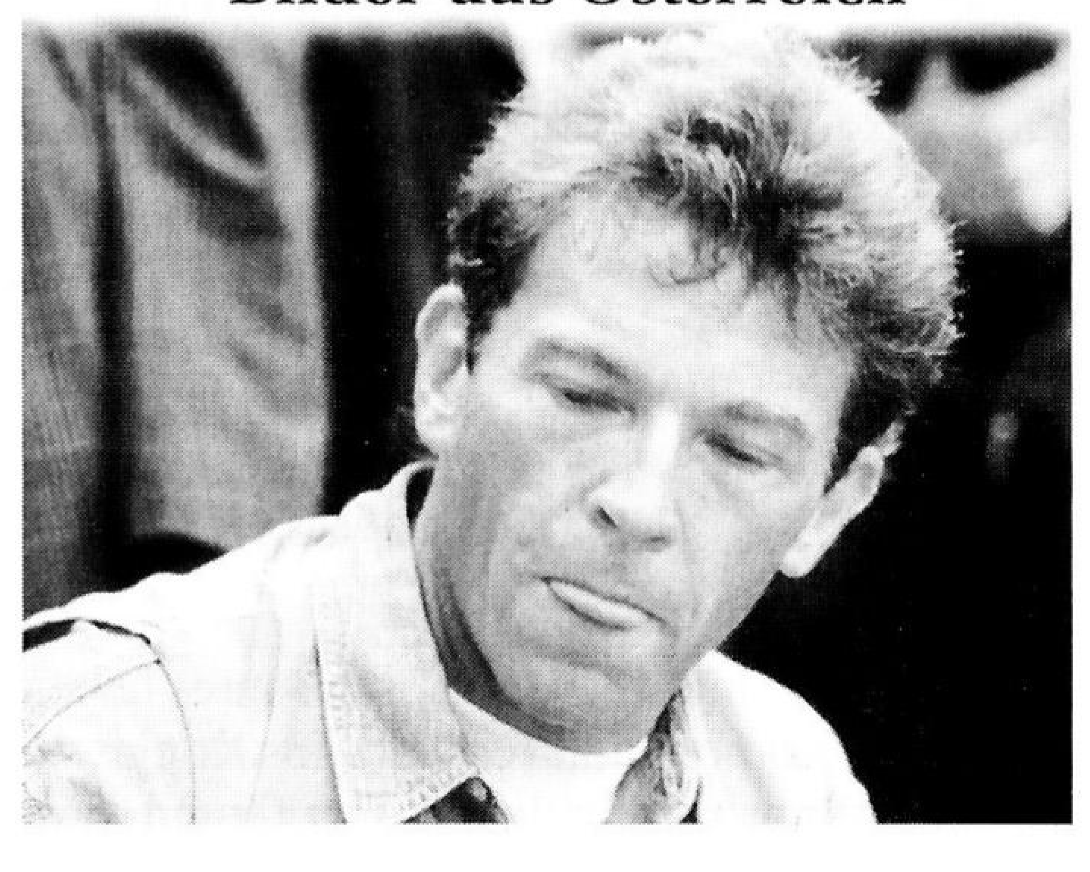
Bedenkt man zusätzlich, dass der Grundstock des von Haider ererbten Vermögens aus einem Arisierungsprofit stammt, könnte eine Beachtung jüdischer Stimmen in der Auseinandersetzung mit den Vorgängen in Österreich also lohnenswert sein.

Angesichts dessen, dass die deutschsprachigen jüdischen Zeitungen wie die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" (Deutschland), die „Jüdische Rundschau" (Schweiz) und „Die Gemeinde" (Österreich) vor allem die Funktion einfacher Gemeindeperiodika erfüllen, also in erster Linie Gemeindeinterna, Kultur, Soziales und natürlich theologische und rituelle Fragen behandeln, können die klaren politische Statements zu Österreich durchaus erstaunen. Allerdings widmen sich diese Organe traditionell auch immer der extremen Rechten, eine unfreiwillige Konzession an weltliche Umstände. Nur der New Yorker „Aufbau", „America's only German-Jewish Publication", hat seit seiner Gründung als Emigrantenzeitung 1934 ein politisches Selbstverständnis, das in der Regel links der eher liberalen europäischen Blätter ist.

Seit dem Antritt der schwarz-blauen Regierung wird in diesen Medien verstärkt diskutiert, wobei einige Aspekte der Debatte auch NichtjüdInnen zur Beachtung einladen. Eine angenehme Differenz zu den meisten anderen Medien besteht beispielsweise in der deutlichen Einschätzung Haiders und der FPÖ. Ist man



Bilder aus Österreich



sich über den Umgang mit dem Phänomen zwar uneins, kam bis dato noch niemand auf die Idee, dessen Charakter anders als klar chauvinistisch, rassistisch und antisemitisch zu bezeichnen. Im Unterschied zum sonstigen bürgerlichen Feuilleton fehlt auch der Drang, Haider zu „entzaubern" oder zu „entdämonisieren", was in der Regel zur Verharmlosung „freiheitlicher" Positionen führt. Auch der Nonsense-Begriff „Rechtspopulist" findet nur marginal Verwendung, da weniger schwammige Begriffe („Rechtsextremist", „Lügner", „rechtsradikaler Führer") vorgezogen werden.

Kontrovers diskutiert werden auch die ablehnenden Reaktionen des Auslandes auf die Bildung der FPÖ/ÖVP-Regierungskoalition. Da diese bisher von nur wenigen Handlungen jenseits symbolischer Gesten begleitet wurden, verfolgt man umso aufmerksamer die Politik Israels, das bisher einsam an der Spitze des allseits angemahnten Isolationskurses steht. Der Abzug des Botschafters war bisher der international deutlichste Schritt, und bereits zu Jahresbeginn hatte Ministerpräsident Barak Haider als „Repräsentant des Bösen in Österreich" bezeichnet.

Das jüdische Engagement wird allerdings nicht ohne Sorge betrachtet. Gegen eine übermäßige Profilierung der jüdischen Gemeinde bestehen durchaus Bedenken, und man ist bedacht, die FPÖ nicht als jüdisches, sondern als europäisches Problem ins Bewußtsein zu rükken.

Vor diesem Hintergrund muss der Abdruck einer doppelseitigen Erklärung in eigener Sache mit dem Titel „Position der Israelitischen Kultusgemeinde zur politischen Lage in Österreich, zur Restitution sowie zu den Sanktionen aus Israel, Europa und den USA" in der Märzausgabe von „Die Gemeinde" als außergewöhnlich bewertet werden. In dieser wird die aktuelle Misere deutlich als hausgemacht benannt: „Während man in Europa rechtsextreme Sager und Verharmlosungen der Naziära mit dem sofortigen Ausschluß aus allen politischen Funktionen ahndet, kann man in Österreich sogar in die Position eines Landeshauptmannes, Parteiobmannes oder Staatsrates gewählt (werden)".

Allerdings spiegelt die Erklärung eine mehrwöchige interne Auseinandersetzung um die Haltung des Auslandes wider. Sie enthält eine scharfe Kritik an „Äußerungen der jewish agency for israel sowie einzelner israelischer Abgeordneter", diese seien nicht legitimiert. Die „Jüdische Rundschau" sprach in diesem Kontext von einer „Zerreissprobe" innerhalb der IKG Wien, da das offensive politische Engagement des Gemeindevorstandes u.a. bei den Großdemonstrationen nicht nur auf Zustimmung seitens der Mitglieder stieß.

Auch auf juristischer Ebene zeichnet sich eine verstärkte Konfrontation ab, was seit der Übernahme des Justizressorts durch die FPÖ eine gewisse Brisanz hat. Zwischen dem ehemaligen FPÖ-Chef Haider und dem Vorsitzenden der IKG Muzicant bahnt sich ein Rechtsstreit an. Haider hatte in einem Interview mit dem Magazin „News" Übergriffe gegen jüdische Menschen und Einrichtungen im Zuge des FPÖ-Wahlkamfes angezweifelt. Muzicant bezeichnete Haiders Äußerung als „rotzig, unverantwortlich und antisemitisch" und warf ihm vor, „die Lüge als politisches Instrument" zu verwenden. Er bescheinigte dem Politiker, dieser verwende „antisemitische Schlüsselwörter mit Signalwirkung für seine Wähler" und werde ihm die Verwendung antisemitischer Klischees (B'nai Brith, Freimaurer, Femengericht und Weltverschwörung) vor Gericht nachweisen. Weitere rechtliche Schritte der IKG sollen gegen den FPÖ-Landesparteisekretär Kreisel unternommen werden. Dieser hatte behauptet, die IKG hätte ein „Haus- und Tempelverbot" über FPÖ-Sympatisanten verhängt. Der tatsächliche Beschluß des Gemeindevorstandes lautete: „Exponenten und Repräsentanten der FPÖ grundsätzlich den Zutritt zu den Gebäuden der IKG zu verwehren - außer sie sind Gemeindemitglieder und wollen den Gottesdienst besuchen oder Serviceleistungen in Anspruch nehmen."

In diese Politik fügt sich auch die Linie, die ebenfalls in der März-Ausgabe von „Die Gemeinde" formuliert wird. Die tägliche Routine in der Zusammenarbeit mit Behörden müsse natürlich weitergehen, man werde aber keine Freundschaftsgesten der FPÖ dulden, solange von dieser „rassistische Statements augenzwinkernd hingenommen werden". Man brauche „keine freiheitlichen Neujahrsgrüße in unserer Zeitung" und „keine nichtjüdischen freiheitlichen Teilnehmer bei unseren Gedenkgottesdiensten." Eine Haltung, die mittlerweile zu der absurden Forderungen der neuen FPÖ-Parteivorsitzenden Riess-Passer führte, sie bestehe aber auf

Kontakten zwischen der jüdischen Gemeinde und ihrer Partei.

„Es wäre aber kurzsichtig", bewertet der „Aufbau" den Konfrontationskurs von FPÖ und IKG, „das alles nur an einer judenfeindlichen Einstellung der FPÖ festzumachen - zumal das Renommee der FPÖ durch erzwungene Gespräche mit der IKG nicht verbessert wird. In der FPÖ-Führung sitzen eben nicht alt- und neurechte Krawallmacher. Die Partei ist eine sehr planmäßig und langfristig agierende Bewegung, deren Ziel einzig und allein die Macht in Österreich ist. Jetzt scheint es opportun zu sein, die eben errungene Macht auch der IKG zu demonstrieren."

Das einzige bekannte Gemeindemitglied, das die Partei öffentlich unterstützt, ist der österreichische Journalist Peter Sychrovsky. Der Europaabgeordnete der FPÖ hat zusätzlich die Aufgabe, seine Partei vom Vorwurf des Antisemitismus reinzuwaschen. So drängt sich das häßliche Wort vom Alibijuden auf, der die IKG als „von israelischen Juden dominiert" beschimpft und auch schon mit der Gründung einer eigenen Gemeinde drohte. „Haider wollte, daß Sichrovsky als Brücke zur Jüdischen Gemeinde dient und das Bild der FPÖ im Ausland verbessert", zitiert die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" ein Gemeindemitglied. „Aber das ging vollständig nach hinten los. Sichrovsky wird von der Gemeinde vollständig ausgegrenzt." Seine Funktion erfüllt er trotzdem: es dürfte kein Zufall sein, meint der „Aufbau", „daß er und kein anderes Mitglied der FPÖ darüberhinaus die Bestellung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers in der IKG fordert."

Für eine Normalisierung der Verhältnisse in Österreich, insbesondere zwischen der neuen Regierung und der jüdischen Gemeinde spricht derzeit nicht viel. Bleibt zu hoffen, dass im In- und Ausland der vollmundig angekündigte Kampf gegen die schwarz-blaue Regierung nicht im Sande verläuft und „die Gemeinde" mit ihrer Prophezeiung irrt, die Juden in Österreich werden „den Kampf gegen den Haiderismus (...) vorwiegend in vorderster Front und ohne ausländische wirksame Unterstützung ausfechten müssen."

Ex-FPÖ-Politiker verurteilt

Ein ehemaliger Spitzenpolitiker der an der österreichischen Regierung beteiligten „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ) ist Mitte März wegen „schweren gewerbsmäßigen Betrugs" zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Der 48-jährige ehemalige Parlamentsabgeordnete Peter Rosenstingl wurde von einem Gericht in Wien schuldig gesprochen, unter Vorspielung falscher Tatsachen und Ausnutzung seines Abgeordneten-Prestiges von mehreren österreichischen Banken Kredite in der Höhe von Hunderten Millionen Schilling (zig Millionen Mark) erschwindelt zu haben.

Rosenstingl hatte nach eigenen Angaben die Gelder in den zahlungsunfähigen Geflügelbetrieb seines Bruders gepumpt. Sein mitangeklagter Bruder Herbert erhielt achteinhalb Jahre Haft. Der ehemalige Chef der niederösterreichischen FPÖ, Bernhard Gratzer, wurde zu drei Jahren Haft, mehr als zwei Jahre davon auf Bewährung, verurteilt. Gratzer hatte Rosenstingl FPÖ-Gelder in Millionenhöhe zur „Veranlagung" überlassen. Als der Finanzskandal offenbar wurde, flüchtete Rosenstingl im Frühjahr 1998 nach Brasilien, wo er nach monatelanger Interpol- Fahndung festgenommen wurde. Seine Abschiebung nach Österreich konnte Rosenstingl nicht verhindern. Nach seiner Flucht hatte das österreichische Parlament Rosenstingl das Mandat aberkannt. Die FPÖ schloss ihn aus der Partei aus.



Peter Rosenstingl

Deutsche stehen zu Österreich

Auch im kommenden Sommer werden wieder zahlreiche deutsche Touristen in Österreich Urlaub machen. Nach Aussage der österreichischen Staatssekretärin für Tourismus und Freizeitwirtschaft, Mares Rossmann (FPÖ), gebe es dato keine größere Anzahl von Reisestornierungen. Die Deutschen seien Stammgäste, die die Alpenrepublik schätzten: "Sie kennen uns und haben keinerlei Berührungsängste. Sie sind auch in dieser Situation unsere treuesten Gäste und auch unsere Botschafter", betonte Rossmann. Nach der Koalitionsvereinbarung von ÖVP und der rechtsraidkalen FPÖ hatten die EU-Staaten die bilateralen Beziehungen zu Österreich eingefroren. Von einigen Staaten war zu einem Boykott Österreichs auf kultureller, sportlicher und touristischer Ebene aufgerufen worden. So wurden in Belgien und Frankreich Städtepartnerschaften und Austauschprogramme mit österreichischen Schulen und Universitäten gestoppt und Auftritte österreichischer Orchester absagt. Der belgische Außenminister Louis Michel forderte seine Landsleuten auf, künftig keinen Urlaub mehr in Österreich zu machen. Denn dies sei unter der neuen österreichischen Regierung "unmoralisch". Israel hatte seinen Botschafter nach dem Regierungswechsel abgezogen und israelische Reisegruppen ihren Aufenthalt in Österreich storniert. Der Tourismus ist Österreichs zweitwichtigster Devisenbringer, im letzten Jahr wurden 15 Milliarden Mark eingenommen.

Rudolf Kleinschmidt

„Jahrtausendkommers"

Für den 12. und 13. Mai diesen Jahres haben zahlreiche Korporationsverbände ins Kongresshaus nach Innsbruck geladen. Der Grund: dort soll ein verbindungsstudentischer Festkommers sowie die „Festakademie 2000" stattfinden. Zu den Veranstaltern gehören neben den „Burschenschaften Brixia Innsbruck", „Germania Oberösterreich" und „Suevia Innsbruck" auch die „Landsmannschaft Tyrol", das „Corps Athesia" und der „ATV Innsbruck".

Besonders der Hauptveranstalter, die „Brixia Innsbruck", ist in der Vergangenheit bereits ins Gerede gekommen. Ebenso wie die rechte Wiener „Burschenschaft Olympia" war sie Rekrutierungsfeld für den Südtirolterrorismus des rechtsextremen Multifunktionärs Norbert Burger. Der Burschenschafter Burger, 1992 verstorben, galt als „lebende Verkörperung des Austro-Nazismus". So durchlief ein Großteil der Führungspersonen der österreichischen Neonazi-Szene seine „Nationaldemokratische Partei" (NDP), die sich zu einem Großteil aus Altnazis und militanten Burschenschaftern rekrutierte.

Ferner gehört die „Brixia Innsbruck" der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft" (BG) innerhalb der „Deutschen Burschenschaft" (DB) an. Diese stellt einen Zusammenschluss von Burschenschaften am rechten Rand der ohnehin als rechtskonservativ bis extrem rechts geltenden DB dar. Gemeinsamer Bezugspunkt der DB-„Burschenschaften" ist der „volkstumsbezogene Vaterlandbegriff", der bis heute verbandsoffiziell propagiert wird.

Da wundert es auch wenig, dass zahlreiche Gäste zum Festkommers und der „Festakademie 2000" erwartet werden: neben dem Chef der rechtsextremen „Deutschland-Bewegung", Alfred Mechtersheimer, soll nach bisherigen Angaben der emeritierte Bonner Professor für Politikwissenschaft Hans-Helmuth Knütter (wie Mechtersheimer regelmäßiger JF-Autor) ebenso zu den Teilnehmern gehören, wie der österreichische Altnazi und Burschenschafter Otto Scrinzi, ehemaliger SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied sowie späterer FPÖ-Vize. Auch ist mit zahlreichen Autoren der als zentraler Brückenkopf zwischen österreichischem Rechtsextremismus und Rechtskonservativismus geltenden Monatsschrift „Aula" zu rechnen.

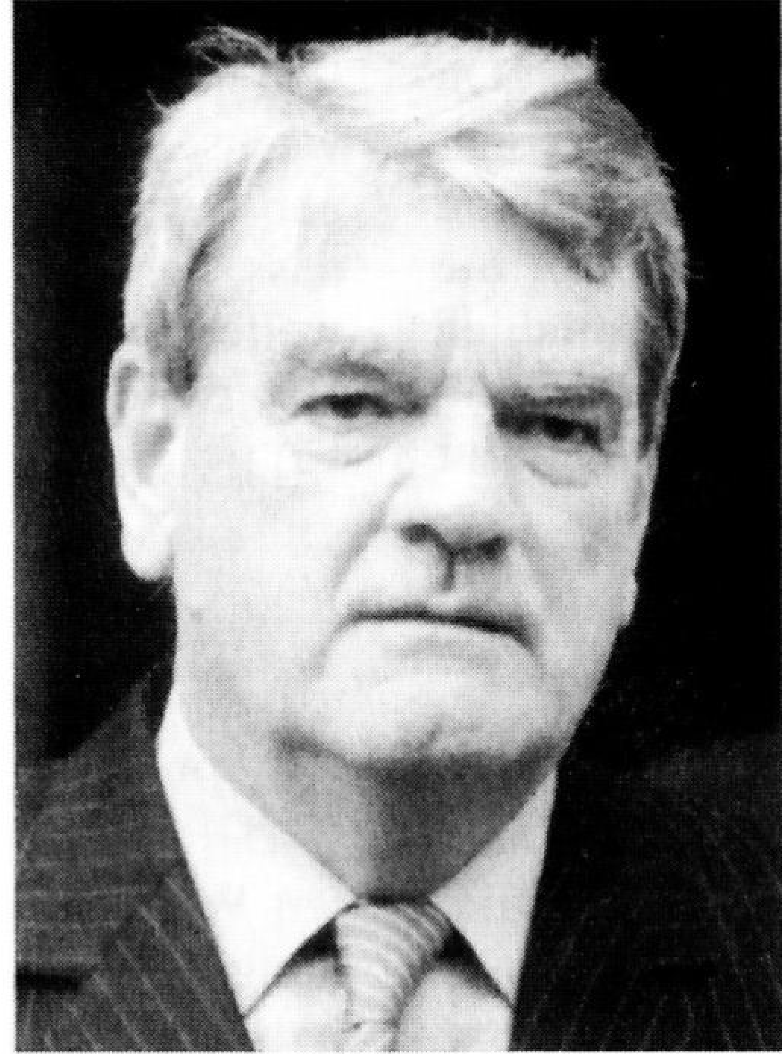
Thema des Festkommers, in dessen Mittelpunkt das „Schicksal bedrängter Volksgruppen im heutigen und morgigen Europa" stehen soll, soll internen Angaben zufolge „Nationalitäten-, Religions- und Kulturkonflikte im Europa von Morgen" sein. In einem Artikel in der Wochenzeitung „Zur Zeit" – Nachfolgeblatt der „Jungen Freiheit Österreich" – wurde der „Jahrtausendkommers" als national-freiheitliche Richtungsweisung und als „Gegenkonzept der Couleurstudenten zu multikulturellen Gesellschaftsexperimenten" angekündigt. Da passt auch der Zufall vortrefflich ins Bild, dass einen Tag nach dem verbindungsstudentischen Spektakel die rechtspopulistische blau-schwarze Koalition aus FPÖ und ÖVP genau 100 Tage im Amt sein wird.

Ulrich Schneider

David Irving: „Hitler-Bewunderer" und „Leugner des Holocaust"

Wer solches in der Vergangenheit behauptete, hatte zwar schon immer recht, aber nun darf man es auch straffrei in Großbritannien behaupten. Denn am Dienstag, den 11.April 2000, lehnte das oberste britische Zivilgericht, der Royal High Court in London, die Verleumdungsklage Irvings gegen Deborah Lipstadt und den Verlag „Penguin Books" ab.

Auf den Tag genau nach drei Monaten ging ein Prozess zu Ende, der mehrere Jahre Vorbereitungszeit benötigt hatte. Es ging in diesem Verfahren um nicht weniger als die Frage, ob man - unter dem Vorwand kritischer Geschichtsschreibung - die historische Wahrheit über die Judenvernichtung und die faschistische Rassepolitik insgesamt in Frage stellen oder gar leugnen darf. Renommierte Zeithistoriker, wie z.B. Christopher Browning, Richard Evans, Peter Longerich, Hajo Funke und Robert Jan van Pelt wurden als sachverständige Zeugen gewonnen.



David Irving
Foto: Cohen, Searchlight

Zum Verfahren

Der Prozess war zeitweilig durch eine surreal anmutende Atmosphäre im Gerichtssaal geprägt, wie es in einem Zeitungsbericht hieß. Irving, der seine eigene Verteidigung übernommen hatte, verhörte die Historiker, die als Zeugen aufgerufen worden waren, während auf der Zuschauergalerie Journalisten, jüdische Emigranten und alt- und neofaschistische Irving-Verehrer dicht beieinander saßen. Mit all dem Zeremoniell eines englischen Gerichtes mit seinen Perücken, Talaren und seiner ausgesuchten Höflichkeit ging es hier um Massenmord und um eines der schrecklichsten Verbrechen des Jahrhunderts. Drei Monate lang debattierte Irving mit den Historikern über seine Thesen.

Es mutete wie absurdes Theater an, um welche Banalitäten Irving stritt, über welchen Halbsatz und welche mögliche Interpretation der vorhandenen Quellen und Dokumente er sich mit den Fachleuten in Diskussionen verbiss. Ziel seiner Strategie war es offensichtlich, sich einerseits als „Kenner der Quellen" zu profilieren, andererseits unterschiedliche Interpretationen vorhandener Materialien in den Bereich des Denkbaren zu holen.

Die geladenen Experten ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass Irving in seinen zahlreichen historischen Werken ein falsches Bild von der Realität des Dritten Reiches zeichne. Einer von ihnen, der Cambridge-Historiker Richard Evans, betonte, er sei erstaunt gewesen über den «völlig unkritischen Glauben», mit dem Irving Nazi-Dokumente gelesen habe, und über die «Tiefe der Verlogenheit», die er in den Werken des Publizisten gefunden habe. Sir John Keegan gab zu Protokoll, Irvings Version der Geschichte sei «pervers und gegen den gesunden Menschenverstand».

Irvings Strategie korrespondierte mit dem britischen Verleumdungsparagraph, nach dem die Beweislast für kritische Anwürfe bei den Angeklagten, dem „Penguin Books" Verlag und Deborah Lipstadt, liegt. Und die Beweiskriterien des Gerichtes waren härter als unter Historikern üblich. Zu den Rahmenbedingungen des Verfahrens gehörte auch, dass es in England noch keine generelle Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung gibt. Irving setzt sich also mit seiner Klage nicht der Gefahr aus, selbst belangt zu werden. Dass Irving den Prozess trotzdem verloren hat, macht dieses Urteil umso bedeutender. Der Prozess habe dem wohl wichtigsten Holocaust-Revisionisten eine einmalige Gelegenheit gegeben, seine Thesen zu beweisen. Damit sei er nun gescheitert, kommentierte die „Neue Zürcher Zeitung" (12.4.00).

Prof. Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, erklärte in einer ersten Stellungnahme: „Ich bin angenehm überrascht über dieses klare und eindeutige Urteil. Ein bisschen hatte ich gefürchtet, dass es anders kommen könnte." („Die Welt")

Reaktion der vereinigten Neonazis

Erst im Laufe des Verfahrens erkannten bundesdeutsche Neonazis und Irving-Sympathisanten die Bedeutung des Londoner Prozesses. Folgerichtig konnte man in der Nationalzeitung, der Deutschen Stimme, der Jungen Freiheit, aber auch im Ostpreußenblatt Beiträge finden, die sich engagiert für diesen „Vorkämpfer des Geschichtsrevisionismus" einsetzten.

Irving selbst versorgte seine „Fans" über seine Internet-Seite täglich mit den neuesten Informationen über den Prozess, die Stellungnahmen der Presse und seine Einschätzung der Erfolgsaussichten. Gleichzeitig warb er um finanzielle Unterstützung, die ihm - dem Vernehmen nach - vor allem aus Amerika reichlich zuteil wurde. Unmittelbar vor der Urteilsverkündung hatte Irving sich in einem BBC-Interview noch optimistisch geäussert, den Rechtsstreit für sich entscheiden zu können. Ihm gehe es darum, sein persönliches Prestige und seinen guten Ruf wiederherzustellen, da Lipstadt ihm mit ihren Veröffentlichungen erheblichen Schaden zugefügt habe.

Das Urteil war daher ein herber Rückschlag - nicht allein für Irving, sondern auch für seine Anhänger. Wie sollte man nun argumentieren? Hier hatte ein Gericht dem so verehrten Geschichtsrevisionisten drei Monate volle Aktionsfreiheit gegeben, aber dennoch konnte dieser daraus keinen Vorteil ziehen.

Als besonders problematisch wird die deutliche inhaltlich begründete Zurückweisung von Irvings Klage empfunden. Hatte doch Richter Charles Gray in seiner Begründung wörtlich formuliert: „Irving habe in gravierender Weise die Beweislage falsch dargestellt und historische Fakten manipuliert." Er sei ein «aktiver Holocaust- Leugner, Antisemit und Rassist», der mit rechtsgerichteten Extremisten zusammenarbeite. Er interpretiere historische Fakten gezielt falsch, um sie in seine ideologische Agenda einordnen zu können.

Neofaschistische Kommentatoren beklagten bereits, dieses Zitat dürfte „fortan pauschal zur Diskreditierung seiner gesamten historischen Arbeit Verwendung finden." Doch dies dürfte nicht nur Irvings historische Arbeiten betreffen. Zukünftig wird es schwerer für Geschichtsrevisionisten, ihre Positionen als diskussionswürdige „Abweichungen von der herrschenden Sicht" zu beschreiben. In einem einschätzenden Urteil zum Prozess beklagt das NIT: „Die Holocaustforschung (d.h. die Behauptung, dass der Holocaust noch erforscht werden müsse, da er angeblich nicht hinreichend belegt sei - Anm. d.Verf.) hat, auch wenn dies noch nicht offen erklärt wird, ihr Ende gefunden. Detailfragen sind nicht mehr erwünscht, abweichende Meinungen weltweit verunmöglicht."

Und in der Tat, nachdem schon in verschiedenen Ländern Europas bis hin nach Australien gesetzliche Regelungen gegen die Holocaust-Leugnung geschaffen wurden, dürfte es basierend auf diesem Urteil für die Auschwitz-Leugner schwieriger werden ihre Pamphlete in Großbritannien und von Großbritannien aus zu vertreiben.

Die Konsequenzen des Urteilsspruchs für Irving

Auch für Irving selber dürfte das Urteil weitreichende Konsequenzen haben. Hatte er schon in den letzten Jahren zunehmend Schwierigkeiten seine Bücher in renommierten Verlagen unterzubringen, so spricht - nach Wolfgang Benz - „vieles dafür, dass er - jetzt, wo er sozusagen das amtliche Gütesiegel trägt, dass er ein „Hitler-Bewunderer" ist, in der Szene der seriösen Suche nach historischer Wahrheit nichts mehr zu schaffen hat."

Dass ihm schon vorher dieser Platz nicht zukam, haben Antifaschisten schon viele Jahre nachgewiesen, dennoch gab es - bis hinein in die Fachwelt - ernstzunehmende Wissenschaftler, die sich auf Irving und seine Veröffentlichungen bezogen. Dies dürfte nun endlich vorbei sein.

Ob dieser Prozess ein Höhepunkt für Irvings Ego gewesen sei, antwortete Benz: „Wahrscheinlich schon. Aber er wird durch diesen Prozess vermutlich auch wirtschaftlich ruiniert. Deshalb kann er sich eine solche Art der Selbst-

bestätigung - vor Gericht - nicht mehr leisten. Er muss sich jetzt hauptsächlich von verbohrten Neo-Nazis feiern lassen."

Und in der Tat dürfte dieses Urteil David Irving in seiner finanziellen Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt haben. Die Prozesskosten, die er als Verlierer tragen muss, sind immens. Allein der „Penguin Book" Verlag erklärte, dass etwa 10 Mill. DM an Kosten auf Irving zukämen. Verbunden mit den rückläufigen Einnahmen aus Buchgeschäft und der zunehmenden Behinderung seiner Vortragsveranstaltungen könnte es den finanziellen Ruin bedeuten, auch wenn ihm während des Verfahrens erhebliche Spendenbeträge zugeflossen sein dürften.

Ob Irving das Urteil anerkennen oder Rechtsmittel einlegen wird, ist noch nicht entschieden. Zu vermuten ist jedoch, dass er sich - nicht zuletzt auf Grund dieser finanziellen Folgen - ein Berufungsverfahren, das er nur mit einem Rechtsanwalt durchführen könnte, nicht erlauben kann.

Irving wird sich nunmehr ein weiteres Mals als Opfer einer jüdischen Verschwörung gegen ihn fühlen dürfen. Auf seiner Internet-Homepage bezichtigte er bereits die amerikanische „Anti-Defamation-League" ihn vernichten zu wollen. Nun sei auch noch ein konservativer britischer Richter auf die Seite dieser Verschwörung getreten - doch solche Thesen dürften nur noch für die hartgesottensten seiner Anhänger interessant sein.

Wie geht es weiter?

Das internationale Echo auf die Verurteilung war riesig. Auch fast alle deutschsprachigen überregionalen Zeitungen berichteten über den Urteilsspruch. Ob „Welt", FAZ, „Süddeutsche Zeitung" oder „Frankfurter Rundschau", sie alle lobten die richterliche Entscheidung.

Nur wenige, wie der Kommentar in der FR, reflektierten jedoch die gesellschaftlichen Auswirkungen des Urteils und schlagen einen Bogen „zu den Debatten der letzten Jahre". „Ob Walser-Bubis-Debatte oder Wehrmachtsausstellung, ob Goldhagen, Mahnmals-Diskussion oder eben Irving - man muss schon über die Standardlesart hinausgehen, die unermüdlich den Wunsch zur Verleugnung oder Verdrängung mit der moralischen Anklage und der Pflicht zur Erinnerung konfrontiert."

Doch geht es - anders als der FR-Kommentator meint - nicht um eine „ritualisierte Vergewisserung", sondern um die Notwendigkeit der aktiven Auseinandersetzung mit Auschwitz-Leugnung und Geschichtsrevisionismus auch in unserem Land. Zurecht verweist Eva Menasse (FAZ) darauf, dass das Gros der Leser von Irvings Büchern historisch uninformierte Menschen seien, die seine Manipulationen nur schwer durchschauen können. Wenn durch das Verfahren nun diese Zugänge, z.B. über den katholischen „Weltbild"-Buchvertrieb und andere, verschlossen würden, habe „dieses Gerichtsverfahren durchaus Sinn gehabt".

In der Tat, durch dieses Urteil sind die Spielräume für offenen Geschichtsrevisionismus enger geworden, das Problem der Leugnung und Fälschung der Geschichte ist damit natürlich nicht beseitigt. Es gilt weiterhin politisch wachsam zu bleiben, zeigen doch die Meldungen aus Polen, der Schweiz und Tschechien, dass Geschichtsrevision und Nazipropaganda weiterhin Akteure findet, die bis hinein in die Hochschulen ihre Thesen verbreiten.

Dänemark: Nazi verurteilt

Der Vorsitzende der dänischen Nazi-Partei, Jonni Hansen, ist Ende März von einem Gericht in Roskilde zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Ihm wurde unter anderem zur Last gelegt, eine Gruppe von Anti-Nazi-Demonstranten mit dem Auto umgefahren und dabei mehrere Personen



Jonni Hansen (Bildmitte)

schwer verletzt zu haben. Hansen konnte das Gerichtsgebäude allerdings als freier Mann verlassen, da er mehr als zwei seiner zwölfmonatigen Strafe in Untersuchungshaft verbracht hatte. In solchen Fällen werden Angeklagte bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens in Dänemark auf freien Fuß gesetzt. Die Polizei eskortierte Hansen und eine Gruppe seiner Anhänger, die im Gerichtssaal anwesend waren, aus dem Ort heraus.

Prozess gegen französischen Holocaust-Leugner

Begleitet von Protesten hat am Montag in der ostfranzösischen Stadt Sarreguemines der Prozess gegen einen Französischlehrer begonnen, der sich wegen Leugnens des Holocausts verantworten muss. Vor dem Gericht versammelten sich am Nachmittag rund 100 Demonstranten, die einem Aufruf mehrerer Menschenrechtsverbände gefolgt waren. Der 53-jährige Lehrer, ein ehemaliger Kandidat der rechtsextremen französischen „Front National", hatte laut Anklage vor 15-jährigen Oberschülern die Gaskammern in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern als „Einrichtungen zur Desinfektion" gegen Läuse und Krankheiten bezeichnet und die Verbrennungsöfen als „pure Hirngespinste". Der Anklageschrift zufolge erläuterte der Pädagoge den Schülern, in den Krematorien seien keine Leichen, sondern lediglich Abfälle und alte Kleider verbrannt worden. Außerdem soll er ausgeführt haben, dass die Juden den deutschen Reichstag in Brand gesteckt hatten und somit für ihre Verfolgung selbst verantwortlich waren. Der Mann war aufgrund der Aussagen einiger irritierter Schüler unter Anklage gestellt worden. Dem Untersuchungsrichter hatte er gesagt, er habe nur „einiges klarstellen" wollen, sei aber von den Schülern „falsch verstanden" worden. Mit der „Geschichtsstunde" habe er auf ein Theaterstück reagiert, das zuvor in der Schule aufgeführt worden war. Dabei ging es um das Schicksal eines verfolgten jüdischen Kindes. Die Eltern eines Schülers sowie sechs Organisationen, darunter die französische Menschenrechtsliga (Licra) und eine Lehrergewerkschaft, treten in dem Prozess als Nebenkläger auf. Verteidigt wird der aus Lothringen stammende Lehrer von dem Pariser Anwalt Eric Delcroix. Er war bereits vor einigen Jahren als Verteidiger des bekannten französischen Holocaust-Leugners Robert Faurisson in Erscheinung getreten. Dem Lehrer droht eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr. Außerdem kann er aus dem öffentlichen Schuldienst entlassen werden.

Schweizer Antisemit verurteilt

Weil der Neofaschist Gaston-Armand Amaudruz in seiner Publikation "Courrier du Continent" und andernorts mehrfach den Holocaust geleugnet hat, wurde er Mitte April von einem Schweizer Gericht in Lausanne zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Die Richter befanden ihn der Rassendiskriminierung für schuldig. Der Prozess wurde ihm nach einem neuen Anti-Rassismus-Strafgesetz gemacht, das erst 1995 in Kraft getreten war.

Der 79-Jährige, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs die "europäische Neuordnung" der Nazis hochhielt und propagierte, musste sich zum ersten Mal vor Gericht verantworten. Insbesondere ging es bei der Anklage um einen von ihm verfassten Artikel unter dem Titel "Ich glaube nicht an die Gaskammern" sowie um die Verbreitung von 24 revisionistischen Büchern. Zudem bezog das Gericht einen im April 1999 publizierten Aufruf "Vive le revisionnisme!" ("Es lebe der Revisionismus") ins Urteil mit ein. Ferner wurde ihm zur Last gelegt, die Existenz der Gaskammern zur Massenvernichtung bestritten und Ehen zwischen Angehörigen verschiedener "Rassen" verurteilt zu haben, berichtete die "Neue Luzerner Zeitung". Amaudruz, der seit Kriegsende in der Naziszene aktiv ist, hatte während des Prozesses kein Einsehen gezeigt. Er glaube mangels Beweisen nicht an die Gaskammern, sagte er vor Gericht. Im Verhör bekannte sich Amaudruz als Rassist, weil er davon überzeugt sei, dass die "europäischen Völker weiß" bleiben sollten. Dennoch wolle er weder "jemanden ausschaffen noch vernichten". Zudem weigerte sich Amaudruz zum wiederholten Male, die Zahl von sechs Millionen Holocaust-Opfern als Tatsache zu akzeptieren.

Antisemitismus in der Schweiz

Jeder sechste Schweizer neigt nach einer Schweizer Umfrage zum Antisemitismus. Zwei Drittel fanden die in letzter Zeit scharf kritisierte Neutralitätspolitik der Schweizer Regierung während des Zweiten Weltkriegs in Ordnung und nur jeder Dritte wusste, was Shoah oder Holocaust bedeuten. Mehr als die Hälfte der Schweizer (57 Prozent) halten Antisemitismus für ein ernstes Problem. 81 Prozent treten für Holocaust-Unterricht an den Schulen ein.

Andreas Speit

Medizin ohne Menschlichkeit

NS-Psychiater 57 Jahre nach der Tat vor Gericht

Körperlich schwach und geistig müde wirkte Heinrich Gross auf der Anklagebank des Straflandgerichts. Mit Erfolg – das Wiener Gericht vertagte nach knapp 30 Minuten das Verfahren gegen den Psychiater, dem zur Last gelegt wird, im Sommer 1944 an der Tötung von behinderten Kindern unmittelbar beteiligt gewesen zu sein. „Mein Mandant schläft immer wieder ein und kann dem Prozess nicht folgen", hatte Gross Strafverteidiger Nikolas Lehner angeführt und das Gericht schenkte seiner Argumentation Glauben.

Schon vor Jahren fiel der Psychiater Antje Kosemund auf, als sie die letzten Monate ihrer ermordeten Schwester Irma Sperling nachzeichnete. In den frühen Morgenstunden des 16. August 1943 wurde Irma mit weiteren 227 Mädchen und Frauen mit Bussen von den Alsterdorfer Anstalten in Hamburg zur Wiener Klinik „Steinhof" deportiert. Knapp fünf Monate später starb die 14-Jährige in der angegliederten Kinderfachabteilung im Spiegelgrund nach „medizinischen Experimenten im Dienste der Wissenschaft". Ihre Leiche wurde obduziert, das Gehirn präpariert. Ein Jahr später erhielt die Familie eine Sterbeurkunde, auf der die typische Todesursache für NS-Euthanasie-Morde stand: „Grippe, Lungenentzündung". Und eine Rechnung über 2.592.50 Reichsmark.

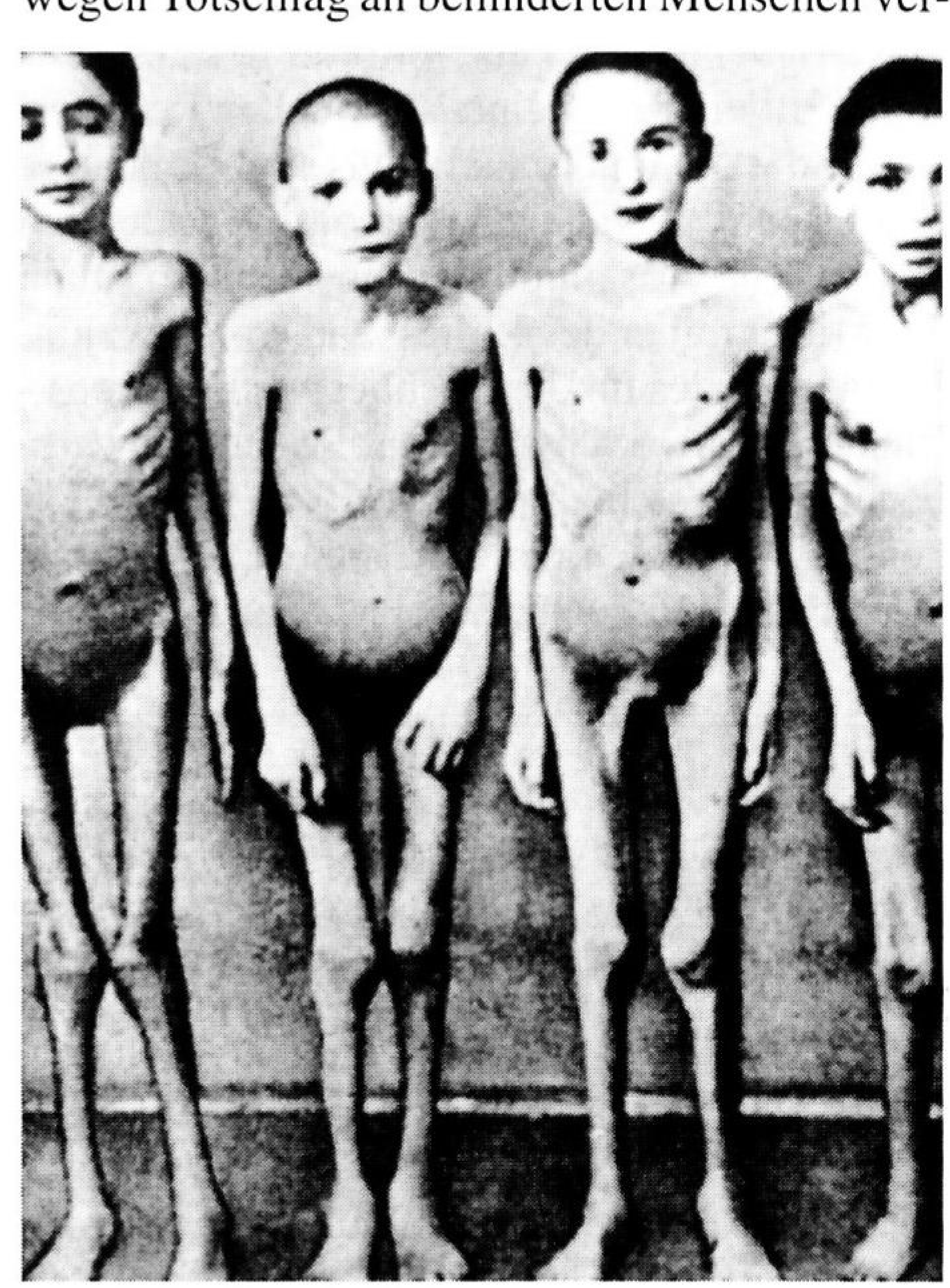
„Dokumente belegen, dass Gross als Urlaubsvertretung in der Kinderfachabteilung als Oberarzt tätig war", sagt die 71-Jährige. Was seiner Karriere keinen Abbruch tat. „Mit den Forschungen an dem Gehirnen seiner Opfer machte Gross sich seinen akademische Namen" betont Kosemund. Gross widerspricht dem nicht. „Ich habe viele Arbeiten über Gehirnschnitte gemacht, insgesamt 1500 Gehirne. Ungefähr 300 von damals, aber nicht nur von Kindern". An der Tötung will er aber nicht beteiligt gewesen sein.

1980 klagte Gross gegen dem Arzt Werner Vogt, der betonte „Gross war an der Tötung Hunderter angeblich geisteskranker Kinder beteiligt". Ohne Erfolg. 1981 bestätigte ein Gericht Vogt, da Gross „nicht bloß an einigen wenigen, sondern an einer großen Zahl von Tötungen mitbeteiligt" war. Beruflich Folgen hatten weder das Urteil, noch seine Vergangenheit. „Bis 1999 war er der meist beschäftigtste Gutachter", weiß Kosemund und „er verdiente alleine mit seiner gerichtlichen Tätigkeit fast 1 Million".

Die sterblichen Überreste Irmas und neun weiter Mädchen wurden 1996 auf den Ohlsdorfer Friedhof überführt. Bei einer Gedenkveranstaltung für die insgesamt 508 Euthanasie-Opfer der Alsterdorfer Anstalten setzten Angehörige die zehn Urnen auf dem Ehrenfeld der Geschwister Scholl bei.

Über 51 Jahre waren die „Gehirnpräparate" Bestandteil der Gehirnsammlung der Klinik. Bis Heute besteht die so genannte „Gehirnkammer", in der 300 Gläser mit Gehirnen stehen. Zwar sollen die weiteren sterblichen Überreste beigesetzt werden, führt Kosemund aus, doch einige Präparate werden benötigt, um die Tötungsmethoden mit Giftstoffen nachzuweisen. Trotzdem fordert Kosemund, „endlich die anderen Gehirne würdevoll beizusetzen".

Dass ein Gericht überhaupt das Verfahren gegen Gross eröffnete, hängt mit der inzwischen veränderten Rechtsauffassung zusammen. Bis 1997 waren die österreichischen Gerichte davon ausgegangen, dass an „Geisteskranken keine Morde" begangen werden konnten, „da den Betroffen die Einsicht fehlte". Diesem Rechtsverständnis verdankte Gross, dass er 1948 nur wegen Totschlag an behinderten Menschen verurteilt worden war. Dieses Urteil hob ein Gericht drei Jahre später allerdings auf und wies es zur Neuverhandlung an den Volksgerichtshof. Der stellte das Verfahren kurz darauf ein. Begründung: Die Strafe wegen Totschlag hatte Gross mit der U-Haft verbüßt.



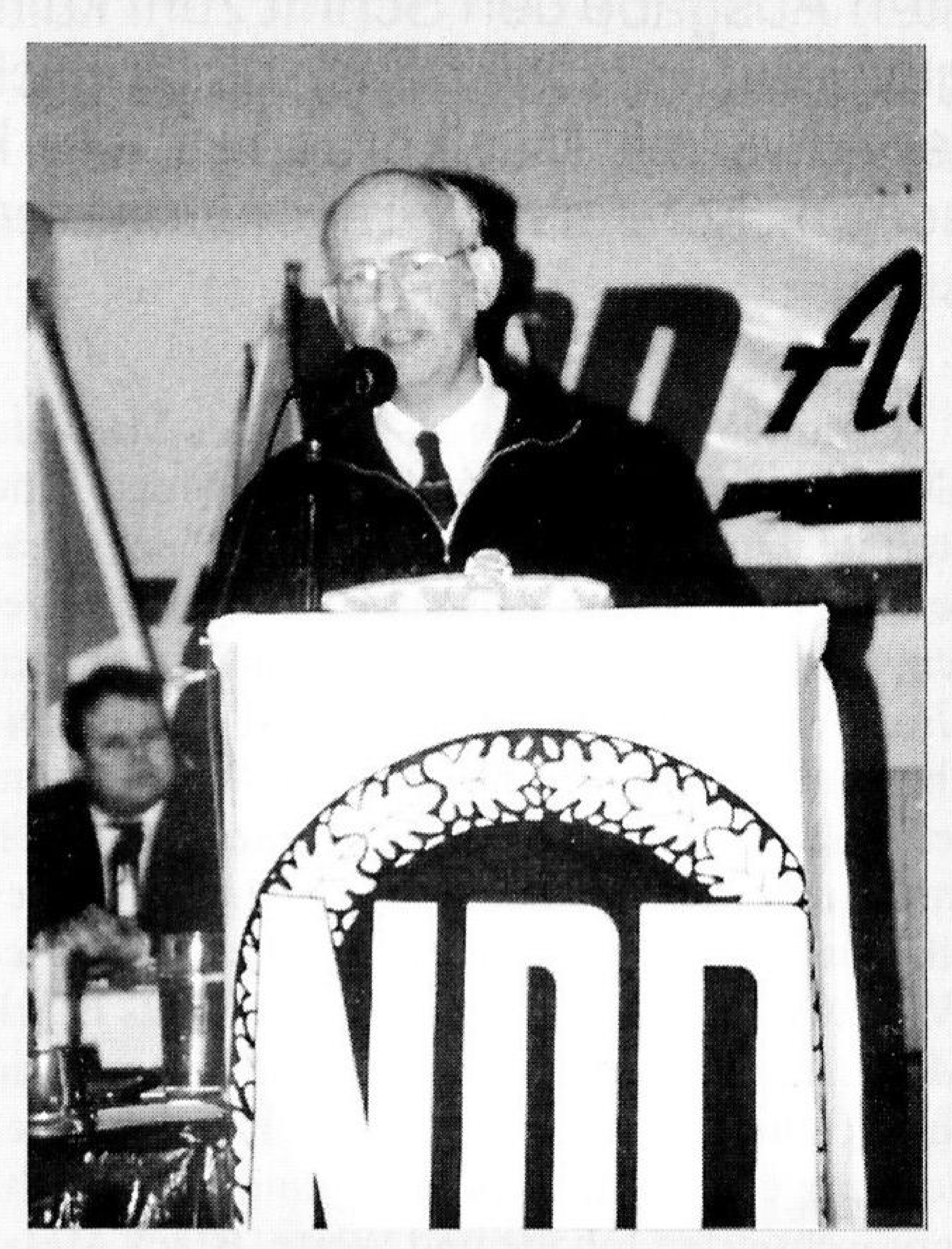
Menschenversuche durch gewissenlose Mediziner - bis heute oft ungesühnt.

Voraussichtlich wird das Verfahren aber schneller wieder aufgenommen, als erwartet. Nachdem der 84-Jährigen Wiener zusammen mit seinen Anwalt bereitwillig und ausführlich im Cafe den österreichischen Medien Interviews gab, kamen dem Gericht Bedenken.

„Es ist nicht wichtig, dass der Mann ins Gefängnis kommt", meint Kosemund: „Wichtiger ist, dass die vielen Euthanasie-Opfer endlich eine Namen bekommen und in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden".

NPD-Parteitag

Das Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae (59) hielt auf dem 28. ordentlichen Bundesparteitag der NPD in Mühlhausen in der Oberpfalz am 18./19. März eine Grundsatzrede. Aae, Leiter des „Amtes für Politik und Bündnisse", plädierte in seinem eindeutigen Vortrag für eine Rückkehr der Bundesrepublik zu den „Grundlagen der nationalen und sozialen Volksgemeinschaft".



Per Lennart Aae während des NPD-Parteitages.
Foto: SEITENWENDE

Im Rahmen des NPD-Bundesparteitages von Mühlhausen wurde der ehemalige Bundeswehroffizier Udo Voigt (47) in seinem Amt als NPD-Bundesvorsitzender bestätigt. Neuer Parteivize wurde der ehemalige Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten", Holger Apfel. Der 29-jährige Verlagskaufmann Apfel gilt als Zögling von Voigt. Des weiteren wurden Dr. Hans-Günther Eisenecker (49) und der sächsische Landesvorsitzende Jürgen Schön (51) als stellvertretende Parteivorsitzende bestätigt.

Neu in den Bundesvorstand der NPD gewählt wurden Peter Marx (43), Stefan Lux (40) und der Bundesgeschäftsführer Ulrich Eigenfeld (52). Der Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Michael Wendland (30), und Gregor Janik (44) vom LV Sachsen gehören dem Parteigremium nicht mehr an. Die übrigen Mitglieder, darunter der Bundesschatzmeister Erwin Kemna (49), wurden wieder in den Bundesvorstand gewählt.

Seit Dezember letzten Jahres gehört der Bundesvorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), der 27-jährige Waffenstudent Dietmar Engelhard, dem Parteivorstand in seiner Eigenschaft als NHB-Vorsitzender an. Vorgänger Alexander von Webenau (22) hatte sämtliche Parteiämter niedergelegt und den Austritt aus der NPD erklärt.

Bob Andrews

Blut und Geist

Das Magazin „Moondance“ und sein Herausgeber Timo Kölling

Das ursprüngliche Musikmagazin „Moondance“ vollzieht in seiner jüngsten Ausgabe den Schritt zum kultur-politischen Magazin mit einem Konglomerat verschiedener hinlänglich bekannter Autoren, Themen und Interviews mit Musikgruppen, die Repräsentanten einer rechts-esoterischen, konservativ-revolutionären oder faschistischen Kulturstrategie sind.

Timo Kölling ist Herausgeber des Magazin „Moondance“, das 1995 als Black Metal Zine startete. Diese ausschließlich musikalische Präferenz ist mittlerweile in den Hintergrund getreten. Die jüngst erschienene, mit aufwendigem Umschlag und 168 Seiten äußerst umfangreiche fünfte Ausgabe markiert den Wandel vom reinen Black Metal zu einem Magazin, dass sich mit Musik und Themen aus Heidentum, Esoterik und Philosophie auseinandersetzt. Dieser Wandel ist auf die Öffnung der Musik des Black Metal hin zur Pop-Kultur zurückzuführen, die für Kölling gleich bedeutend ist mit dem Niedergang dieser Musikrichtung und der von ihr repräsentierten Inhalte und Werte. Black Metal in seiner ursprünglichen Form steht für Satanismus und Heidentum, nordische Mythologie und Naturmysthik, Misanthropie und Individualismus. Mit dem konstatierten Niedergang begab sich Kölling auf die Suche nach Denkern und Musikern, die seinen Vorstellungen entsprechen und fand jene, die das Gestern bzw. Vorgestern repräsentieren. In der vierten Ausgabe veröffentlichte er bereits einen langen Nachruf auf Ernst Jünger. Ein Autor, mit dem er die Vorstellung von der Un-Gleichheit von Menschen teilt. „Ich lehne es ab die moderne Ideologie zu teilen, dass Menschen gleich sind“, so Kölling im Interview mit dem italienischen Zine „Hellflame“: „Menschen sind ungleich, und es gibt keinen Grund, warum man diese Wahrheit nicht sagen sollte. Wie der viel respektierte und hoch gefeierte Ernst Jünger in einem seiner Bücher schrieb: ‘Manchmal habe ich das Gefühl, dass der Unterschied zwischen Menschen größer ist als zwischen einem Menschen und einem Stein.’ 99,9% der Menschheit heute ist meiner Meinung nach spirituell tot, und folglich ist die Minderheit der spirituell Überlegenen eine Elite.“

Kölling, der auch Mitglied des heidnischen Bundes „Order Of Jarls Of Balder“ ist, veröffentlichte vor einigen Jahren das „Equilibrium Manifesto“. Die kleine Schrift ist eine Synthese aus Ideen von Friedrich Nietzsche, Oswald Spengler und Julius Evola. In ihr kehrt Kölling die Notwendigkeit hervor, in diesen von ihm proklamierten Zeiten des Untergangs der europäischen Kultur, Spengler nannte es „Der Untergang des Abendland“, eine neue Tradition zu entwickeln, die auf alten Werten aufbauen soll. „Gewöhnlich denke ich, dass ein Neuerwachen des Blutes möglich ist. Sicher nicht während dieser Zeiten des Verfall und Niedergangs, aber diese Zivilisation wie wir sie heute sehen hat keine Zukunft. Sie wird umkommen in Chaos und Zerstörung. Aber wir müssen heute beginnen eine neue Elite zu schaffen, die den Geist unserer Kultur durch diese Zeiten des Chaos sicher geleiten wird. Andernfalls wird es zu spät sein.“ Es ist eine Mischung aus pessimistischem Kulturverfall, faschistischem Elitedenken und der Sehnsucht nach einer spirituell, mystisch verklärten Diktatur. Diese Sehnsucht, deren Erfüllung im „Moondace“ in einem Rückgriff in die Vergangenheit gesucht wird bildet die Klammer derer, denen Kölling sein Magazin widmet. Es sind dies Friedrich Nietzsche, Julius Evola, Ernst Jünger, Stefan George, Hermann Hesse, Corneliu Zelea Codreanu, Miguel Serrano. Ideologisch bleiben die Anleihen nicht beim aussagekräftigen Titel vom Köllings Publikation „Anti-Egalitarismus als freiheitliche Doktrin“, denn Codreanu als Führer der faschistischen Bewegung Rumäniens, der „Eisernen Garde“ und Miguel Serrano als Vertreter des „esoterischen Hitlerismus“, einer spirituellen Rechtfertigung des Nationalsozialismus sind eindeutige Bezugspunkte. Nicht nur ideologisch findet sich eine solche Ansammlung von Denkern, auch die Mitschreiber des Heftes sind wohlbekannt. Die Artikel des für die Buchbesprechungen zuständige Martin Schwarz alias Robert Schwarzbauer finden sich normalerweise in einschlägigen Publikationen der extremen Rechten, von „Criticón“, „Nation & Europa“ oder „Opposition“ aber auch im der rechten Dark-Wave-Magazin „Sigill“.

Damit der Geist der kulturellen Veränderung nicht nur auf den deutschen Sprachraum beschränkt bleibt, wurde das Magazin komplett in Englisch verfasst. In seinen Darstellungen und mit den Interviews von einschlägig bekannten Musikern, versucht Timo Kölling eine Aufbruchstimmung in eine neue (alte) Zeit zu vermitteln. Neben Interviews mit Musikgruppen aus dem Metal-Bereich, werden unter anderem auch Markus Wolff, von der Formation „Waldteufel“ und Gerhard Petak („Kadmon“) von der Musikgruppe „Allerseelen“ interviewt. Wolff klagt über die Zerstörung von Natur und dem Verfall von Kultur und Tradition. Ein Heilszeichen kündet sich für ihn an in der stetigen Ausbreitung heidnischen Gemeinschaften, an der er als aktives Mitglied der nordisch-germanischen Glaubensgemeinschaft „Tribe of the Wulfing“ selbst beteiligt ist. Auch Michael Moynihan, selbst Mitglied jener Vereinigung und Kopf der Band „Blood Axis“ kommt in dem Magazin zu Wort. In einem Interview lässt er sich über seine Vorstellungen von „Schönheit und Stärke“ aus, die sich an sozialdarwinistischen Thesen und faschistischen Ideen orientieren. Der Bericht „The Blood Axis Indo European Sacrifice Tour“ aus seiner Feder, in der Namensgebung eine Anlehnung an den indo-europäischen bzw indoarischen Mythos, soll schließlich die Dimension des heidnisch-völkischen Aufbruch skizzieren, den er während seiner letzten Tournee gewahr wurde.

Die von Kölling präsentierten Inhalte stellen einen weiteren Einbruch rechts-esoterischen, konservativ-revolutionären und faschistischen Gedankenguts in ein subkulturelles Milieu von Darkwave bis Black Metal dar, das sich bisher kaum gegen solche Bestrebungen abgegrenzt hat.

Nazi-Aufmarsch in Salzwedel

Am 25. März fand in Salzwedel (Sachsen-Anhalt) ein von der „Kameradschaft Klötze“ und Personen aus der neonazistischen Szene der Altmark organisierter Nazi-Aufmarsch statt. Angemeldet worden war der Aufmarsch, an dem etwa 400 Rechtsradikale aus mehreren Bundesländern teilnahmen, von dem wegen verschiedener Delikte vorbestraften Neonazi-Skin Kay Schweigel. Bereits im Vorfeld der Demonstration, die unter dem Motto „Gegen den linken Terror“ stand, hatten Neonazi-Kader (neben Schweigel unter anderem der ehemalige NPD-Landesvorsitzende und jetzige NPD-Schulungsleiter Steffen Hupka) an einer Veranstaltung teilgenommen, die ein regionales „Bündnis gegen rechts“ zur Information über die Neonazis durchgeführt hatte. Entgegen der Forderung, die Neonazis des Saales zu verweisen, begannen kommunale Vertreter von SPD und CDU die Diskussion mit den Neofaschisten. Dadurch wurde den Neonazis ein öffentliches Podium zur Verbreitung ihrer Parolen geboten, obwohl diese mit ihren rassistischen und antidemokratischen Forderungen stets gegen freie Meinungsäußerung agieren.



Martialischer Autritt in Salzwedel

Raimund Hethey

Es kann nicht deutsch genug sein

„wir selbst“ - ein Magazin für wahrhaft Deutsche

Die Zeitschrift „wir selbst“ wurde 1979 von Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) gegründet, die sich zu diesem Zeitpunkt „Grüne Zelle Koblenz“ nannten. Sie erscheint unregelmäßig, ursprünglich zweimonatlich, inzwischen wieder mit drei Ausgaben im Jahr. Bei einer Auflage von etwa dreitausend Exemplaren hat sich das Volumen des Blattes von 40 auf ca. 80 Seiten erhöht. „wir selbst“ ist ein Magazin für besser verdienende, immer noch völkisch fixierte Nationalisten, die sich nicht mit einer der zahlreichen neofaschistischen Parteien und Splitterorganisationen zufrieden geben wollen. Im Hochglanz aufgemotzte Artikel sollen altbackene Themen an Anhänger der „sozialen Strömungen“ bringen und Linke in den Dialog mit Neo-Faschisten einbinden, mit dem Hintergedanken, den politischen Gegner tot zu reden.

Herausgekommen ist ein mitunter lächerlich und peinlicher Versuch faschistoides Gedankengut als etwas Neues und Modernes zu kaschieren. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen, mit dem Verfassungsschutz kooperierenden ‚blick nach rechts‘, sollte man darin auf keinen Fall einen „intelligenten Ansatz von rechtsaußen“ sehen, sondern den inzwischen 21 Jahre andauernden relativ erfolglosen Versuch faschistoider Kräfte ihren Faschismus in unterschiedlicher Verpackung an den (linken) Mann zu bringen. Erfolglos deshalb, weil kein/e wirklich Linke/r auf diese Maschen hereingefallen ist. Hitlers Propagandaminister Goebbels erging es in den zwanziger Jahren ähnlich, als er von der ländlichen Umgebung aus, das Zentrum Berlin erobern wollte. Seine Briefe an die „linken Genossen“ konnten die Mehrheit der wirklich überzeugten Linken nicht berühren. Vermeintliche Ähnlichkeiten zwischen rechts und links lassen sich in den meisten Fällen darauf zurückführen, dass die (Neo-) Faschisten bewußt ideologische Elemente der Linken aufnehmen und sie inhaltlich verdrehen. Für ihren Gedankenklau und ihren Zersetzungsversuch bei den Linken haben die Neo-Faschisten ein regelrechtes Programm erfunden. Einer ihrer Vordenker, der Northeimer Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann, nennt das „Mimikry“, ein Fachbegriff aus der Biologie für die Fähigkeit von Pflanzen und Tieren, die eigene Farbe je nach Bedarf der jeweiligen Umgebung anzupassen. Die Zentralfigur bei „wir selbst“, Henning Eichberg, hat wie kein anderer sein Leben nach diesem Prinzip ausgerichtet. Seit einundzwanzig Jahren ist er der Hauptschreiber des Blattes.

„wir selbst“-Titelseite beschwört das „deutsche Volk“

Unverbesserlicher Nazivisionär Eichberg

Eichberg hat überhaupt keine Probleme seine Vision der „nationalen Identität„ als links, als treudeutsch, als neuheidnisch oder auch schon mal als feministisch zu verkaufen. Es scheint für ihn nichts auf der Welt zu geben, das sich nicht irgendwie mit nationalistischem und völkischem Kitt füllen ließe. In den jüngsten Ausgaben von „wir selbst“ hat sich Eichberg auf die Kultur konzentriert [„Der Troll, der Golem und der Joker. Sozialismus und Kultur in Zeiten der Globalisierung“ (1998), H. 3-4; „Wer ist das Subjekt der Kultur? Über Identitätsarbeit, Kunst und Volk“ (1999), H. 1-2]. Das scheint unverdächtig, aber auch hier kommt der faschistoide Charakter seines Denkmodells immer wieder zum Vorschein. Er stellt die absurdesten Verknüpfungen her, um schließlich zum banalen Gedankengut des wahrhaft Deutschen und Neo-Faschisten zurückzukehren. In dem Beitrag „Über den Tod im Leben“[wir selbst (1999), H. 1-2, S. 33], macht er sich Gedanken über die Toten, die nach seiner Meinung – getreu dem alten SA-Lied - in Gedanken mitmarschieren: „Tecumseh ist lebendig. Sitting Bull ist unter uns... Die Toten sind unter uns. Die Erschlagenen und die Geschlagenen ganz besonders. Es sollte nicht erst Auschwitz' bedurft haben, um das zu sehen.(...) Ach ja, Schlesien lebt.„ Die Äußerungen enthalten in nuce das komplette Eichbergsche Programm: den ahistorischen Bezug auf indianische Stammesursprünge für seinen „Ethnopluralismus“ und seine „volklichen“ kleinen Einheiten sowie einen verdeckten Anti-Amerikanismus, die Relativierung von Auschwitz und mit dem Schlußsatz noch den Bolzen des Revanchismus.

Trotz seiner zahlreichen Bemühungen sich ein linkes Image anzudichten, ist Eichberg im Grunde genommen immer noch der kleine Nazi, als der er in den 60er Jahren seine politischen Aktivitäten begann. Der Wiederabdruck seines Beitrags „National ist revolutionär. Faksimile-Nachdruck aus „dasda avanti„ vom November 1978“ in der neuesten Ausgabe von „wir selbst“[1999, Nr. 3, S. 6-7] bestätigt das nachdrücklich.

In einschlägigen Handbüchern zum „Rechtsextremismus“ wird die Zeitschrift „wir selbst“ ausführlich behandelt. Mal wird sie als „Impuls-Geber zur Erneuerung von Argumentationsketten für den Rechtsextremismus“ eingeschätzt, ein anderes Mal als „nationalrevolutionäres Koblenzer Journal“. Fast immer wird ihr das Etikette „neurechts“ angeheftet. Sowohl die personelle Besetzung von Verlag, Redaktion und das Umfeld der 100 Beiträger in den letzten beiden Jahren belegen die Eingebundenheit des Projekts „wir selbst“ im neo-faschistischen Netzwerk der Bundesrepublik. Darüber kann die geringe Präsenz rechtssozialdemokratischer Autoren und ehemaliger SDS- und APO-Figuren in dem Blatt nicht hinweg täuschen. Manche unverdächtige Persönlichkeiten wie der Psychotherapeut Dr. med. Hans-Joachim Maaz aus Halle, der auf dem 8. Kongress der Bundeszentrale für politische Bildung in Potsdam nach seiner Mitarbeit an der Zeitschrift „wir selbst“ befragt wurde, beteuern, dass ihnen der politische Hintergrund der Zeitschrift nicht bekannt sei. Diese Dummheit sollte nicht vor der Strafe schützen, diesen Herren gehörig am Lack ihrer wissenschaftlichen Reputation zu kratzen.



Maaz: Unwissentlich Autor in „wir selbst“?

Geballtes Männer-Wir aus dem faschistoiden Mittelstand

In „wir selbst“ publizieren überwiegend Männer aus dem Mittelstand: Ärzte, Lehrer, Makler, Märchenerzähler, Pfarrer, Psychoanalytiker finden sich unter den Berufsangaben. Die Biographien der Blattmacher zeigen deutliche Bezüge zum organisierten bundesdeutschen Neo-Faschismus.

Der Verleger Siegfried Bublies (47) gründete 1979 die Zeitschrift „wir selbst“, nachdem er die „Jungen Nationaldemokraten“ verlassen hatte. Nach einem kurzen Engagement bei den „Republikanern“ Ende der achtziger Jahre konzentrierte sich Bublies auf überparteiliche faschistoide Zirkel: er war Mitbegründer des „Bund Frankenland e.V.“ (1991), nahm am Sa-

baburg Treffen zur Re-Organisation ehemals „neurechter" Zirkel teil (November 1997) und organisert den Mediendienst für das revanchistische „Ostpreußenblatt". In seinen Verlagen, zunächst „druck+text Gmbh in Koblenz, jetzt „Bublies Verlag„ in Schnellbach, erschienen immer wieder Werke von/über Nazi-Größen wie das des letzten Reichsjugendführers Axmann oder von Dönitz: „Mein soldatisches Leben". Die autobiographischen Schriften publiziert Bublies mit der erklärten Absicht, Jugendlichen einen Zugang zu „Zeitzeugen" zu verschaffen. Mit dem Buch von Deckert (NPD) handelte er sich Ärger vonseiten des Staates ein: Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme der Druckerplatten. In einem Fragebogen der „Jungen Freiheit", mit der er eng zusammenarbeitet, beschwor er seine Identität als „Ostpreuße". Nach wie vor hat er den Alleinvertrieb für Ghadaffis „Grünes Buch". Von dort dürften auch einige Geldmittel geflossen sein, welche die aufwendige Produktion von „wir selbst" ermöglichen. Von 1993 bis 1995 ruhte das Projekt „wir selbst": die Redaktion mußte neu aufgebaut werden, Nachwuchskräfte blieben zunächst aus. Ab 1998 präsentierte das Blatt eine neue Redaktion, die nun aus drei Männern und einer Frau besteht.

Der in Hamburg lebende Hanno Borchert, in jungen Jahren ein begeisterter Anhänger des Auschwitz-Leugners Thies Christophersen, repräsentiert den ökologischen Flügel bei „wir selbst" und gehört seit 1998 der Redaktion an. Er sucht den Kontakt zu Linken, Antifaschisten und ist für die Rubrik „Ethnopluralismus und Regionalismus„ eine üble ethno-faschistoide Propaganda zuständig. Darüber hinaus ist der Burschenschafter bisher beim „Hamburger Kreis", als Regionalbeauftragter der „Deutschlandbewegung„ von Mechtersheimer und bei den "Unabhängigen Ökologen" in Erscheinung getreten. Seine journalistischen Sporen verdiente er sich bei der „Jungen Freiheit".

Elfriede Fink ist als einzige Frau in der Redaktion für Außenkontakte und Interviews zuständig. Sie schrieb schon für die „Burschenschaftliche(n) Blätter", die „Junge Freiheit" und für „Ökologie", dem Organ der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD).

Das Redaktionsmitglied Ulrich Behrenz, ebenfalls aus Hamburg, war Mitglied der „Solidaristischen Volksbewegung„ (SVB) und des „Bundes Deutscher Solidaristen„ sowie Herausgeber dessen Zeitschrift „SOL„ danach war er bis 1986 Gesellschafter der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft". Seine Mitarbeit im Arbeitskreis „Energie und Umwelt„ der „Republikaner" endete 1989. Als Vorsitzender der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" in Hamburg macht er seitdem auf Ökologe und Heimatschützer. AntifaschistInnen wurden auch im Zusammenhang mit der „Nationalistischen Front" des Meinolf Schönborn auf ihn aufmerksam.

Von der neuen Redaktion wurden bisher die Schwerpunkte „Die Linke und die Nation" (H.2/98); „Globalisierung" (H. 3-4/98); „Vertreibung, Wiederkehr des Verdrängten" (H. 1-2/99); „10 Jahre Wir sind ein Volk" (H. 3/99) bearbeitet.

Rechte Kassen

Das Projekt „wir selbst" erfährt durch verschiedene Anzeigenkunden ökonomische Unterstützung. Die beworbenen Produkte spiegeln auch die Absicht der Blattmacher wider. Auf diesem Weg werden Leser/innen mit reaktionärem, faschistoidem Gedankengut bekanntgemacht.

Das eine oder andere Unternehmen, das mit seinen Werbeanzeigen eher auf eine linksliberale Klientel abzielt, wird vermutlich den wahren Charakter des Magazins nicht erkannt haben. In den letzten zwei Jahren haben folgende Inserenten in „wir selbst" geworben: „Ärzte ohne Grenzen„; das faschistoide und Haider-nahe österreichische Magazin „Aula", der „Ch. Links Verlag„ die Zeitschrift „Criticón" mit der Kampagne „Eine Welt ohne geistesmächtige Konservative ist öd„; das revanchistische „Ostpreußenblatt„ mit der Anzeige „... ein starkes Stück Preußen, testen ohne Risiko„ die mit dem Artikel „Für die Freigabe von Königsberg„ wirbt; die völkische Organisation „Der Freibund e.V.„; die „Deutsche Umwelthilfe e. V."; die „Schallquelle Musikvertrieb", die u.a. folgende Produkte anpreist: „Schwarz Rot Gold„ - Lieder aus der Zeit der 1848er Revolution, jugendbewegt gesungen und gespielt von Sängern und

Alfred G. Wolff

Urteil gegen Bock bestätigt

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat im Fall des rechtsradikalen Mannheimer Strafverteidigers Ludwig Bock geprüft, ob Anwälte bei der Verteidigung von Auschwitz-Leugnern den Holocaust ebenfalls verharmlosen dürfen. Der heute 58-jährige Bock hatte 1997 bei der Verteidigung des früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert in einem Beweisantrag führende Politiker als Zeugen zum „Beweis der Tatsache" benannt, dass es „primär massive politische Interessen sind, welche dem Durchbruch der historischen Wahrheit" über den Holocaust entgegenstünden. Wegen Volksverhetzung verurteilte ihn das Landgericht Mannheim daraufhin zu einer Geldstrafe von 9000 Mark, wogegen Bock Revision einlegte. Der BGH hat diese Verurteilung nun bestätigt. In seinem Anfang April verkündeten Urteil betonte der BGH allerdings, eine effektive Verteidigung dürfe nicht verhindert werden; auch strafwürdige Äußerungen eines Verteidigers in einem Prozess seien daher geschützt. Der Schutz ende aber, soweit ein Anwalt „verteidigungsfremde Zwecke" verfolge. Während der Verhandlung sagte Bocks Verteidiger Norbert Wingerter, das Verharmlosen von Tatvorwürfen gehöre zu einer „effektiven Verteidigung" und sei „eine wichtige Waffe des Verteidigers". Der Vertreter der Bundesanwaltschaft wies diese Argumentation zurück. Die Grenzen von Verteidigerrechten seien dann überschritten, wenn Äußerungen oder Beweisanträge des Anwalts nicht mehr der Verteidigung des Angeklagten dienten, sondern nur noch die „unverblümte eigene Meinung" des Verteidigers zeigten, hieß es. Laut Bocks 1997 schriftlich eingereichtem Hilfsbeweisantrag im Prozess gegen Deckert sollten „Bundespräsident Herzog, Bundestagspräsidentin Süßmuth, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Limbach und Bundeskanzler Kohl" bezeugen, dass sich „die deutsche politische Klasse" bei der Wahrheit über den Holocaust „an der Nase herumführen und für dumm verkaufen lässt". Das Landgericht Mannheim hatte in dieser Formulierung in Verbindung mit Bocks schon 1978 beim so genannten Majdanek-Prozess zutage getretener rechtsradikaler Gesinnung eine „quantitative Verharmlosung" des Holocausts gesehen. Bock, der 1972 selbst für die NPD zum Bundestag kandidiert hatte, vertrat 1978 im Majdanek-Prozess die Angeklagte Hildegart Lächert, die als „blutige Brygida" der Mordbeihilfe in rund 1200 Fällen angeklagt war. Bock hatte damals gegenüber dem britischen Fernsehsender BBC darüber spekuliert, dass die Gaskammern im Konzentrationslager Majdanek möglicherweise erst nach dem Krieg errichtet worden seien und vielleicht der Reinigung von Kleidern gedient hätten.



L. Bock (li.), G. Deckert (r.)

Waffen-SS in Riga

Mitte März sind etwa 300 Veteranen der lettischen Waffen-SS durch die Hauptstadt Riga gezogen. Die ehemaligen Soldaten beteten zunächst in einer Kirche und marschierten dann zu einem Denkmal für die Unabhängigkeit des Landes, an dem sie Blumen niederlegten. „Wir wollen uns nur an unsere gefallenen Kameraden erinnern und unseren Kindern die Wahrheit darüber sagen, was im 20. Jahrhundert in diesem Land passiert ist", sagte der 76-jährige Wiswaldis Lacis, einer der Organisatoren.

Entenmann verurteilt

Die Jugendschöffenkammer des Amtsgerichts im baden-württembergischen Calw verurteilte am 27. März den neonazistischen Skinhead Dennis Entenmann (21) zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Vorbewährung und 200 Arbeitsstunden. Das Amtsgericht im Schwarzwaldstädtchen Calw sah nach 15 Verhandlungstagen in Entenmann den Verantwortlichen für zwei Mordaufrufe im Internet. Insgesamt hatte sich Entenmann nach Überzeugung des Gerichts über 100 Straftaten schuldig gemacht, darunter der Bedrohung, des Betrugs, der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. In einem halben Jahr wird entschieden, ob Entenmann seine Haftstrafe antreten muss, oder ob sie zur Bewährung ausgesetzt bleibt.

Musikanten der Deutschen Gildenschaft. Vorwort von Karlheinz Weißmann [CD: 30,-DM] und die Birkler-Fahrtenlieder; der „Eckartschriften Verlag" darf für die deutsch-österreichische Identität werben; Fleissners „Europa-Buchversand" stellt in einer ganzseitigen Anzeige Bücher vor u.a. Karlheinz Weißmann: „Der Nationale Sozialismus" (Herbig); der „Frey&Steinmetz Verlag„ bietet das zweimonatlich erscheinende Magazin „Stämme" [Themenschwerpunkte: Naturvölker, Historische Stämme, Neue Stämme und Gemeinschaften, Unabhängigkeitsbewegungen, Zwergstaaten] an; mit Probeabos und Leseproben locken die Publikationen „Gegengift" und die „Junge Freiheit" sogar auf einer ganzen Seite mit dem neuen „Benoist-Buch".

Weiterhin annoncieren die einschlägig bekannten Verlage „Hohenrain-Tübingen GmbH„; das „Jomsbuger Versandantiquariat„ „Langen Müller„ der „Leopold Stocker Verlag„ der Verlag „Universitas", das moderne „Antiquariat H. Quast„ der Verlag „Deutsch-Europäischer Studien macht auf das Projekt „Synergon" aufmerksam. Leif-Thorsten Kramps wirbt mit „Die Stachelbeere. Rundbrief für Bioregionalismus und spirituelle Ökologie„. Das Unternehmen „Werben für Schlesien" möchte Aufkleber „Schlesien, Oberschlesien, Sudetenland und Wappen von schlesischen Städten„ sowie weiße Servietten mit der Aufschrift „Unsere Heimat heißt Schlesien„ an die Leser/innen von „wir selbst" verkaufen.

Das Totschweige - Prinzip

Die „Vertreibungen" deutscher Bevölkerungsteile werden in „wir selbst" so geschildert, als hätte es die deutschen Faschisten und ihre Überfälle auf andere Staaten nicht gegeben. Das ist der simple Propagandatrick, den einige Antifaschisten inzwischen als intelligent bezeichnen: die überwiegend männlichen Schreiber focussieren auf die Vergewaltigungen (deutscher) Frauen durch (russische) Männer, ohne den Hintergrund des faschistischen Angriffskriegs zu erwähnen. Die Schreiber leugnen nicht, sie verschweigen und wollen vergessen machen.

Die ehemaligen Ostgebiete sind längst schon wieder besetzt: in „wir selbst" haben sie alle wieder deutsche Namen, so, als ob nichts geschehen wäre. Illustriert wird das ganze mit den düsteren Zeichnungen von Paul A. Weber, einem bekennenden „Nationalrevolutionär", der in seinen Bildnissen nicht immer erkennen läßt, dass die Täter einen Namen und – wie Brecht trefflich formulierte – auch eine Adresse haben.

Das faschistoide Projekt „wir selbst" funktioniert wie ein Kaleidoskop: der Rückgriff auf Graphiken und der Abdruck von Fotos bekannter linker und antifaschistischer Persönlichkeiten wie z.B. Arno Klönne spiegelt dem Betrachter eine Nähe zu emanzipatorischen Inhalten vor, aber selbst dort wo humanistische Ziele propagiert werden, trifft man auf den völkischen Nationalismus als Geschäftsgrundlage. Deshalb stößt man bei der Lektüre von „wir selbst" immer wieder auf die „Gesellschaft für bedrohte Völker". Die bunten Glassteinchen im Schönbildschauer „wir selbst" haben einen braunen Grundton, die Muster, die sich aus ihnen bilden lassen sind völkisch, nationalistisch, antisemitisch und rassistisch.

Sönke Braasch

„Elsass Korps"

Das internationale Skinhead-Netzwerk von „Blood & Honour" nahm mit der Gründung unter der Führung des verstorbenen Ian Stuart Donaldson in England 1987 seinen Ausgang. Inzwischen dominiert „Blood & Honour" nicht nur in der Bundesrepublik die rechtsextremistische Musik- uns Skinhead-Szene. Im Südwesten der Bundesrepublik tat sich in der jüngsten Vergangenheit die in das Geflecht von „Blood & Honour" eingebundene französische Gruppe „Elsass Korps" hervor. Sie veranstaltete am 19. Februar ein großes Skinhead-Konzert im benachbarten Elsass. Über 1.200 Skinheads und Neonazis aus Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, Liechtenstein, der Schweiz und, hauptsächlich, der Bundesrepublik stellten sich in dem kleinen französischen Ort Seebach bei Salmbach ein. Zu Gast waren die Bands „Propaganda" aus dem baden-württembergischen Neckarstädtchen Horb (Kreis Freudenstadt), „Sturmtrupp" (Neuburg/Donau), „Brutal Attack" und „Celtic Warrior" aus Großbritannien sowie je eine Band aus den Niederlanden und aus Frankreich. Zu dem Konzert in Seebach hatte auch das „Nationale Infotelefon" in Karlsruhe mobilisiert.

Vor rund einem Jahr trat „Elsass Korps" bereits bei einer musikalischen Großveranstaltung im Elsass in Erscheinung. Neben den Lokalmatadoren spielten noch „Faustrecht" (Kaufbeuren), „Propaganda" und „Durandal" aus Paris im Rahmen der von der Skinhead-Organisation „Blood & Honour" organisierten Veranstaltung. Rund 250 Personen folgten dem Auftritt der vier Bands in den Großraum Strasbourg. Am 1. Mai 1999 traten vier Musikgruppen vor rund 200 Zuschauern bei einem weiteren Konzert im Elsass auf. Die bayerische Band „Sturmtrupp", „Fraxion Hexagone" aus Frankreich, „Involved Patriot" aus England und „Pluton Svea" aus Schweden konzertierten hinter der deutsch-französichen Grenze. Anfang August des letzten Jahres spielten bei einem erneuten „Blood & Honour"-Konzert neben „Elsass Korps" noch „Landstorm" aus den Niederlanden, „Gesta Bellica" aus Italien, „Razors Edge" aus England und „Ultima Ratio", Nachfolgeprojekt von „Triebtäter", aus Stuttgart auf. Rund 700 Zuschauer waren am Abend des 7. August zugegen. „Elsass Korps" trat nur wenige Wochen später auf der hiesigen Seite der Grenze in der Nähe von Karlsruhe auf. Zusammen mit „White Law" aus England und „Propaganda" spielten „Elsass Korps" vor rund 400 „Kameraden" auf. „Zu guter Letzt sangen wir noch ein paar bekannte Lieder z.B. das 'Blood and Honour'-Lied und das Konzert war beendet." Am 8. Januar wurde wiederum ein Konzert mit den Bands „Proißenheads" (Potsdam), „Eye of Odin", „Bulldog Breed" (England) und „Bully Boys" (USA) im Elsass „vor ca. 800 aus Deutschland angereisten Kameraden", so der Konzertbericht in einem Skinzine, durchgeführt.

Zu dem jüngsten Konzert im Saarland am 18. März von „Blood & Honour" und „Elsass Korps" mit drei Skinhead-Bands fanden sich nach Polizeianangabe rund 250 Skinheads in Wattweiler bei Zweibrücken ein. In einer Sporthalle in Wattweiler traten die saarländischen Lokalmatadoren „Eternal Fear" sowie die beiden baden-württembergischen Kombos „Ultima Ratio" und „Propaganda" auf. Das Publikum rekrutierte sich aus dem gesamten südwestdeutschen Raum.

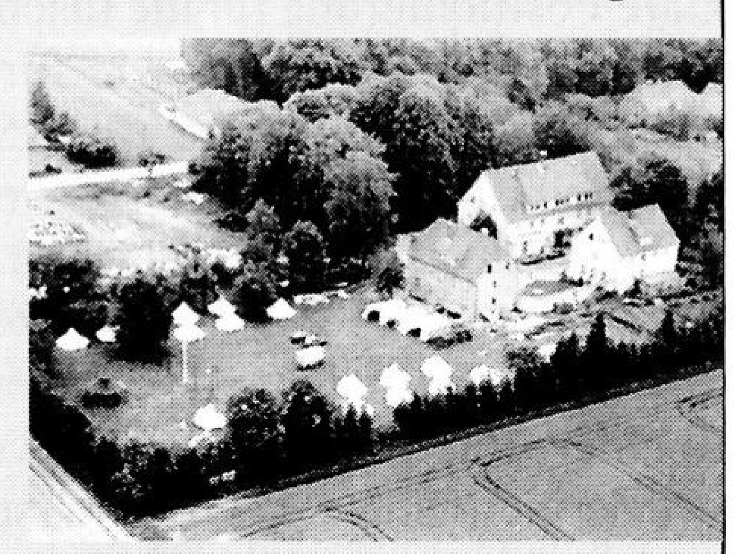
„Rheinsturm"

Im baden-württembergischen Mannheim erscheint mit dem „Rheinsturm" ein weiteres Skinzine. Macher und Herausgeber des „Rheinsturm" ist Oliver Zdarsky. Format, Aufmachung und Inhalt entsprechen dem Standard der Skinzines. Lediglich auf Konzertberichte hat Zdarsky verzichtet, „weil ich sie erstens unnötig finde und zweitens war ich nicht auf so vielen Konzerten". Als Interviewpartner für die Debütausgabe haben sich das seit 1996 existente Berliner „Radio Germania" und der „Nordversand" aus Halstenbek zur Verfügung gestellt.

Hetendorf bleibt verboten

Das Oberlandesgericht Lüneburg entschied am 29.03.00, dass die beiden Heideheime um den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger verboten bleiben. Diese waren die Trägervereine des neonazistischen Schulungszentrums in Hetendorf, wo sich über zwei Jahrzehnte diverse rechte Gruppen fast ungestört treffen konnten. Erst als es in den letzen Jahren immer wieder zu antifaschistischen Protesten kam, nahm das niedersächsische Innenministerium die sog. Hetendorfer Tagungswoche, ein jährliches 10-tägiges Treffen mit bis zu 300 Teilnehmern, zum Anlass den braunen Spuk in Hetendorf zu beenden und im Februar 1998 ein Verbot auszusprechen. Mittlerweile führt Rieger die Tagungswoche in Ostritz bei Görlitz durch. Kamen 1998 gerade mal 50 Neonazis zu den „1. Mitteldeutschen Vortragstagen", waren es im letzten Jahr bereits 200 Teilnehmer. Auch dieses Jahr ist wieder mit einem größeren Treffen zu rechnen, denn laut Homepage der Celler Neonazis um den ehemaligen Kroatiensöldner Michael Homeister soll während der Zeit der diesjährigen Tagungswoche eine „Demo des nationalen Widerstandes" stattfinden.

Wie ließ da doch der niedersächsische Verfassungsschutzchef Minier im Hamburger Abendblatt vom 25.02.00 verlauten: „Ihr Versuch, Ersatzveranstaltungen zu etablieren, ist kläglich gescheitert".



Ex-Nazizentrum Hetendorf

Christian Dornbusch & Jan Raabe

Lichttaufe

Es ist das Ereignis der Darkwave-Szene par excellence: Zum neunten Mal laden die Veranstalter dieses Jahr zum Wave-Gotik-Treffen über Pfingsten nach Leipzig ein. Im letzten Jahr besuchten über 20.000 Menschen das Festival, welches im Gegensatz zum „Zillo“-Festival ein umfangreiches Rahmenprogramm bietet.

Neben den obligatorischen Konzerten von Bands des Darkwave-Genre treten auch Musikgruppen aus dem weitläufigen Heavy-Metal-Bereich auf. Daneben finden klassische Konzerte, Theateraufführungen und Lesungen statt. Abgerundet wird das Programm mit einem Mittelaltermarkt, einem Keltenlager und einem heidnischen Dorf.In den letzten Jahren war das Treffen mit seinem romantisierenden Blick zurück in die Vergangenheit auch Treffpunkt von Personen und Gruppen der extremen Rechten. Einerseits durch die Auftritte von Bands, die mehr oder weniger offen rechtes bis rechtsextremes Gedankengut propagieren bzw. inszenieren, aber auch als Bestandteil des Rahmenprogrammes in Form von Verkaufsständen, so etwa des rechten Magazin „Sigill“.

Unter dem Titel „Lichttaufe“ wird in einer Werbeanzeige im „Sigill“-Magazin für den 10. und 11. „Brachmond“ (Der germanische oder altdeutsche Begriff für „Juni“) auf die Parkbühne am Völkerschlachtdenkmal zur „schwarz- und neofolkloristischen Meile“ geladen. Auf dieser Veranstaltung treten die bekanntesten Bands des rechten bis neofaschistischen Teils der DW-Szene auf. Das zweitägige Spektakel findet im Rahmen des 9. Wave-Gotik-Treffen statt, es wird jedoch ein gesonderter Eintritt verlangt. Eine geschickte Konstruktion: bereits in den letzten Jahren wurde immer wieder Kritik an der Teilnahme von rechten bis rechtsextremen Bands an dem Festival geübt. Die Veranstalter können so darauf verweisen, dass diese Veranstaltung nicht in ihrer direkten Verantwortung steht, sondern lediglich in einem nicht näher spezifizierten gemeinsamen Rahmen stattfindet.

Als bekanntester Act wird auf der Bühne am Völkerschlachtdenkmal die Band „Death In June“ um den Bandleader Douglas Pearce spielen. Der Name der Band, „Tod im Juni“, ist ein Hommage an den vorgeblich im Juni ermordeten SA Chef Ernst Röhm, der allerdings erst am 1. Juli 1934 im Rahmen eines innerparteilichen Machtkampfs umgebracht wurde. Die Band besitzt aufgrund ihrer beinahe zwanzigjährigen Karriere einen respektablen Ruf in großen Teilen der schwarzen Szene. Obwohl sich die Präsentation stark am ästhetischen Chic der SS respektive Wehrmacht orientiert, und sie für ihre klare Positionierung für die faschistischen kroatischen HOS-Milizen sowie für unverhohlene Sympathiebekundungen für NS-Künstler bekannt sind. Inhaltlich orientierte sich die Band in den letzten Jahren vorwiegend an heidnischen Themen und einem Europakonzept, das kongruent ist mit jenem der so genannten Neuen Rechten. Begleitet wird Pearce von Albin Julius von der Formation „Der Blutharsch“. Eine Band, die zur Covergestaltung mehrfach auf NS-Malerei zurückgriff und als Bandsymbol die Sig-Rune in der Form verwendet wie das bei der SS üblich war. Dem entsprechen die Texte zur ihrer vorwiegend elektronischen Musik, z.B. „Gott strafe England“ für die Luftangriffe auf deutsche Städte. Ein anderes Gründungsmitglied von „Death In June“, Tony Wakeford wird auch auf dieser Bühne auftreten. Nach seinem Split von der Band Mitte der 1980er Jahre interessierte er sich stark für faschistische heidnische und philosophische Themen. Ende der '80er Jahre war er u.a. in die faschistische kultur-politische Gruppe „Iona“ Richard Lawsons involviert. Lawson war bereits seit Mitte der 70er Jahre aktives Mitglied der „National Front“ und trat in den 80er Jahren für die Hinwendung der Partei zu den Ideen des „linken“ Hitlerkonkurrenten Strasser ein. Mittlerweile widmet sich Wakeford nur noch seiner Musik, vorwiegend mit seinem Projekt „Sol Invictus“. Inhaltlich setzt er stark auf naturreligiöse bzw. heidnische Themen mit eindeutig faschistischer Interpretation, die z.B. dem Ideologen des italienischen Faschismus Julius Evola entlehnt sind. Auf seiner momentanen Europa-Tournee mit "Sol Invictus" wird Wakeford mancherorts von der Band „Ostara“ begleitet, das Folgeprojekt von „Strength Through Joy“ („Kraft durch Freude“) von Richard Leviathan. Auch sie werden auf der Bühne am Völkerschlachtdenkmal auftreten. In dasselbe musikalische Gefilde des Neo-Folk wird auch die Band „Waldteufel“ des ehemaligen Kölners Markus Wolff die Zuschauer entführen. Die jüngste Single-Auskopplung seiner kommenden CD ist das Lied „Berghoch am Walde“, das aus der Feder des Nationalsozialisten und Begründers der Forschungsorganisation der SS (dem „Ahnenerbe“), Herman Wirth, stammt.

Aus Deutschland wird u.a. die Band „Von Thronstahl“ die „Lichttaufe“ mitgestalten. Die Musikgruppe ist das Folgeprojekt von Josef Klumb, nachdem sich im letzten Jahr dessen Band „Forthcoming Fire“ endgültig von der Bildfläche verabschiedet hat und er die Band "Weissglut" verlassen musste. „Von Thronstahl“ bietet das gewohnte Repertoire von Klumb: krachige militaristische Klänge als Begleitmusik für die von ihm herbei gesehnte neue Zeit - die Sturmzeit. Aus dem deutschsprachigen Raum stammt auch die Formation „Allerseelen“ um Gerhard Petak (Kadmon). Der Wiener ist fasziniert von der okkulten Seite des Faschismus. So vertonte er die Gedichte des SS-Brigadeführers Karl Maria Wiligut. In seiner Schriftenreihe „Aorta“ verherrlicht er völkische Denker wie Alfred Schuler und faschistische Praktiker wie Corneliu Codreanu.

Neben den genannten Bands treten weitere auf, z.B. die Gruppe „In Gowan Ring“, bei der Musiker der faschistischen Darkwave-Band „Blood Axis“ mitwirken, die Ungarn von "Scicias" oder die deutsche Band „Dies Natalis“.

Das Wave-Gotik-Treffen, in dessen Rahmen die Konzerte stattfinden, bietet diesen Bands Zugang zu einem größeren und heterogenen Publikum als sonst. Konzerte der genannten Bands sind selten und finden zumeist vor einer festen Fangemeinde statt. Es steht jedoch zu befürchten, dass die genannten Bands auf dem Festival ein bereiteres Publikum finden werden, da diese nicht von außen an die Szene herantreten um diese zu infiltrieren, sondern Bestandteil dieser sind. Auch bestehen in den Bereichen Heidentum und Antimodernismus inhaltliche Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zwischen den Mainstream der DW-Szene und den angekündigten rechten Bands. Anstatt die bisher vorgebrachte Kritik, die Argumente zu beherzigen und die wenn auch nur vereinzelt auch innerhalb der Szene geforderte Abgrenzung zu versuchen, bahnt sich eine weitere Integration und Einbeziehung in den akzeptierten Bereich an. Die Veranstalter schaffen scheinbar einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, sich der Kritik zu entziehen, bieten aber dennoch weiterhin dieser modernen Form eines kulturellen Faschismus eine bereite Plattform.

Matthias Rauch

Alibri-Verlag unter Druck

Die Versuche von anthroposophischen Einrichtungen Kritikern Maulkörbe zu verpassen, sind in eine neue Runde gegangen. Durch eine aktuelle Gerichtsentscheidung gegen den auf Religionskritik spezialisierten „Alibri-Verlag" ist hierbei juristisches Neuland betreten worden. Nach den Vorstellungen der Münchner Richter gilt für Verlage nun eine Ausweitung der Rückrufpflicht, die nicht nur die unausgelieferten Bücher betrifft, sondern den Rückruf unverkaufter Exemplare von Buchvertrieben und -händlern einfordert.

Ursprung des Urteils ist eine Unterlassungklage gegen den „Alibri Verlag" wegen der Bücher „Waldorf-Connection" und „Erlöser". Der selbsternannte Experte für Satanismus Josef Dvorak hatte gegen Passagen, die seine eigene Nähe zu Satanskulten und okkultistischen Kreisen belegen, geklagt. Obwohl Dvorak innerhalb des Buches eine unbedeutende Randfigur ist, nahm er in dem Versuch, Kritik auf den unterschiedlichsten Ebenen zu unterbinden, eine bedeutende Rolle ein. Indem Dvorak als Privatperson klagte, gelang es ihm den Zensurversuch als eine private Fehde zwischen dem Verlag und den Autoren auf der einen Seite und ihm auf der anderen Ebene darzustellen. Für den Verlag war es durch diese Taktik schwer, Öffentlichkeit herzustellen.

Dvorak gelang so die gerichtliche Verfügung für eine Schwärzung von kleinen Passagen des Buches. Unleserlich gemacht werden musste hierbei auch eine Passage, die als Zitat aus einem Buch stammt, das immer noch lieferbar ist. Der „Alibri Verlag" hatte grundsätzlich mit Klagen gerechnet, nachdem sich selbst große Verlage wie der „Ueberreuther Verlag" angesichts von anthroposophischer Klagefreudigkeit gegen eine Neuauflage eines früheren Buches der Autoren des Alibri-Verlages entschieden hatten. Kurz nach dem Urteil kauften Anthroposophen in einer gut koordinierten Aktion in Buchvertrieben und Buchhandlungen verbliebene Exemplare auf und schufen hiermit die Grundlage für das aktuelle Urteil. Zeitgleich begannen sie selbst juristische Hebel anzusetzen, wohl wissend, dass hierdurch Arbeitskraft innerhalb des Verlages gebunden würde. Der Verlag sollte in seinen Möglichkeiten Anthroposophie-Kritik zu veröffentlichen, weitgehend eingeschränkt werden.

Zeitgleich begann der Versuch den Verlag finanziell in den Ruin zu treiben, der mit dem aktuellen Urteil seinen vorläufigen Höhepunkt findet. Obwohl die Bücher aufgrund des gezielten Aufkaufes durch Anthroposophen keinem anderen mehr zugänglich waren, dient die theoretische Möglichkeit als Grundlage für das aktuelle Urteil. Die Strafe wurde erlassen, da von den im Februar 1999 verbotenen Erstausgaben von „Waldorf Connection" und „Erlöser" die bei den Barsortimenten noch vorrätigen Exemplare nicht zurückgerufen wurden.

Die anthroposophische Bewegung zielt derzeit offensichtlich auf den finanzielle Ruin des Verlages um sich kritischer Berichterstattung zu entledigen. Für das Ansehen ihres Führers Steiners scheinen alle Mittel recht. Zu dieser Taktik passt, dass die Zeitung, der das oben stehende Zitat entstammt, unmittelbar nach Abdruck der Drohung gegen den Verlag ebenfalls zum Ziel von anthroposophischer Kritik wurde. Mittels einer Gegendarstellung sollte die Drohung als Fehlinterpretation und derartiges Vorgehens als den Anthroposophen wesensfremdes Verhalten dargestellt werden. Die lange Geschichte von juristischen Kampagnen gegen Kritiker beweist einmal mehr das Gegenteil.

Braunschweig braun

Am 4. März 2000 marschierten rund 400 Neofaschisten durch den Norden Braunschweigs. Unter dem Motto „Gegen Korruption & Parteienfilz" hatte die niedersächsische NPD zur Demonstration gerufen. Gefolgt waren dem Aufruf größtenteils Mitglieder militanter Kameradschaften aus Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Als Redner traten der NPD-Bundesgeschäftsführer Ulrich Eigenfeld, Christian Worch und Thorsten Heise auf. Als presserechtlich Verantwortlicher für den Aufruf fungierte Friedrich Preuß aus Helmstedt.

Friedrich Preuß ist langjähriger NPD-Funktionär, Mitglied im Landesvorstand, mehrmaliger Bundestagskandidat und war zeitweilig als Ratsherr im Helmstedter Rat vertreten. Anders als im Dezember, als ein von der NPD angemeldete Aufmarsch zur Feier der Absage der Wehrmachtsausstellung verboten wurde, verzichtete die Polizei diesmal auf ein Verbot. Mit 1200 eingesetzten Polizisten, 420 Platzverweisen und 55 Festnahmen und dem „konsequente Schutz von Versammlungsräumen" sorgte die Polizei für einen weitgehend ungestörten Aufmarsch.

In Folge des Aufmarsches ist es in Braunschweig in den letzten Wochen verstärkt zu faschistischen Überfällen und Aktionen gekommen. Gleich einen Tag nach dem Aufmarsch griffen Nazi-Skins in einer Straßenbahn einen 27jährigen an und verletzten ihn schwer. Am 11. März zog nach Aussagen von Anwohnern eine Gruppe von Nazis mit Reichskriegsflagge durch das Viertel um den Frankfurter Platz. Zwei Tage später machten dort 20 Nazi-Skins Jagd auf türkische Jugendliche. Bereits im Vorfeld des letztendlich nicht stattgefunden Aufmarsches am 4. Dezember war das ganze mit Hakenkreuzen und Parolen vollgeschmiert worden.

Saubermänner von der DVU

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat Mitte März diesen Jahres wegen des Verdachts der versuchten Nötigung unter Einsatz einer Waffe die Privaträume des parlamentarischen Geschäftsführers der neofaschistischen DVU-Fraktion im Brandenburger Landtag, Sigmar-Peter Schuldt durchsucht. Dabei sei eine



Schreckschusswaffe sichergestellt worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Schuldt wird zur Last gelegt, bereits im Februar in Brandenburg/Havel einen Autofahrer aus seiner Grundstücksauffahrt vertrieben und dabei zur Bekräftigung eine Waffe gezogen zu haben. Der Autofahrer erstattete daraufhin Strafanzeige. Als Landtagsabgeordneter sei er berechtigt, eine Waffe zu tragen, so Schuldt. Nach Angaben der Landtagsverwaltung ist keiner der 89 Abgeordneten als sicherheitsgefährdet eingestuft. Daher sei auch niemand zum Tragen einer Schusswaffe berechtigt. Ihren früheren Geschäftsführer hatte die DVU-Fraktion erst Mitte Februar entlassen. Anlass war ein gegen Geldbuße eingestelltes Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Handels mit Kinderpornos.

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) 25,- DM (Ausland)
DER RECHTE RAND
Postfach 1324, 30013 Hannover
Postgiro Hannover, 44 55 86 - 301, BLZ 250 100 30

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name ....

Anschrift ....

Unterschrift ....

Ich habe
- 20,-DM (Inland)
- 25,-DM (Ausland) überwiesen.
- 20,-DM (Inland)
- 25,-DM (Ausland) Scheck liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift ....

Gerd Alt

Grenzenlose Heimat

Der Buchtitel, hinter dem sich eine Beschreibung der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der so genannten „Vertriebenenverbände“ verbirgt, scheint widersprüchlich zu sein. „Heimat“ kann, folgt man dem Alltagsbewusstsein, nur auf einen Ort, an dem sich Bekanntes befindet, begrenzt sein.

Wer das quellenreiche Buch Samuel Salzborns gelesen hat, wird eines Besseren belehrt. „Heimat“, ein „in keine andere Sprache übersetzbares deutsches Wort“, wie der Altkanzler Helmut Kohl verlauten ließ, ist ein deutsches Konstrukt, ein deutscher, politischer Kampfbegriff. Heimat kann als jener ideologischer Ort beschrieben werden, an dem der Mythos von Blut und Boden, die zentralen Elemente völkischen Denkens, ein Volk konstituieren und zur Expansion drängen. Nicht in Form langatmiger theoretischer Betrachtungen werden in Salzborns Buch zentrale Begriffe völkischer Ideologie dekonstruiert. In der konkreten politischen Auseinandersetzung mit den so genannten „Vertriebenenverbänden“, für die Begriffe, wie „Volk“ und „Volksgruppe“ - im übrigen ebenfalls in keine westliche Sprache übersetzbare deutsche Begriffe - wichtige Bausteine ihrer aggressiven Politik gegen die Nachbarstaaten darstellen, wird völkische Ideologie als selbige entlarvt.

Salzborn zeigt, dass Begriffe, wie „Volk“ oder „Volksgruppe“ quasi die Software für ein Konzept der ethnischen Parzellierung Europas darstellen, auf das die „Vertriebenenverbände“ seit 1969 verstärkt orientieren. Ein Ziel dieser Strategie ist der Sieg im Kampf um den so genannten „deutschen Osten“, womit keineswegs die ehemalige DDR (im Vertriebenenjargon als „Mitteldeutschland“ bezeichnet), sondern weite Gebiete Polens, Russlands und Tschechiens gemeint sind. Deshalb sind jene Passagen in Salzborns Buch für die konkrete politische Auseinandersetzung mit den so genannten „Vertriebenenverbänden“ sehr wichtig, in denen er klarstellt, dass auch Begriffe, wie „deutscher Osten“, oder „Vertriebene“, pure Ideologie darstellen. Er greift damit die Definitionsmacht dieser Verbände an, die sich in staatlich geförderten Publikationen, die ganzen Bibliotheken füllen, materialisiert. Wie dringlich es ist, dieser Definitionsmacht entgegenzutreten, hat der Jugoslawien-Krieg gezeigt. Begriffe, mit denen die „Berufsvertriebenen“ und die sich um sie scharenden Volkgruppentheoretiker, ihre Ziele verfolgen, dienten der rot-grünen Koalition zur Legitimation ihrer Kriegsziele in Jugoslawien. Oder waren es nicht etwa auch Begriffe, wie „Volksgruppe“ (oft noch verschämt als „ethnische Minderheit“ betitelt) und „Vertreibung“, mit denen der Krieg gegen Jugoslawien und die Durchsetzung deutscher Interessen auf dem Balkan, begründet wurden?

Dass auch die hohe Informationsdichte, wie sie Salzborns Buch auf über 200 Seiten bietet, nicht der Vielzahl, der in den Publikationen aus dem Dunstkreis der Vertriebenenverbände gesammelten Mythen und Konstrukte trotzen kann, ist leider unvermeidlich. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Volksgruppenpolitik der Weimarer Republik und NS-Zeit, auf die die „Vertriebenenverbände“ rekurrieren, fehlt daher. Doch lässt Salzborn in seinem Buch zumindest anklingen, dass die Berliner Republik seit 1989 sich aus diesem Fundus ihre außenpolitischen Optionen schöpft. Im umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis findet die interessierte Leserin und der interessierte Leser einschlägige Literatur, die eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der Volksgruppenpolitik ermöglicht.

Neben der ideologischen Auseinandersetzung mit den „Vertriebenenverbänden“ erhellt Salzborn den strukturellen Aufbau dieser Verbände inklusive ihrer Publikationen und unmittelbaren Umfeldorganisationen. Die Darstellung der Strukturen beschreibt er richtigerweise als „Übersichtliche Unübersichtlichkeit“, denn genau dies bietet Salzborn seinen LeserInnen: Eine Struktur, die es erlaubt in einem Dschungel von einigen hundert Vertriebenenorganisationen, die Übersicht zu erlangen. Spätestens hier wird auch deutlich, dass die Linke in der BRD nicht damit rechnen darf, dass die Vertriebenenverbände aufgrund biologischer Gegebenheiten an Bedeutung verlieren. Nein, die auch 50 Jahre nach der Umsiedlung aktiven Jugendverbände der Vertriebenen werden die Kader zukünftiger deutscher Volksgruppenpolitik stellen, so Salzborns These.

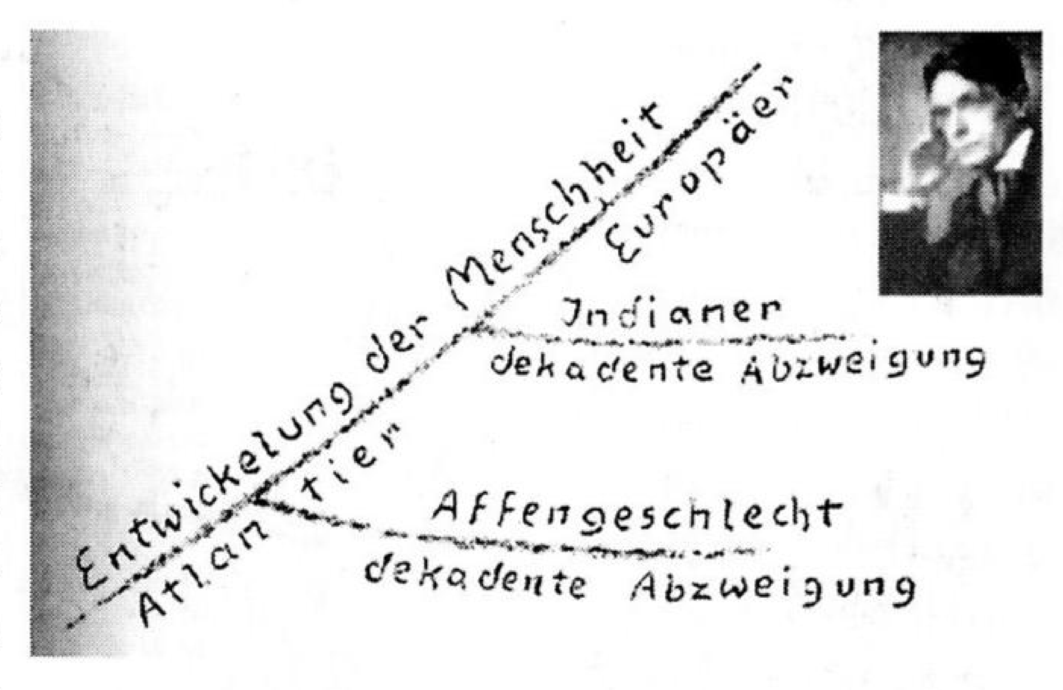
Für die direkte politische Auseinandersetzung mit den „Vertriebenenverbänden“ ist Salzborns Buch also sowohl auf der ideologischen als auch auf der strukturellen Ebene eine absolute Notwendigkeit.

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin: Elefanten Press 2000, 224 Seiten, 29,90 Mark.

Andreas Speit

Wurzelrassen und Volksgeister

Rassismus und Anthroposophie: Eine Debatte, die seit zehn Jahren die alternative und spirituelle Szene kaum realisiert und die von anthroposophisch Engagierten oft negiert wird. Exemplarisch ist die Reaktion auf einen kritische Dokumentation der ARD-Sendung „Report“ am 28. Februar. „Schade, dass sich die Verantwortlichen der Report-Sendung vor dem Dreckkarren einiger hartgesottener Anti-Waldorf Missionare haben spannen lassen“, erklärt Detlef Hardorp und der bildungspolitische Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg widerspricht jeglicher Kritik an der „Geisteswissenschaft“ und der Waldorfpädagogik. Nicht weniger pauschal die Reaktion auf Peter Bierls Veröffentlichung „Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister“.



In der kritischen Studien setzt sich Bierl mit den verschiedenen Aspekten der Theorie Steiners auseinander, dem Menschen- und Geschichtsverständnis. Er beleuchtet die unterschiedlichen Facetten der Organisationen der Anthroposophie, den Waldorfschulen und den Heilpädagogischen Einrichtungen. Zunächst beschreibt Bierl Steiners Sturm-und-Drang-Zeit und seine Hin- und Abwendung zur Theosophie, um dann das Verhalten der Anthroposophie während der Wilhelminischen und Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus darzustellen. Sein Fazit: „Das Verhalten führender Anthroposophen während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, in der Weimarer Republik und gegenüber dem NS-Faschismus – der Hass auf den Westen, der Antisemitismus und Rassismus – waren die Konsequenz einer Lehre, die in der Tradition der völkischen deutschen Romantik, sowie der okkultistischen und lebensreformerischen Bewegung der Jahrhundertwende steht und durch die rassistischen Wahnvorstellungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts geprägt ist. Bis heute verdrängen die AnthroposophInnen diesen brauen Geist ihrer Lehre“.

Bei seiner Kritik greift Bierl nicht nur auf schon bekannte Fakten zurück, sondern führt neue Argumente an. So stringent die Argumentation bei der Analyse der Steinerschen Rassismen und Antisemitismen ist, so fragmentarisch ist sie allerdings bei der Kategorisierung der Anthroposophie als völkisch. Zwar zeigt Bierl, dass Steiner auf völkische Theoreme rekurriert und dass diese unter anderem auch bei Lanz von Liebenfels präsentiert werden - doch das Aufzeigen solcher Affinitäten allein ist kein Argument. Allerdings führt Bierl genügend Formulierungen Steiners an, die zu einer Reflektion und Debatte über dieser Kategorisierung einladen. Das intensive Quellenstudium Bierls zeichnet die Publikation grundsätzlich aus. Dank dieses Quellenstudiums erhält die Kritik eine neue Qualität, die die Anthroposophie nicht ignorieren kann.

Peter Bierl: Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steines und die Waldorfpädagogik, Hamburg 1999, 272 Seiten, 39 Mark.